

einer

richtigen Auslegung und Anwendung

des

H a u p t s c h l u s s e s

der

ausserordentlichen

Reichs - Deputation

zu Regensburg

vom 25. Februar 1803, §. 35, 36.

„Semper specialia generalibus insunt.“

L. 147 D. de R. J.

Zweiter Theil.

Schwerin,

in der HofBuchdruckerei, 1805.

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

V o r b e r i c h t.

Es stand zu erwarten, daß es dem Versuch einer richtigen Auslegung und Anwendung des ReichsDeputationshauptschlusses vom 25. Febr. 1803, §. 35, 36. eben so wenig an Widerspruch fehlen würde, als der erste Entwurf eben dieser Paragraphen, unmittelbar nach der Bekanntwerdung des früheren Hauptschlusses vom 23. Novbr. 1802 (Versuch §. 9.) in dem Verfasser der Bemerkungen fand.

Man konnte wenigstens annehmen, daß ein Staats-RechtsGelehrter von dem Geiste und Charakter, wodurch die Werke des Herrn GeheimenJustizraths Häberlin sich auszeichnen, alles aufbieten werde, um eine entgegengesetzte Auslegung und Anwendung des neuen ReichsGesetzes geltend zu machen, um die darin den Fürsten überlassene freie und volle Disposition über die Klöster in ihren Landen mit deren Gütern, Gerechtigkeiten, Capitalien und Einkünften auf alle Weise zu beschränken, wo möglich zu zernichten. Hieran hat auch Herr H. in seiner Schrift: Ueber Aufhebung mittelbarer Stifter, Abteien und Klöster in Deutschland, zur Erläuterung des §. 35. des ReichsDeputationsHauptSchlusses vom 25. Febr. 1803, mit Anwendung auf die Mecklenburgischen Jungfrauen Klöster, (Helmstädt 1805) auf 180 S. in 8. es nicht ermangeln lassen.

Eben so sehr ist man aber auch zu der Voraussetzung berechtigt: daß hiemit nun alles erschöpft sei, was

gegen die freie und volle Disposition der Landesherren über alle Klöster in ihren Landen, besonders in Mecklenburg, nur irgend sich vorbringen lies; dass folglich, ausser den hier aufgeführten und benutzten Einwürfen, der reichsschlussmässigen landesherrlichen Disposition über die mittelbaren protestantischen Jungfrauenklöster keine Hindernisse weiter im Wege stehen; dass hingegen diejenigen Gründe für diese freie und volle Disposition der respectiven Landesfürsten, welche selbst der Scharfsinn und die Anstrengung eines *Häberlin* zu entkräften nicht vermogte, noch jetzt unerschütterlich fest stehen; und dass folglich, wenn auch die Häberlinschen Bemühungen zur Behauptung des Gegentheils vergebens seyn, oder aus dem Wege geräumt werden sollten, die Ansicht des Versuchs desto entscheidender gerechtfertigt seyn werde.

Der Verfasser der Bemerkungen hatte (§. 13, 15 und 17. des Versuchs) nicht die Freude, seine eben so eingeschränkte Erklärung des damals noch nicht zur verfassungsmässigen Sanction gereiften unvollendeten Embryons der neuen Gesetzgebung bei den Mitgliedern der ReichsDeputation und der ReichsVersammlung oder beiden vermittelnden Gesandschaften, *re adhuc integra*, Eingang zu verschaffen: Nein, gerade das Gegentheil dessen, was er diesen zur Beherzigung empfohlen hatte, ward von ihnen beliebt; und was bis dahin in dem GesetzesEntwurf noch zweifelhaft war, wurde bei dessen vervollständigter Bearbeitung (*codice repetitae praelectionis*) desto unverkennbarer ergänzt.

Es wird darauf ankommen: ob Hr. H. jetzt, nachdem das Gebäude der neuen Gesetzgebung vorlängst vollendet, nachdem alle, die daran arbeiteten, seit länger als zwei Jahren auseinander gegangen sind, itzt sage ich, wo die gesetzgebende Macht in Deutschland nichts weiter dabei zu thun hat, bei der vollstreckenden Gewalt mehr Glück machen werde, wenn einst der, in dem kaiserlichen PromulgatorRescript (§.

23. des Versuchs, XIII. Beil.) vorausgesetzte Fall eintreten sollte, wo „der Inhalt jener Urkunden als gesetzmässige Vorschrift pflichtmässig beobachtet werden soll“?

Der Verfasser dieses zweiten Theils des Versuchs hat in der Häberlinschen Schrift nichts Neues entdecken können, nichts was nicht entweder schon in den Bemerkungen ohne Erfolg vorgebracht, oder durch den ersten Versuch im voraus beantwortet war. Er hält daher seiner Seits die Acten für völlig instruiert und wird, von mehrern Seiten zur Beantwortung der Häberlinschen Schrift aufgefordert, nur noch die undankbare Mühe der Nachweisung auf sich nehmen müssen, dafs, und wo jenes und dieses bereits geschehen sei. Er bedauert, dafs dabei Wiederholungen unvermeidlich seyn werden, weil Herr *Häberlin* sich oft genug Tautologien erlaubte. Er glaubt aber, dem Herrn Geheimen JustizRath keinen überzeugenderen Beweis seiner Aufmerksamkeit und Achtung geben zu können, als wenn er ihn Schritt für Schritt folgt. Um ihn desto gewisser nicht zu verfehlen, wird er jedem §. der Häberlinschen Abhandlung, mit Heraushebung der wesentlichsten Stärke seiner Waffen, und zwar, um ihn desto weniger misverstehen zu können, so viel möglich in dessen eignen Worten, sogleich die Widerlegung sich anschliessen lassen. Stände nicht der Name des berühmten Verfassers an der Stirne des Büchleins; so würde er dasselbe, unbeschadet des ersten Versuchs, neben diesem ruhig seinem Schicksale überlassen, ohne sich um den weitem Erfolg zu bekümmern, oder nur in einer allgemeinen Uebersicht die von dem Herrn Verfasser gegebenen Blößen aufdecken. Gerne wäre er hierin seinen eigenthümlichen Gang gegangen, um desto leichter das Ziel zu erreichen; und weit lieber hätte er sich den Zwang erspart Hrn. H. auf allen seinen Verirrungen in unzählige und unnöthige Ab- und Nebenwege zu begleiten. Da er inzwischen hofft, dafs der ausgehangene Schild der Arbeit seines Herrn

VI
Gegners recht viele Leser verschaffen werde; so wußte er kein besseres Mittel, eben diesen Lesern sich mitzutheilen, und bei ihnen die etwa zurückgebliebenen Eindrücke der jenseitigen Schrift, so viel es ohne ihre Geduld zu ermüden geschehen konnte, auszulöschen, als durch eine solche unmittelbare Contrôle. Desto sicherer glaubt er auf das eigne gerechte Urtheil jedes partheilosen Beobachters compromittiren zu dürfen: Ob er den vorliegenden gesetzlichen Text (S. III des Versuchs) recht gelesen habe? oder ob man erst in Helmstädt lernen müsse, das französische Original des ReichsDeputationsHauptSchlusses vom 25. Februar 1803, S. 35. (S. 103 des Versuchs) mit Hrn. Häberlin (S. 20 — 33.) so zu übersetzen:

„Alle Güter der (zur Entschädigung bestimmten) fundirten Stifter, Abteien und Klöster, in den alten und neuen Landen (derjenigen Reichsstände, denen eine TerritorialEntschädigung für TerritorialVerlust zu Theil geworden ist) katholischer sowohl als N. C. Verwandten, mittelbarer sowohl, als unmittelbarer, deren Verwendung in den vorhergehenden Anordnungen nicht namentlich festgesetzt worden ist, (nicht aber mittelbare protestantische Damen Stifter oder Jungfrauen Klöster) werden der freien und vollen Disposition der (zu entschädigenden) respectiven Landesherren — überlassen.“

Die hier eingeschalteten Worte stehen nun zwar wirklich nicht im Gesetze, weder nach der französischen, noch nach der deutschen Ausgabe. Aber dafür bekommt man hier auch zu wissen, wie die Herren Verfasser sich eigentlich hätten ausdrücken sollen, um die Häberlinsche Anwendung auf die Mecklenburgischen Jungfrauen Klöster (II. Abtheilung) zu rechtfertigen:

„Die annoch im Mecklenburgischen vorhandenen Klöster (sagt er) können von der Landesherrschaft nicht eingezogen werden, weil 1) das Haus Mecklenburg fei-

nen TerritorialVerlust erlitten und keine TerritorialEntschädigung erhalten hat; 2) Diese Klöster evangelische Jungfrauen Klöster sind und 3) dieselben sich (seit dem AssecurationsRevers von 1572) in dem PrivatEigenthum einer weltlichen Corporation, zur Versorgung der unverheirathet bleibenden Töchter der Mitglieder dieser Corporation, befinden.“

Der Verfasser dieses zweiten Theils des Versuchs, wird sich bemühen, zu zeigen, daß der DHS. wie der Mecklenburgische AR. keine Tasche ist, worin man allerlei hineinstecken kann, um es gelegentlich daraus hervorzulangen. Er ist und bleibt aber eben so weit, wie im ersten Theile, davon entfernt, durch seine doctrinale Auslegung des Gesetzes, dessen buchstäbliche Vollstreckung in Mecklenburg berechnen oder ankündigen zu wollen. Zufrieden, seiner Pflicht genügt zu haben, wenn durch seine ganz einfache Darstellung nur das richtige Principium über die Frage: Ob? im allgemeinen ausser Zweifel gestellt worden; glaubt er schon damit der Wahrheit die ihr gebührende Huldigung geleistet zu haben. Gerne überläßt er sodann das Wann? Wie? oder Wo? der respectiven Anwendung Demjenigen:

Quem penes arbitrium est et ius et norma dicendi.

Schwerin im August 1805.

Zur Verhütung aller Verwechslung, sind die Haberlinschen Worte hier allenthalben deutsch gedruckt, und die Allegate des Versuchs verstehen sich allemal von der zweiten Auflage.

Die öfter vorkommenden Worte: ReichsDeputation, DeputationsHauptSchlus, AssecurationsRevers, sind durch die Abkürzungen RD, DHS. AR. bezeichnet.

InhaltsAnzeige.

Einleitung (§. 1—4.) Seite 1

Erste Abtheilung:

Geschichte und Erläuterung des 35. §. des J. R. D. H. S.

Erster Abschnitt:

EntstehungsGeschichte (§. 5—14.) 9

Zweiter Abschnitt:

Erörterung einiger, die Aufhebung der Stifter und Klöster
in den alten Besitzungen der Entschädigten betreffenden
Rechtsfragen (§. 15—45.) 19

Zweite Abtheilung:

Anwendung auf die Mecklenburgischen JungfrauenKlöster
(§. 44—54.) 59

Recapitulation 100

B e i l a g e.

Nr. XX. HerzoglichMecklenburgische Reformation und
KlosterOrdnung für die Jungfrauen zu Dobbartin, Mal-
chow und Ribnitz, vom Jahr 1572 103

Beantwortung
der
Häberlinschen Schrift:
über Aufhebung
mittelbarer Stifter, Abteien und Klöter
in Deutschland,

zur
Erläuterung des DHS. vom 25. Febr. 1803, §. 35.
mit Anwendung
auf die Mecklenburgischen Jungfrauen Klöster.

(Helmstädt, 1805.)

Bestimmung

der

Höchstzulässigen Schrittl:

über die

mittelpunktlicher Stütz-, Abtrieb und Klöster

in Deutschland

mit

Entscheidung des Dts. vom 23. Febr. 1895, 2. 33.

mit Anwendung

auf die Mecklenburgerischen Jagdreviere.

(Helmstedt, 1895)

Zur Einleitung.

Zum 1. §.

„Der DeputationsHauptSchluß ist in den ersten 47 §§. kein Werk teutscher Männer: Die Mitglieder der ReichsDeputation handelten bei dessen Abfassung und Redigirung nicht nach eignen, sondern nach fremden Eingebungen der französischen Uebermacht.“

Wer kann das verkennen; und welcher unterrichtete Leser hat das je geleugnet? Eben das ist ja auch in dem Versuch (§. 6, II. S. 22., §. 14. S. 26., §. 17.) nicht nur unverholen gestanden; sondern selbst durch die Beilagen (Nr. I, II, V, VII, VIII, IX.) ist es auf das authentischste beurkundet: daß nicht die Subdelegirten der deutschen Reichsstände, sondern die Minister der vermittelnden Mächte eigentliche Urheber der successiven Construirung des 35. und 36. §. waren. Und gerade eben darum waren auch Sie, und nur Sie allein, zu der authentischen Interpretation (§. 17. des Versuchs) authorisiret, wozu sie die Grundzüge am 9. May 1803 (in der XII. Beilage) vorzeichneten! Allein wer wollte aus dieser fremden Inspiration die Folgerung ziehen, daß die ReichsDeputationsGlieder bloß leidend sich verhalten hätten, nur me-

chanische Werkzeuge fremder Impulsionen gewesen wären? Beweisen nicht alle ihre Deliberationen, und mehrere Monitoren, noch in den letzten Augenblicken, zu eben der Zeit, wie die itzige Fassung des 35. §. zur Berathung stand, (Versuch S. 25.) das Gegentheil? Eben so wenig entscheidet daher dieser fremde Einfluss für oder wider die mehr oder minder verbindliche Anwendlichkeit jedes in dem Gesetze aufgenommenen Worts. Nicht wer den Wechselbrief schrieb; nur wer ihn unterschrieb und acceptirte, bleibt für dessen buchstäbliche Erfüllung verantwortlich. Ob dieser ihn eigenhändig zu Papier brachte, oder von einem andern hatte aufsetzen oder sich in die Feder dictiren lassen? das bleibt für seine rechtliche Verbindlichkeit ein völlig gleich bedeutender Umstand und hat auf seine Vollstreckung nicht den mindesten Einfluss.

Zum 3. §.

„Sind hier sämtliche deutsche Landesherren, — — oder nur die mit Grund auf Entschädigung Anspruch machen konnten und durch den D. E. mittelst neuer Besitzungen eine TerritorialEntschädigung erhalten haben, gemeinet? — — — reichsgesetzliche Hindernisse, oder auch die, in besondern Verträgen und LandesGrundgesetzen la- gen, zernichtet? — — — auch mittelbare protestantische weltliche DamenStifter oder sogenannte Jungfrauen Klöster zu verstehen?“

Wozu alle diese Zweifel, Fragen und Distinctionen? *Lege non distinguente, nec nostrum est distinguere.* Die gesetzlichen Bezeichnungen: „Alle — — Klöster — — respectiven Landesherren“ überheben uns aller Zweifel und beantworten jede Frage, indem sie jeden Unter-

schied ausschliessen, durchaus keine Ausnahme übrig lassen. Wer diese von der Allgemeinheit der gesetzlichen Regel, für diese oder jene Gattung von Stiftern oder Klöstern, gegen länger oder kürzer regierende Landesherren, behaupten will, muß darüber den Beweis führen, den man bis dahin geruhig disseits erwarten darf. (Versuch §. 36, 38. S. 61, 65.)

Welches sind ferner die reichsgesetzlichen Hindernisse der Ausübung des landesfürstlichen Säcularisationsrechts über entbehrliche geistliche Stiftungen von derselbigen Religion, wozu der Landesherr sich bekennet? Hr. H. hat nicht für gut gefunden solche anzugeben. „*Dispositions précédentes abrogées, dont le souvenir subsiste encore, qui ne sauroient plus être invoquées à l'avenir,*“ heissen nicht blos reichsgesetzliche Hindernisse. Warum auch nicht besondere Verträge und LandesGrundgesetze? Waren diese nicht damit gemeinet; wozu denn der ganze Apparat einer neuen Gesetzgebung, wenn es um nichts weiter zu thun war, als den Fürsten eine solche freie und volle Disposition zu verschaffen, welcher schon bis dahin keine gesetz- und verfassungsmässige Hindernisse im Wege standen? (Versuch §. 33, 34, 38. S. 57, 58, 66.)

Die Besorgnis endlich, daß protestantische Fürsten durch die Aufhebung der protestantischen Klöster ihrer Lande sich über Verträge, die sie beim Antritt ihrer Regierung feierlich beschworen haben, wegsetzen würden, ist blos chimärisch. Wo werden von unsern Landesherren bei ihrem RegierungsAntritt eidliche Versicherungen oder Bestättigungen über LandesVerträge verlangt

oder ertheilet? In Deutschland, so viel man weis, in erblichen Staaten nirgends. Hr. H. hat davon wenigstens kein Beispiel aufzuweisen vermocht. Nur in geistlichen Wahlstaaten kennt man eidliche WahlCapitulationen. Aber weder in älteren, noch in neueren Zeiten wurden dadurch die bisherigen Bischöfe oder Administratoren gehindert, von entgegenstehenden neueren ReichsGesetzen, selbst gegen eben dieselbigen Corporationen Gebrauch zu machen, in deren Hände sie ihren feierlichen Eid abgelegt hatten (Versuch §. 31, 32, S. 54, 55.) Geschieht nicht auch etwas ähnliches in dem vormaligen Bisthum, itzigen Fürstenthum Osnabrück, ohne irgend jemandes Anstoß? Und dieselbige höhere Gewalt, welche hier ieden Zweifel gegen die Zernichtung beschworner Verträge zum Schweigen brachte, sollte in weltlichen Erbstaaten weniger beruhigende Kraft haben, wenn es dort eben dergleichen eidliche LandesVerträge gäbe?

Zum 4. §.

„Hier ist eine Unbestimmtheit im Gesetz, welche Landesherren gemeinet worden? ob alle in ganz Deutschland ohne Unterschied, oder bloß die Entschädigten, und zwar, ob bloß die mit TerritorialBesitzungen, oder auch die durch Renten entschädigten?“

Wie man sich doch ohne Noth mit Ungewisheit und Zweifeln quälet und plagt, sobald man die gebahnte Heerstrasse des gesetzlichen Buchstaben aus dem Augen verliert und in willkührliche Abwege schwankenden Tritts sich verirrt, wenn der Unterthan klüger seyn will, als der Gesetzgeber? Wer kann noch fragen: Welche? dieser oder jener? Wenn das Gesetz sagt: Alle Klöster — — der re-

spectiven Landesherren? Die menschliche Sprache kennt keine allgemein bekanntere, keine verständlichere Ausdrücke, als die hier gewählten Worte. Eine nun noch affectirte Unbestimmtheit würde höchstens nur subjectiv seyn, nur in der individuellen Ansicht einer vorgefaßten Meinung oder einer ängstlichen, daher kranken Einbildungskraft liegen, wobei der Gesetzgeber, wie der Exeget, sich nicht aufhalten kann.

Wo inzwischen die Auflösung jedes, möglicher Weise gedenkbaren Zweifels zu suchen sei? Das haben die Urheber des Gesetzes (Versuch §. 3. XII. Beilage) deutlich genug nachgewiesen: nämlich allein nur „*dans le texte même de la loi; les droits conférés et les droits réservés s'y trouvent également*“. Man beschränke aber auch mit Hrn. H. die reichsschlusmässige Disposition bloß auf die entschädigten Fürsten: in besonderer Beziehung auf die befragte Anwendung, würde das allenfalls gleichgültig seyn können. (Versuch §. 42, 43, S. 71, 74.)

„In dem §. 35. steht kein Wort von Jungfrauenklöstern.“

Diese Instanz ist gleichsam der Refrain, worauf die ganze Stärke der Häberlinschen Zweifel sich reducirt, und kommt an unzähligen Stellen seines Buchs, hier aber zuerst, vor; sie darf daher schon hier nicht mit Stillschweigen übergangen werden, um uns in der Folge darauf beziehen zu können. Sind denn Jungfrauenklöster nicht auch Klöster? Waren nicht gerade sie in katholischen Staaten die häufigsten, so wie sie in evangelischen Ländern die einzigen sind? Werden nicht z. B. im §. 6. des DeputationsHauptSchlusses die Jungfrauenklöster Ober-

stenfeld und Margarethhausen eben so gut, als das MannsKloster Zwiefalten, (Versuch, S. 84, 96, 102) unter der generischen Rubrik *couvens* begriffen, ohne der specifischen Classification *tant d'hommes, que de femmes* zu bedürfen? Und doch sollten die Gesetzgeber im 35. und 36. §. bei der allgemeinen Benennung: Alle, — — Klöster gerade an die JungfrauenKlöster nicht gedacht haben, die der allgemein bekannte SprachGebrauch bei diesem Wort, als das *potius a quo fit denominatio*, zunächst sich gedenket?

Gerade dadurch, weil JungfrauenKlöster nicht ausdrücklich genannt wurden, gab man auf das deutlichste zu erkennen: daß diese nicht ausgeschlossen seyn sollten, weil die Verfasser sonst nicht des generischen Ausdrucks Klöster sich bedient haben würden, wenn nicht Alle, sondern nur Eine, und zwar die seltnere Gattung derselben, ihnen im Sinne gelegen hätte; oder sie müßten die bekannte hermeneutische Regel gegen sich gelten lassen: *Interpretatio facienda est contra eum, qui clarius loqui debuisset.*

Eben so gut, ja mit noch mehrern Recht könnte man behaupten: daß unter den protestantischen nur allein JungfrauenKlöster, (*secundum id quod potissimum fit*) nicht aber MannsKlöster, wenn es überhaupt deren gäbe, a) gemeinet wären; oder daß auch die DomKapittel ausbechieden bleiben müßten, weil nur Stifter genannt wurden; oder daß alle fundirte Probsteien (AugustinerPräla-

a) „Eigentliche MannsKlöster existiren in protestantischen Ländern nicht weiter.“ (Wiese Handbuch des deutschen KirchenRechts, III. Th. S. 274.)

turen) verschonet werden sollten, weil man nur Abteien (BenedictinerPrälaturen) nannte.

Könnte überhaupt, nach der authentischen Interpretation (Beil. XII. des Versuchs) noch einiger Zweifel darüber gedenkbar bleiben: welche Stifter, Abteien und Klöster der landesfürstlichen Disposition überlassen seyn sollten; so höbe sich doch jede Ungewisheit schon von selbst durch die im Gesetz hinzugefügte ganz einfache Bezeichnung:

„*Couvens fondés — — — dont il n'a pas été formellement fait emploi dans les arrangemens précédents.*“

„Fundirten (begüterten) Klöster — — deren Verwendung in den vorhergehenden Anordnungen nicht förmlich festgesetzt worden ist.“

Jene positive und diese negative Nachweisung giebt den Schlüssel zu dem ganzen Problem, und setzt den, der eine Ausschliessung dieser oder jener Gattung, oder einzelner Individualitäten behauptet, in die sehr leichte Nothwendigkeit, eine Anordnung der vorhergehenden 34. §§. aufzusuchen, worin die Verwendung begüterter Klöster schon förmlich festgesetzt worden ist. Wo es an diesem vorhergegangenen *Factum* fehlt; da bleibt keine Ausnahme von der Allgemeinheit der Regel übrig, und alle Zweifel gegen die Anwendung derselben hören auf.

„Nicht von *dispositions précédents* überhaupt, sondern von *quelques* d. pr. redet die Note der vermittelnden Minister vom 9. May 1803.“

Das Wort *quelques* ist in der XII. Beilage (S. 112) des Versuchs nicht, also auch nicht absichtlich, wie Hr. H. den Verfasser beschuldigt, ausgelassen; und es brauchte

eben darum im Text (S. 9, 30, 78.) wo man auf das angeführte *extensum* sich bezog, nicht noch einmal abgeschrieben zu werden.

„Nicht jede ältere Disposition ist als aufgehoben zu betrachten.“

Nein! nur die, welche den Gütern der Klöster bis dahin eine andere gesetzliche Bestimmung gegeben hatten, folglich mit dem §. 35. und 36. nicht zusammen bestehen konnten, da es allenfalls von selbst sich versteht: *quod lex posterior derogat priori.*

Zur ersten Abtheilung.
Geschichte und Erläuterung des 35. §. des J. R. D. H. S.

Zum ersten Abschnitt.
E n t s t e h u n g s G e s c h i c h t e.

Zum 5. §.

„Ueberhaupt läßt sich der wahre Sinn eines Gesetzes aus den Verhandlungen desselben am besten einsehen.“

Das wäre eine ganz eigne, aber *in abstracto* ganz verkehrte Auslegungsart eines Gesetzes. Dadurch würde dessen wahrer Sinn für jeden, dem nicht zu den Acten der Gesetzgebung der Zutritt offen steht, ein verschlossenes Buch werden. So soll aber ein Gesetz nicht beschaffen seyn: es muß jeden, den es verbinden, der darnach gerichtet werden soll, nicht blos den wenigen Eingeweihten in die Mysterien seiner Composition, beim ersten Anblick faslich und verständlich seyn. Eben das war auch *in concreto* wenigstens die Absicht der Urheber des Gesetzes: „*d'obvier aux interprétations erronées et aux doutes, qui pourroient s'élever dans l'avenir — pour detourner jusqu'à la possibilité des discussions de ce genre dans des tems plus reculés.* — (Versuch V. Beilage.)

Eben darum hielt auch das allerhöchste ReichsOberhaupt (Versuch Beil. XIII.) es nicht für nöthig, den ReichsGerichten die Protocolle der ReichsDeputation mitzutheilen, wie doch allerdings unumgänglich gewesen seyn würde, wenn ohne diese der Sinn des Gesetzes nicht hätten begriffen oder beobachtet werden können; der Kaiser begnügte sich, ihnen neben dem HauptSchlus, das ReichsGutachten und das RatificationsDecret zu promulgiren, damit in den gerichtlichen Vorkommenheiten, der Inhalt (nicht die EntstehungsGeschichte) derselben, als gesetzliche Vorschrift pflichtmäſsig beobachtet werde.

Höchstens wäre hier Hrn. H. hermeneutische Regel, nach der Theorie des Versuchs, §. 4., nur in soferne richtig, als die Resultate der Verhandlungen mit dem Buchstaben des Gesetzes übereinstimmen, weil es überhaupt einer doctrinalen Interpretation nicht bedarf, wo schon eine authentische Auslegung bekannt gemacht ist. Nicht in den Verhandlungen, nur allein *dans le texte même de la loi*, soll die Auflösung jedes möglichen Zweifels über dessen wahren Sinn, nach eben dieser authentischen Erklärung, (Beil. XII. des Versuchs) gesucht werden.

Waren die Verfasser im Anfang der Unterhandlungen andrer Meinung gewesen, und hatten sie diese während des Fortgangs der Geschäfte mehrmals berichtigt, verändert, oder am Ende gar zurückgenommen und mit der entgegenstehenden vertauscht; so hatten sie das zwar, nach dem eben so natürlichen, als gewöhnlichen stufenweisen Fortschritt des menschlichen Wissens und Wollens, mit allen andern wichtigeren oder unwichtigeren Unterhand-

lungen und Negotiationen, besonders von so anhaltender Dauer, von so ausgebreitetem Umfang, von so mannigfaltigem einander durchkreuzendem Interesse, wie die gegenwärtige war, gemein. Es beweiset aber nichts weiter, als dafs die Gegenstände mehrere Ansichten hatten, dafs man die Sachen, von allen Seiten betrachtet, desto reiflicher erwogen hatte, dafs die Verfasser mit dem Für oder Wider, mit den Schwierigkeiten und Vortheilen der Ausführung völlig bekannt waren; dafs sie zwar am 18. August 1802 nicht wissen konnten, wie sie am 25. Februar 1803 darüber denken und urtheilen würden; dafs aber der Punct, auf welchem zuletzt ihre FinalEntschliessung stehen blieb, ihre schliesliche Auswahl unter mehreren, nach und nach ihnen vor Augen gelegten Alternativen, gerade um deswillen desto unverkennbarer, desto unwiderruflicher entschied, je weniger der Vorwurf einer Uebereilung, oder nicht hinlänglicher Ueberlegung sie treffen konnte; mit einem Wort: dafs die subjective Wahrheit, *ponderibus librata suis*, in ihren Beschlüssen nun um so viel unerschütterlicher fest stand.

Darum aber ihre früheren, mehr oder weniger abweichenden Reflexionen, Vorschläge und Erklärungen herauszuheben, ist, insoferne es auf die Auslegung ihres endlichen Beschlusses ankommt, eine eben so irrelevante, als überflüssige und undankbare Beschäftigung, die höchstens nur dem Beobachter einen historischen Nutzen gewährt. Auf der Wage des Rechts aber, lösen sie in bloße Tractaten sich auf und bleiben in der Anwendung ohne alles Gewicht.

„Von dem Verfasser des Versuchs ist vielleicht absichtlich die chronologische Ordnung nicht streng beobachtet.“

Welche vernünftige Absicht könnte dabei zum Grunde liegen? wenn auch nicht die Reihenfolge der Beilagen Nr. I–XIII. vom 18. August 1802 bis 25. Jul. 1803, das Gegentheil bewiese. In gleicher Ordnung hängt deren Benutzung im Texte (S. 10—41) zusammen; nur mit dem einzigen Unterschied, daß der Inhalt der III. Beilage, als ein individuelles Beispiel, nicht in der allgemeinen geschichtlichen Theorie der Gesetzgebung, sondern erst in der Anwendung (§. 35, S. 59. ff.) eingeschaltet werden durfte.

Zum 6. §.

„Auf die, von der ReichsDeputation unterstützte Reclamation der Fürstin zur Lippe, ward in dem zweiten Entschädigungsplan, die in dem ersten geschehene Ueberlassung des, unter Lippischer Hoheit belegenen protestantischen FrauenleinStifts Cappel an NassauDillenburg wieder gestrichen, hiedurch aber von den vermittelnden Mächten wenigstens so viel anerkannt, daß dergleichen weltliche evangelische Stifter, als wohlthätige Institute, in ihrem bisherigen Stande bleiben mußten.“

Daß die FürstlichLippische Regierung dieses Kloster lieber für die unmittelbar darauf, in dem zweiten Entschädigungsplan aufgenommene, izt reichsschlusmässige freie und volle Disposition des eigenthümlichen Landesherrn aufsparen, als einem fremden Fürsten einen solchen lästigen *statum in statu* zugestehen wollte, stand ihr auf keine Weise zu verdenken, und wird früher oder später die regierende Landesherrschaft sicher nicht gereuen. Wegen

der damaligen Urtheile und Meinungen der ReichsDeputationsGlieder über die Rechtmässigkeit oder Unrechtmässigkeit der intendirten Anweisung des Hauses NassauDillenburg auf ein Lippisches MediatStift, und wegen deren damaligen Einflusses auf die Entscheidung der vermittelnden Mächte, ist schon zum 5. §. im Allgemeinen die Inconsequenz einer Schlussfolge auf die Auslegung ihrer entgegengesetzten späteren Beschlüsse und Bestimmungen bemerkt worden. In jedem Fall wäre die Anwendung dieser Zurücknahme eines einzelnen protestantischen FräuleinStifts, von der EntschädigungsAnweisung eines fremden Fürsten, auf den unbedingten *statum quo* aller *dergleichen* Stiftungen ein ganz unlogischer Schluss *a particulari ad universale*.

Dafs wenigstens alle die verehrlichen Abstimmungen der fürtreflichen Herren Subdelegirten in der IV. und VII. Sitzung von 14. und 25. Septbr. 1802 über das Princip der SäcularisationsFähigkeit protestantischer Stifter und Klöster ausserhalb der EntschädigungsLänder überhaupt, gänzlich ohne Wirkung blieben, hingegen diese einzig nur auf die Befreiung des Klosters Kappel von den NassauDillenburgschen EntschädigungsAnsprüchen *in concreto* sich beschränkte, das beweiset eben der unmittelbar darauf folgende zweite EntschädigungsPlan vom 8. Octbr. 1802, §. 34, 2) (Versuch, II. Beilage) durch die eben darin dem *respectiven* Landesherrn eingeräumte freie und volle Disposition über *alle* Güter der nicht schon förmlich verwandten protestantischen mittelbaren fundirten Klöster und Stifter.

Zum 8. §.

„Aus der speciellen Anweisung der, in den alten Wirtenbergischen Landen befindlichen Klöster ergibt sich, daß die Disposition des §. 34. Nr. 2.) des zweiten EntschädigungsPlans in Hinsicht auf die mittelbaren Stifter und Klöster, bloß allein von Entschädigungsländern zu verstehen war.“

Eine solche Folge läßt sich nun zwar aus einer Vergleichung beider §§. (II. Beilage des Versuchs) wenn man ihnen auch die größte Gewalt anthut, eben so wenig erzwingen, als daraus, daß im §§. 1. und 12. des DeputationsHauptSchlusses den Häusern Oesterreich und Nassau namentlich die Abteien und Klöster in ihren EntschädigungsLanden angewiesen wurden, sich folgern läßt: daß die Disposition des 34. itzt 35. §. über die mittelbaren Stifter, Abteien und Klöster bloß allein von den alten Landen zu verstehen sei.

Vergebens bemühte sich schon der Verfasser der Bemerkungen, (§. 9. des Versuchs) den Mitgliedern der ReichsDeputation, in Einverständnis mit den Ministern der vermittelnden Mächte, die Aufnahme eben der itzigen Häberlinschen Deutung in das neue ReichsGrundGesetz zu empfehlen, um

„jene Ungewisheit durch bestimmte Erläuterung noch in Zeiten zu heben und auf solche Art so viel möglich allen Zweifeln oder nahen und fernen Streitigkeiten vorzubeugen.“

Inzwischen gönne man Hrn. H. die Freude über seine beschränkte Auslegung immerhin auf die kurze Zeit, wo der namentliche Zusatz

„tant des anciennes, que des nouvelles possessions“
 in dem 35. §. des dritten EntschädigungsPlans vom 11. Febr.
 1803 (Versuch, VII. Beilage) das volle Gegentheil über-
 flüssig manifestirte.

Zum 9. §.

*„Gegen die Anweisung der protestantischen sogenann-
 ten Jungfrauen Klöster und mittelbaren weltlichen Damen-
 Stifter zur Entschädigung, hatte sich die ReichsDeputation
 bereits bei Gelegenheit des Stifts Kappel erklärt.“*

Jedoch ohne weitere Folge, wie schon oben beim §.
 6. bemerkt worden. Hätten sie diese, bei einem einzel-
 nen Fall zu erkennen gegebene Abneigung auch im Allge-
 meinen geltend machen wollen; so durften sie solche zwei
 Monate darauf, bei der Abfassung des ersten Deputa-
 tionsHauptschlusses vom 23. Novbr. 1802, §. 35. (Versuch
 IV. Beilage) nicht verschweigen. Ueberliessen sie hier
 aber dennoch alle Güter der fundirten mittelbaren prote-
 stantischen Stifter und Klöster der freien und vollen Dis-
 position der respectiven Landesherren ohne Ausnahme;
 so waren sie entweder von ihrer vorigen Abneigung zu-
 rückgekommen, oder sie mußten es sich gefallen lassen: daß
 die Deutung ihres HauptSchlusses gegen sie, die sich
 deutlicher hätten ausdrücken sollen, angenommen wird.

Zum 11. §.

*„Durch die Beschränkung des DeputationsSchlusses
 vom 23. Novbr. 1802 in Ansehung der Klöster in den alten
 Besitzungen des Herzogs von Württemberg, wurde deutlich
 erklärt: daß es keinesweges die Absicht sei, in den alten*

Landen der zu Entschädigenden wohlervorbene Rechte der Landschaft oder eines dritten zu fränken."

Das heist doch wohl *a particulari ad universale*, wider die gemeinsten Regeln der Logik, schliessen, wenn aus der ganz ausdrücklich hinzugefügten Beschränkung:

quant à celles-ci

gefolgert werden will: dass es überhaupt die Absicht gewesen sei, in allen übrigen alten Besitzungen der beschädigten Fürsten die bisher verfassungsmässige Bestimmung der Klöster und Stifter zu erhalten. Vorgeschlagen war zwar bekanntlich in der ReichsDeputation (Versuch, §. 13.) eine allgemeine Erweiterung jener vormaligen Württembergischen Beschränkung von Hoch- und Deutschmeister, aber eben so bekanntlich ohne Erfolg.

Zum 14. §.

„Es ist wohl nicht zu zweifeln, dass nicht die übrigen Gesandten, allenfalls mit Ausschluss von Baiern, sich eben so als RuhrSachsen und Hoch- und Deutschmeister, würden erklärt haben, wenn sie in ihren Abstimmungen die Veränderungen des §. 35. mit berührt hätten."

Warum berührten sie sie den nicht, und erklärten sich nicht so, als es gerade Zeit war, sie zu berühren und sich darüber zu erklären? Warum schwiegen sie zu der Zeit, als sie auch wirklich über die §§. 29. und 39. abstimmtig sich erklärten? ehe sie nämlich die sämtlichen übrigen, von den vermittelnden Ministern vorgeschlagenen Beisätze, Ergänzungen und Abänderungen der 24. §§. *intercalés*, (Versuch §. 13. S. 25, 101.) mittelst reinen unbedingten Beitritts, für den bisherigen DeputationsSchlüssen gemäs anerkannten und darnach den vorhin entworfe-

nen HauptSchlus adjustirten? ehe sie die darin noch fehlenden wesentlichen Bestimmungen, mit den darnach getroffenen nöthigen Abänderungen, bei allen einschlagenden Paragraphen, (also auch bei dem 35. und 36.) der allgemeinen ReichsVersammlung zur Genehmigung vorlegten? (Versuch, §. 14, S. 27.) Menschenfurcht konnte das eben so wenig seyn, als Inadvertenz; und weniger noch läßt sich eine MentalReservation von dem erhabenen Character der edelsten Männer Deutschlands bei ihrem Schweigen gedenken. Gaben sie also nicht eben dadurch auf das unwidersprechlichste zu erkennen: dafs, wenn auch gegen die Allgemeinheit der Fassung des 35. §. aus der, in eben dem Augenblick zu Protocoll gebrachten, folglich ihrer officiellen Kenntniss gerade izt unmittelbar gegenwärtigen KuhrSächsischen und Deutschmeisterschen Abstimmung, oder aus den eben so wenig ihrer literarischen Bekanntschaft entgangenen, vielmehr ausdrücklich und eigentlich ihrer Aufmerksamkeit und Beherzigung empfohlenen Bemerkungen eines PrivatSchriftstellers (§. 9. des Versuchs) einige Zweifel und Bedenklichkeiten in ihnen aufgeregt waren, ja, wenn sie auch selbst dagegen fünf Monate früher in der VII. Sitzung einige Abneigung empfanden, dafs, sage ich, sie dennoch solche nun unterdrückt und zurückgenommen hatten, nachdem sie durch 36 folgende Sitzungen auf ein verändertes Resultat gelangt waren? Wäre dieses nicht, so berechtigte ihre unbedingte Annahme und Einschaltung der veränderten Fassung doch, jeden künftigen Ausleger des 35. §. gegen sie zur Anwendung des Grundsatzes: *Interpretatio facienda est contra eum qui clarius loqui debuisset!*

„Die Stimmen von RuhrSachsen und Deutschmeister konnten unmöglich für dissentirend, oder gar als verworfen ausgegeben werden.“

Wurden die RuhrSächsisch- Deutschmeisterschen Erklärungen von den übrigen Subdelegirten nicht verworfen, sondern angenommen, und stimmten diese jenen bei; so konnten der 35. und 36. §. in der Allgemeinheit ihrer Fassung, nicht den bisherigen Deputations-Conclusis, namentlich nicht dem HauptSchlusse vom 23. Novbr. 1802 §. 35, 36. für gemäs anerkannt, nicht ihrer itzigen Fassung rein beigetreten, nicht eine weitere Abänderung unnöthig befunden werden. (Versuch §. 13.) Jene Erklärung annehmen und doch diese Fassung rein anerkennen, wäre eine *protestatio facto contraria* gewesen. Beides kann so wenig, als Ja und Nein, ohne Duplicität neben einander bestehen, sondern würde mit sich selbst in Widerspruch sich verwickeln.

Indem also die Mehrheit der Subdelegirten der, von den Vermittlern vorgeschlagenen letzten Abänderung und Ergänzung des 35. und 36. §. rein beiträt; entfernte sie sich eben dadurch von den beiden obigen, beschränkter darüber urtheilenden Stimmen: deren isolirte Meinung blieb folglich in der Minorität und ohne alle Wirkung.

Unrichtig beschuldigt übrigens Hr. H. den Verfasser des Versuchs, das in dem RuhrSächsischen *Votum*, aus dem 60. §. des DHS. geschöpfte Argument für die Erhaltung der politischen Verfassung in den alten Erblanden vielleicht absichtlich ausgelassen zu haben. Hr. H. hatte wohl den 37. §. des Versuchs (S. 62.) übersehen?

Zum zweiten Abschnitt:

Erörterung einiger, die Aufhebung der Stifter und Klöster in den alten Besitzungen der Entschädigten, betreffenden Rechtsfragen.

Zum 15. §.

„Ist es den sämtlichen deutschen Landesherren nunmehr gestattet, die in ihren Landen und Gebieten befindlichen Klöster aufzuheben? oder nur denen, welche durch den D.S. mittelst neuer Besitzungen, eine TerritorialEntschädigung erhalten haben?“

Es kann keine Frage aufgeworfen oder erörtert werden, die nicht schon im voraus durch die MinisterialNote der vermittelnden Mächte (Beil. XII. des Versuchs) auf das authentischste dahin beantwortet wäre:

„qu'aucun des états d'Empire ne cherche la solution des doutes, qu'il pourroit concevoir, que dans le texte même de la loi concertée avec les puissances médiatrices.“

So viel zur Beantwortung der Häberlinschen vier Fragen im Allgemeinen.

Man hat nicht Ursache, noch Befugnis, für diese und alle andre, die jener oder dieser Leser dabei sich bilden könnte, (*qu'il pourroit concevoir*) eine höhere Offenbarung aufzusuchen oder zu erwarten, als die von den hohen Urhebern selbst nachgewiesene ganz einfache, jedem gesunden Menschenverstande offen stehende, allgemein zugängliche Quelle der Belehrung. Ihre Worte waren keine Hieroglyphen, keine Orakelsprüche, zu deren Entzifferung de

geheime Schlüssel nur im innern Heiligthum einer höheren Kritik verborgen liegen, nur einer auserlesenen Classe Eingeweihter anvertrauet seyn sollte. Nur solchen könnte allenfalls daran gelegen seyn, jene Quelle zu trüben, jedes Wort in magisches Dunkel zu hüllen, um für den reinen lautern Sinn des buchstäblichen Textes erkünstelte Suppositionen selbsterfundener Weisheit uns zu vertauschen.

„Eine Allgemeinheit des Ausdruckes tritt zwar in Ansehung der Güter der Stifter und Klöster im §. 35 ein, nicht aber in Hinsicht auf die Klöster, noch in Ansehung der Landesherren, weil so wenig dem Worte Klöster, als dem Worte Landesherren das Wort *alle* vorgesetzt worden ist.“

Nach Hrn. H. Supposition, worauf er so viel sich zu gute thut, und deren Unkunde er auch (S. 36. *) dem KuhrSächsischen Subdelegirten, als eine panische Furcht vorwirft, hätte es also im Text heissen müssen: *tous les biens de tous les couvens — — sont mis à la pleine et libre disposition de tous les princes territoriaux.*

Das letztere würde freilich auf eine *communione bonorum* führen, folglich, wider die Absicht der Gesetzgeber, einen ganz verkehrten Sinn herausbringen. Dieser ward dagegen von ihnen weit richtiger durch das Wort *respectifs* ausgedrückt: eine Terminologie, die durchaus keinen Zweideutigkeit zulässt und jedem Geschäftskundigen verständlich genug ist.

Das erstere brauchte darum nicht im 35. §. zu stehen, weil es keine andere Klöster giebt, als die entweder katholisch oder protestantisch, mittelbar oder unmittelbar, in den alten oder in den neuen Besitzungen belegen,

folglich unter diese verschiedenen Disjunctionen durchaus alle begriffen sind, die nicht schon förmlich verwendet waren. Das Wort Alle ist eben so wenig im 1. §. des DHS. bei den, in Trient, Brixen, Salzburg, Berchtolsgaden und Passau gelegenen Kapitteln, Abteien und Klöstern ausgedruckt; und doch wird Niemand, selbst Hr. H. nicht, an einer Allgemeinheit ihrer Anweisung zweifeln.

Zum §. 16.

„Insoferne im Entschädigungsplan von Entschädigungen im Allgemeinen die Rede ist, können unter den gebrachten allgemeinen Ausdrücken nur solche Reichsstände verstanden werden, welche nach dem Lüneviller Frieden, oder in Gefolge desselben auf Entschädigung irgend einen Anspruch machen konnten.“

Wer berechtigte Hrn. H. zu dieser willkührlichen Beschränkung der allgemeinen Enuntiationen des Gesetzes? zu Ausnahmen, wo dieses nur Regeln kennt? zur Substituierung eines fingirten ParticularBegriffs in die Stelle einer gesetzlichen Totalität? Und wer hat es ihm gesagt, daß der Entschädigungsplan der vermittelnden Mächte nur auf den Gesichtspunct des Lüneviller Friedens oder auf dessen Folgen berechnet war? Könnte man auch in Ansehung des Hauses MecklenburgSchwerin (Versuch, §. 42, 43.) diese Restriction füglich auf sich beruhen lassen; was für Verlust jenseits oder disseits des Rheins hatten denn z. B. die Reichsstädte Augsburg, Hamburg und Bremen erlitten, wofür ihnen der 27. §. des DHS. nicht blos Entschädigung und Vergütung, sondern ausdrücklich auch Bewilligungen, d. i. neue Vorthteile, ohne Rücksicht auf Compensationen, mit milder Hand ausspendete? Nur

allein die Reichsstädte Lübeck und Frankfurt konnten auf erstere Anspruch machen: diese für die Dörfer Sulzbach und Soden, jene für die dem Herzoge von Mecklenburg-Schwerin angewiesenen HospitalGüter.

Eben diese Frage könnte auch Hrn. H. wegen der im 4. §. des DHS. dem Herzoge von Braunschweig Wolfenbüttel, ohne Rücksicht auf Verlust oder Entschädigung, zuerkannten beiden Abteien, entgegengesetzt werden. Und wie konnten überhaupt aus dem Lüneviller Frieden die Häuser Oranien, Thurn und Taxis, wie der Deutsche und JohanniterOrden, wie die Helvetische Republik auf die im 12, 13, 26, 29. §. ihnen angewiesenen Schadloshaltungen *dans le sein du dit empire* Anspruch machen, da die ersteren weder durch die Abtretung des linken RheinUfers Besitzungen verlohren hatten, noch die letzteren unter die Kategorie *des Princes héréditaires* gehörten?

Das Haus MecklenburgSchwerin hingegen befand sich unstreitig in der Lage der *plusieurs Princes et états de l'Empire*, welche *par la suite de la cession, que fait l'Empire à la France*, Verlust erlitten hatten. Das Bisthum Strasburg mit dem dortigen DomKapittel gehörte unbestritten zum deutschen Reich, wenn es gleich seine weltlichen Besitzungen zum Theil jenseits des Rheins gehabt hatte, die unwiderruflich an Frankreich übergingen. An den Gütern des DomStifts aber hatte das Haus MecklenburgSchwerin aus dem O. F. J. Art. XII, §. 2. einen erblichen Antheil, b) der durch jene Abtretung für immer

b) Pro Memoria, die Ansprüche des H. Hauses MecklenburgSchwerin auf zwei Canonicate des DomStifts Strasburg betreffend, 1791.

verlohren ging und dafür auf die disseits des Rheins der Strasburgschen Kirche verbliebenen beiden Aemter Ettenheim und Oberkirch *in subsidium* haftete, folglich auf diese hätte angewiesen werden müssen, wenn selbige nicht im 5. §. des DHS. dem Hause Baden zugetheilet wären. Eben dieser Antheil mußte nun anderswo *dans le sein du dit Empire* ausgemittelt werden. Das Haus MecklenburgSchwerin war deshalb vom Anbeginn der Rastädter CongresHandlung bis zu deren Abbrechung, mit allerseitigem Einverständnis und ohne jemandes Widerspruch, notorisch unter die betheiligten Fürsten und Stände, die auf Entschädigung für Verlust jenseits des Rheins Anspruch machen durften, gezählet und allenthalben anerkannt. Insoferne also könnte sich dasselbe Hrn. H. restrictive Erklärung unbedenklich gefallen lassen, wenn überhaupt nur ein PrivatSchriftsteller irgend berechtigt seyn könnte, dem allgemein ausgedruckten Willen des Gesetzgebers einen solchen willkührlich beschränkten Sinn unterzuschieben.

Zum 17. §.

„Bei Mecklenburg war die erhaltene Entschädigung für erkleklich erklärt.“

An einer solchen Erklärung fehlt es jedoch gänzlich. Dafs man die Mecklenburgsche Entschädigung

„für erkleklich angesehen habe,“

versicherten die Subdelegirten, an der von Hrn. H. angezogenen Stelle des Protocolls der XL. Sitzung, selbst nur. Auf diese ihre individuelle Ansicht, die sie für eine entscheidende Erklärung ausgeben zu wollen, weit entfernt waren, kann inzwischen, bei dem geringen Antheil,

den Hr. H. selbst den DeputationsGliedern an der Abfassung der ersten 47 §§. ihres HauptSchlusses nur zugesteht, überall nichts ankommen, da ein jeder weis, wie wenig überhaupt die Entschädigungen mathematisch genau abgemessen, oder auf der Goldwage zugewogen wurden. Wie wenig könnte folglich die etwanige mehrere oder mindere Erkleklichkeit, wenn erstere im 9. §. verhältnismässig wirklich anzutreffen seyn sollte, auf die buchstäbliche Befolgung der übrigen, und namentlich des 35. §. von Einfluss seyn?

Allemaal würde, zu einer richtigen Beurtheilung dieser Erkleklichkeit, eine genaue Kenntniss des Verhältnisses der Entschädigung zu dem erlittenen Verlust an Substanz und genossenen, oder zu geniessen gewesenen Früchten vorausgesetzt werden müssen, eine Kenntniss, die sich hier nicht annehmen lässt. Dafs hingegen die MecklenburgSchwerinsche Entschädigung auf keine Weise erkleklich, sondern jene vorübergehende Ansicht irrig war, könnte leicht durch genauere Berechnungen entwickelt werden, wenn hier der Ort dazu wäre. Die hohe Reichs-Deputation scheint auch selbst ihre Ansicht zurückgenommen zu haben, indem sie solche nur in der Vergangenheit, nicht für die Gegenwart, sich zueignete.

„Die Worte: in den alten sowohl, als in den neuen Besitzungen, geben satzsam zu erkennen: daß hier nur von solchen alten Besitzungen die Rede ist, welche mit neuen Besitzungen vermehrt sind, und daß daher kein Stand des Reichs, der nicht neue Besitzungen erhalten hat, die Klöster in seinen alten Besitzungen aufheben könne.“

Es ist schwer, dieser gewaltsam erzwungenen Auslegung irgend einen Schein von Wahrheit abzugewinnen. Durch sie würde das, was der RDHSchlus ausdrücklich *disjunctive* verordnete, in eine *copulative* Verknüpfung gebracht. Nach dem Sinn und Buchstaben des Gesetzes, ward die Verbindung beider Gattungen von Besitzungen in Einer Person eben so wenig vorausgesetzt, als eine Gemeinschaft der Stifter von beiden ReligionsPartheien unter eben derselben Regierung. Nein, indem die Landesherren beider Gattungen von Besitzungen zur Disposition über die geistlichen Güter für gleich berechtigt, und die geistlichen Stiftungen beider ReligionsGenossen der Ueberlassung zur landesfürstlichen Disposition für gleich empfänglich erklärt wurden; war es genug, nur Einer von beiden kirchlichen Partheien geistliche Güter in Einer der beiden Gattungen von Besitzungen zu haben, um auf die eine so gut, als auf die andre, die allgemeine reichsgesetzliche Disposition anzuwenden. Gerade diesen Begriff verknüpft ja eben der allgemeine SprachGebrauch mit der französischen Partikel: *tant — que*, wie mit dem deutschen: sowohl, als c). Sonst würde auch kein Landesherr katholische StiftsGüter zu seiner Disposition einziehen dürfen, der nicht zugleich protestantische besitzt, und umgekehrt; keiner würde über mittelbare dis-

c) Wer wird z. B. eine Ankündigung: „In diese Erziehungs-Anstalt werden Mädchen sowohl, als Knaben aufgenommen“ so verstehen, als ob Niemand einen Sohn dazu präsentiren dürfe, der nicht zugleich seine Tochter mitbringt? oder dafs nur den Söhnen solcher Väter der Zugang offen stehe, deren Familie mit Töchtern vermehrt ist?

poniren dürfen, dem nicht zugleich unmittelbare zugefallen sind, und umgekehrt, wenn alle einander gesetzlich contradistinguirte Alternativen nur copulative verstanden werden sollten: das hiesse aber nicht *Princes territoriaux respectifs!*

Welche vernünftige Consequenz liesse sich auch einer solchen erzwungenen Zusammenstellung unterlegen? Wie sollte z. B. der Herzog von Magdeburg, der Fürst von Halberstadt, der Fürst von Minden, über die Güter seiner Stifter, Abteien und Klöster zu disponiren, dadurch berechtigt werden können, weil der Herzog von Geldern, der Fürst von Meurs und der Herzog von Cleve, zum Ersatz für seine verlohrnen 46 □ Meilen jenseits des Rheins, eine Entschädigung von 231 □ Meilen in Hildesheim, Paderborn, Münster, Eichsfeld, Erfurt, Mühlhausen, Nordhausen, Goslar, Quedlinburg, Herforden, Essen und Werden erhalten hatte? d)

Wenn inzwischen diese restrictive Deutung gegen das Haus MecklenburgSchwerin geltend gemacht werden soll; so ist solche Absicht auch hier verfehlt. Insoferne dessen alte Besitzungen mit neuen vermehrt sind, könnte man es disseits sich gefallen lassen: dafs nur von solchen alten Besitzungen hier die Rede seyn soll, die mit neuen vermehrt wurden.

Zum 18. §.

„Wie ganz anders und viel kürzer könnte nicht der §. 35. lauten, wenn es wirklich die Absicht gewesen wäre,

d) Geographisch-statistische Beschreibung der im Jahr 1802 dem Preussischen Staate zugefallenen EntschädigungsProvinzen, Berlin, 1802, S. II. V.

allen und jeden Reichsständen das Recht der Aufhebung der Klöster in ihren Landen zuzugestehen?"

Wie die Worte des Gesetzes anders hätten gestellt werden können und müssen? darüber braucht man nicht mit Hrn. H. zu rechten. Er weis es ja selbst aus der Entstehungsgeschichte des 35. §. (Beil. I, II, IV, VI, VII, IX. des Versuchs) wie eine Classification nach der andern in den Text aufgenommen und die frühere, um keine zu übergehen, neben der spätern stehen geblieben ist.

Zum 20. §.

„Wie lassen sich alte Besitzungen ohne neue Besitzungen denken?"

Antwort: wie sich Söhne gedenken lassen ohne Töchter; oder wie katholische Stiftungen ohne protestantische, mittelbare ohne unmittelbare, oder wie alte Lehne sich gedenken lassen, ohne zugleich neue zu besitzen; warum denn auch nicht alte Besitzungen ohne Coëxistenz von neuen? Wer auch keine neue Besitzungen bekam, dessen bisherige Besitzungen waren darum nicht minder alt. Hr. H. verwechselt hier offenbar absolute Begriffe mit relativen. Beide sind von einander ganz unabhängig. Das eine kann sehr füglich ohne das andre für sich bestehen.

„Nicht alle Klöster, sondern nur diejenigen wurden gemeinet, die in den alten und neuen Landen derjenigen Reichsstände liegen, von deren TerritorialEntschädigung vorher die Rede gewesen war."

So übersetzt Hr. H. die Worte des Originals: „dont il n'a pas été fait emploi formellement dans les arrangements précédans — à la disposition des princes territoriaux respectifs! Sollte man nicht glauben, daß er einen ganz

andern Text vor sich gehabt habe, als den DHS. vom 25. Febr. 1803 §. 35.? Nicht genug, daß Hr. H. die Dispositionsfreiheit des 35. §. wider dessen Buchstaben, nur auf entschädigte Fürsten zurückführen will; nun soll der willkührlich eingeschaltete Begriff von Entschädigten wieder eben so willkührlich auf LänderErsatz für LänderVerlust eingeschränkt werden! Und eine so wesentliche Bezeichnung sollte von den Verfassern des 35. §. nach dessen viermaliger Umarbeitung, wider ihre, am 3. Decbr. 1802 so ernsthaft zu erkennen gegebene und am 9. May 1803 für erreicht erklärte Absicht, (Beil. V. und XII. des Versuchs) stillschweigend übersehen seyn! Dann hätte man, statt der mühsamen generellen Bezeichnung im 35. §. weit kürzer mit einer namentlichen Aufzählung der wenigen Individuen, denen die Disposition nur zu gute kommen sollte, abkommen können.

Zum 21. §. „Konnten die Urheber des RDS. alle, der Aufhebung entgegenstehende Hindernisse, sie mochten in allgemeinen ReichsGesetzen, oder in speciellen LandesVerträgen ihren Grund haben, den Rechten nach, aufheben?“

Die Frage: ob der Gesetzgeber ein Gesetz, so wie es da lautet, habe erlassen können? kommt, wenn es einmal nach den verfassungsmässigen Formen abgefaßt und promulgiret ist, folglich formelles Recht giebt, viel zu spät. Ihre Erörterung liegt ausser der Sphäre des PrivatSchriftstellers, mehr noch des Unterthanen, dem sodann nur *obsequii gloria* übrig bleibt. Sie würde die bürgerliche Ordnung der Dinge umkehren, indem sie den Gesetzgeber vor den Richterstuhl der individuellen, oft eingebil-

deten Vernunft zieht. Dann könnte gar keine Gesetzgebung bestehen, keine befolgt werden. Aber glücklicherweise leben wir nicht mehr in den Zeiten der StaatsUmwälzungen; und es ist eine von den vorzüglichsten Wohlthaten, die wir dem DeputationsHauptSchlusse, nach dem unverwerflichen Zeugnis des bestätigenden ReichsGutachtens vom 24. März 1803, (Versuch X. Beil. S. 28, 105) verdanken: daß durch denselben, als „das einzige Mittel, den so nothwendigen Ruhestand und eine gute Ordnung der Dinge im Reich wieder herzustellen,“ die deutsche ReichsVerfassung gegen alle dergleichen müßige Fragen und unnöthige Zweifel im Allgemeinen gesichert und befestiget wurde.

Was die vorliegende Frage anlangt, so ist solche vorlängst von andern, e) und für den gegenwärtigen Fall sowohl überhaupt, als in besonderer Beziehung auf Mecklenburg in dem Versuch (§. 27, 28) überflüssig beantwortet.

e) Moser beantwortet in seinen Nebenstunden S. 119, §. 14. die „gemeine Ausflucht: Niemand, auch der Kaiser selbst nicht, könne auch nicht einmal *ex plenitudine potestatis* einem Dritten, ohne sein Verschulden, ja gar ohne ihn nur einmal gehört zu haben, eine rechtmässig hergebrachte Freiheit nehmen, oder einen rechtskräftigen Vertrag aufheben,“ in seiner Sprache dahin: „Es würden alle unsrer Reichs-„Verfassung kundige Personen den für einen Thoren und „Gecken, oder doch für einen Feind des Vaterlandes „und dessen allgemeiner Ruhe und Sicherheit „halten, welcher mit solcherlei Ausflüchten aufgezogen kommen und eines unsrer ReichsGrundGesetze dadurch zu entkräften trachten wollte. Es ist mir auch kein Fall bekannt, daß dergleichen von Reichs- oder LandStänden geschehen wäre.“

Zum 22. §.

„Die älteren Mecklenburgischen LandesVerträge konnten nicht zur Anwendung kommen, sobald von Steuern die Rede war, welche zu den Bedürfnissen des Reichs entrichtet werden mußten.“

De publicis praestationibus, welche das hier angezogene authentische Zeugnis des präsuntiven Re- oder Correferenten in der Mecklenburgischen SteuerSache über die Anwendlichkeit der Reversalen hinwegsetzt, heißt nicht Reichsbedürfnisse, sondern StaatsLasten, LandesBedürfnisse. Nicht zu ReichsSteuern, auch nicht blos zu den KammerZielern, sondern zu den, durch neuere ReichsGesetze erforderlich gewordenen Garnisons- Fortifications- und LegationsKosten, welche sonst der fürstlichen Kammer allein zur Last gefallen seyn würden, mithin zur Erleichterung der landesherrlichen Finanzen bei diesen bloßen Landesbedürfnissen, ward die Mecklenburgische Ritter- und Landschaft, der entgegenstehenden älteren LandesVerträge und Reversalen ohngeachtet, rechtskräftig verurtheilet (Versuch, §. 28.).

Zum 23. §.

„Mehrere rechtliebende Fürsten stimmten gegen die Anträge einer Ausdehnung des R. A. vom Jahr 1654, §. 180 auf unbestimmte Verpflichtung der Landstände und Unterthanen zur LandesDefension.“

Die Fürsten, denen hier von Hrn. H. das Compliment der RechtsLiebe gemacht wird, sind Braunschweig-Wolfenbüttel und BraunschweigZelle: dieselbigen, auf welche nachher (22. Octob. 1717) in den HerzoglichMe-

cklenburgischen Streitigkeiten mit der Ritter- und Landschaft das Kaiserliche Conservatorium erkannt wurde. f)

Ob andre Fürsten, namentlich die Kurfürsten von Cölln, Baiern, Brandenburg und PfalzNeuburg, welche dagegen mit MecklenburgSchwerin

„für sich und ihre Successores, zu wirklicher Manu-
tenirung und Garantie desjenigen, so ihnen in solchen
Fällen durch die ReichsConstitutionen und Westfäli-
schen FriedensSchlus bestätigt und gegeben oder
hergebracht worden, auch was inskünftige ihnen
zu gute verordnet werden mögte,“

zu Regensburg am 6. Jun. 1671 die bekannte Defensiv-
Allianz g) schlossen, und die in ihren hohen Nachfolgern noch
neuerlich (Versuch §. 24, 25) ohngefähr dieselbigen Grund-
sätze gegen ihre Landschaften geltend machten, ob diese,
sage ich, weniger RechtsLiebe zu erkennen gaben? das
mag Hr. H. mit ihnen ausmachen.

Zum 24. §.

„Die Verfügung, welche die mittelbaren Stifter und
Klöster in den EntschädigungsLänden der freien und vollen
Disposition der Landesherren, unter gewissen Reservatio-
nen, überließ, war schon von der R.D. angenommen. — —
Wozu bedurfte es denn nun noch einer Ueberlassung der
Klöster in den alten Länden der Entschädigten?“

Antwort: Weil die alten Lande keine Entschädigungs-
Länder waren, und gleichwohl über die alten sowohl,

f) *Justissimae decisiones in caussis Mecklenburgicis*, Nr. 184,
p. 205.

g) Klüvers Beschreibung des Herzogthums Mecklenburg, IV.
Theil, S. 137-147.

als neuen Besitzungen die Disposition sich erstrecken sollte.

Ueber das Bedürfen oder Nichtbedürfen dieser Erweiterung zu urtheilen, kann zwar keinem von uns beiden zustehen. Nachdem aber einmal alle Güter der fundirten mittelbaren Klöster, ohne Unterschied der Religion und ohne Beschränkung auf Entschädigungsländer, seit dem ersten und zweiten IndemnitätsPlan vom 18. August und 8. Octbr. 1802 (Versuch I. und II. Beilage) mit in die disponible Masse gezogen worden, und deren Vertheilung durch den ersten DHS. vom 23. Novbr. 1802, §. 35. (Versuch §. 8.) angenommen war; konnte und mußte es ihnen, wie jedem dritten, völlig gleich gelten, ob derjenige Fürst, dem das Loos sie zuwandte, der KuhrErzkanzler, oder jeder andrer Reichsstand, oder endlich ihr eigener Landesherr war? Das letzte war freilich das einfachste und natürlichste. Aber weder sie, noch irgend ein drittter konnten dem einen, so wenig wie dem andern neuen Besitzer ältere Verträge oder Entsagungen entgegenstellen, weil hier nicht von einer Abtretung die Frage war, weil es nicht auf die freie Handlung irgend eines Dritten, noch weniger auf ihr eigenes Wollen oder Nichtwollen, sondern allein auf eine Ueberlassung von Seiten des Kaisers und Reichs, unter Einwirkung der vermittelnden Cabinette zu Petersburg und Paris, auf eine höhere Distribution der obersten StaatsGewalt, auf ein neues völkerrechtliches System der europäischen Politik, angesehen war, weil unter dieser neuen Ordnung der Dinge alle PrivatVerhältnisse bürgerlicher Rechte verstummend sich beugen und jenen höheren Mächten allenfalls

falls die Verantwortlichkeit dafür überlassen mußten. Nur diesen, nicht ihnen selbst, noch irgend einem dabei interessirten Dritten, sollte der neue Besitzer den Titel seiner freien und vollen Disposition zu danken haben: Ein Gesichtspunct, den man durchaus nicht aus den Augen verlieren darf! Dann verschwinden alle Nebel von theoretischen Schwierigkeiten, als *dispositions abrogées, dont le souvenir subsiste encore, qui ne sauroient plus être invoquées à l'avenir*, von selbst. Wo wäre auch sonst aller Discussionen Ende zu finden gewesen? wie die Vollstreckung der gesetzlichen Disposition nur denkbar, wenn diese von dem eignen Wohlgefallen der bisherigen Theilhaber hätte abhängig gemacht werden sollen? Dann wäre den Landesherren durch den 35. §. des DHS. so gut, als gar nichts überlassen.

„Angenommen, daß in Ansehung Baierns der Fall einer Nothwendigkeit in Hinsicht auf die MediatStifter und Klöster in den alten Landen eintrat, welches aber nicht behauptet werden kann; so trat doch eine solche Nothwendigkeit in Ansehung der übrigen bereits Entschädigten nicht ein.“

Hr. H. sucht sich gegen die unverkennbare Vollstreckung des DHS. §. 35. in Baiern (§. 24. des Versuchs) mit der Ausflucht einer Nothwendigkeit zwar zu helfen, giebt aber dennoch dieses Rettungsmittel sogleich wieder auf, weil er merkt, daß es ihn weiter führen würde, als ihm lieb ist. Ob eben diese Nothwendigkeit in andern Ländern, namentlich in Mecklenburg, eine gleiche Vollstreckung rechtfertigen würde? darüber wird wohl Niemand mit Hrn. H. in eine Berechnung sich einlassen, weil dazu nicht allein der Maasstab gänzlich fehlt, sondern weil

auch das Princip selbst dem ReichsGesetze völlig unbekannt ist. Nach vorlängst erklärtem und förmlich bekannt gemachtem festen Willen der ReichsGesetzgebungsMacht, wird jene Frage viel zu spät aufgeworfen und durchaus überflüssig. Was wären alle unsre Gesetze und wie precäre würde deren Vollstreckung werden, wenn der Gesetzgeber über diese Frage allererst nachher mit jedem Individuum, vor dessen schuldiger Unterwerfung und Folgeleistung, disputiren sollte?

Zum 25. §.

„Bei der Säkularisation der unmittelbaren Stifter konnten die damaligen Besitzer, die nur ein LebtagsInteresse hatten, für den Verlust ihrer Pfründen schadlos gehalten werden“.

Etwas weiter erstreckten sich doch die nun entbehrten und durch den DHS. §. 53. nicht vergüteten Vortheile der bisherigen DomCapitularen. Hatten sie nicht auch statutenmässig das Recht, durch die Wahl eines Coadjutors und künftigen neuen Oberhauptes für die kommende Generation zu sorgen? Bildeten nicht sie allenthalben den ersten Landstand? sogar während einer SedisVacanz den alleinigen LandesRegenten, selbst mit Ausübung dessen StimmRechts auf Reichs- und Kreistagen? und flossen nicht von ihnen aus allen diesen rechtmässigen Quellen und Ersparnissen wohlerworbene Reichthümer in den Schoos ihrer stiftsmässigen Familien zurück? Und welchen Ersatz erhalten diese für die verlorne Aussicht zur Versorgung ihrer Cadets?

„Aber wenn auch MediatStifter aufgehoben und in KammerGüter verwandelt werden sollten; so grif das zu

weilen tief und wesentlich in die LandesVerfassung und Gerechtsame der Landstände ein."

Man vergleiche hiermit den Versuch §. 37, S. 62. 64. und dessen XV. Beilage.

„Und wenn diese Stifter und Klöster gar das Eigenthum einer Corporation, als der Ritter- und Landschaft waren, so daß diese Vortheile davon zu ziehen hatte, wie im Württembergischen und Mecklenburgischen, wie konnte diese entschädiget werden?

Diese Frage wird Hr. H. sich am besten aus seinem eignen Auslegungssystem §. 16. selber beantworten können. Wo ist wohl eine geistliche Stiftung anzutreffen, auf deren Conservation nicht irgend eine Familie oder Commüne bisher wohlerworbene Rechte hatte? Das Beispiel von Oberstenfeld (§. 35. des Versuchs) predigt laut genug, wie wenig man bei den anerkannten Ansprüchen eines Dritten an protestantische DamenStifter, über welche in dem Plan einmal disponirt war, zu erinnern fand. Dieselbige Kraft, welche zu dieser Operation der Arm der obersten StaatsGewalt anwenden durfte, war auch hinreichend, um bei allen übrigen protestantischen DamenStiftern die Ansprüche jedes Dritten zu zernichten.

Nur allein in den Württembergischen alten Landen glückte es den Prälaten, durch Bewürkung einer geheimen SeparatConvention, eine Ausnahme ihrer Güter von der allgemeinen Disponibilität (§. 12. des Versuchs) sich zu verschaffen. Aber eben darum kann die Württembergische Landschaft mit der Mecklenburgischen überall nicht in Parallele gesetzt werden. Zwischen beiden ist der wesentliche Unterschied: daß die erstere zur Ausnahme gehö-

ret, eben dadurch aber die reichsschlussmässige Regel gegen die letztere, wie gegen alle übrige alte ReichsLande, desto mehr befestiget.

Hätte man nicht die Absicht gehabt, über alle Ansprüche eines Dritten und über deren eigne Anerkennung sich hinwegzusetzen, hätte man den Landesherren eine freie und volle Disposition nur über diejenigen geistlichen Güter ihrer Lande einräumen wollen, worauf kein Dritter einen Anspruch zu machen, deren anderweitiger Verwendung Niemand aus älteren LandesVerträgen und eignen Entsagungen (*dispositions précédantes*) Schwierigkeiten und Widersprüche entgegen zu setzen befugt war; wozu hätte es dann erst einer Ueberlassung bedurft? Wie überflüssig wäre dann eine förmliche neue ReichsGesetzgebung gewesen, um den protestantischen Landesherren eine Disposition zuzuerkennen, die sie, vermöge ihrer Landeshoheit, h) längst besassen, die sie in älteren, wie in neueren Zeiten, unter dem Schutz der heiligsten ReichsGrundGesetze, unbestritten ausgeübt hatten?

Schon durch den ReichsAbschied von 1555, war in dem ReligionsFrieden §. 19. gesetzlich verordnet: dafs,

„weil etliche Stände und deren Vorfahren, etliche Stift, Klöster und andre geistliche Güter ein-

h) „Aus dem OberEigenthum und der OberAufsicht des Staats fließt auch das Recht der Säkularisation, d. h. das Recht, geistliche Stiftungen im Staat aufzuheben, und die Güter der aufgehobenen Stiftungen, vermöge der höchsten Gewalt, zu andren öffentlichen Zwecken zu verwenden — — Soferne solche Güter doch noch weiter zu religiösen Zwecken verwandt werden, bleiben sie noch KirchenGüter: sonst werden sie durch die Secularisation weltliche Güter.“ (Wiese Handb. des D. KirchenRechts, II. Th. §. 352.)

gezogen und dieselbe zu — — — andern Sachen angewendet, — solche eingezogene Güter, welche denjenigen, so dem Reich ohne Mittel unterworfen und Reichsstände sind, nicht zugehörig, und deren Possession die Geistlichen zur Zeit des Passauschen Vertrages oder seithero nicht gehabt, in diesen Friedstand mit begriffen und eingezogen seyn und bei der Verordnung, wie es ein jeder Stand mit obberührten eingezogenen und allbereit verwendeten Gütern gemacht, gelassen werden, und dieselben Stände derenthalb weder inn- noch ausserhalb Rechtens — nicht besprochen, noch angefochten werden sollen.“

Eben diese bisherige Disposition über die Güter der Stifter, Abteien und Klöster war den protestantischen Reichsständen in ihren respectiven Landen durch das O. F. L. 1648 i) ausdrücklich bestätigt, und durfte ihnen also nicht erst im Jahre 1803 durch eine neue Gesetzgebung überlassen werden.

„Soviel hingegen den Vorzug der alten Lande vor den Entschädigungslanden betrifft, so liegt dieser gewissermaßen schon in dem Namen Entschädigungslande selbst. Jene (soll heißen: diese) waren die zum Opfer bestimmten.“

i) „*Quaecunque monasteria, fundationes aliaque bona ecclesiastica ut et eorum redditus juraque, quocunque nomine appellata fuerint, A. C. Electores, Principes, status A. 1624, die 1. Januarii possederunt, eadem omnia et singula — — iidem possideant, donec controuersiae religionis amabili partium compositione vniuersali definiantur, non attentis exceptionibus siue ante, siue post transactionem Passauiensem aut pacem religiosam reformatam et occupata — — fuisse dicantur.*“ (J. P. O. Art. V. §. 25.)

War denn das recht? Gab es denn hier keine Landes-Verfassungen, keine Landstände, keine LandesVerträge, keine *jura quaesita* auf die Conservation der Stifter und Klöster? nicht sogar zum Theil beschworne WahlCapitulationen? Hatte nicht grade der 60. §. des DHS. ausdrücklich dafür gesorgt: daß „die dermalige politische Verfassung der zu säcularisirenden Lande, so weit solche auf gültigen Verträgen zwischen dem Regenten und dem Lande, auch andern reichsgesetzlichen Normen beruhet, ungestört erhalten werden solle?“

Konnte aber alles dieses, nach Hrn. H. eigenem Geständnis, von den Stiftern und Klöstern der Entschädigungsländer den Opferstahl der landesfürstlichen freien und vollen Disposition nicht abhalten; wer lähmte dann den Arm der obersten StaatsGewalt, um eben diesen Todesstreich den Stiftern und Klöstern in den alten Besitzungen mit gleichem Rechte beizubringen? Der vermeinte Unterschied zwischen diesen und den Entschädigungsländern, so dringend ihn auch der Verfasser der Bemerkungen (§. 9. des Versuchs) empfahl, ist bloß idealisch. Das Gesetz kennt ihn, auch dem Namen nach, nicht. Hingegen die ausdrückliche Aequiparirung beider, nur der Zeit ihrer Erwerbung nach, verschiedenen Gattungen von Besitzthümern in den Worten des 35. §. *tant des anciennes, que des nouvelles possessions* hebt schlechterdings jede Verschiedenheit in der landesfürstlichen Disposition über beide auf.

Zum 26. §.

„Wollten die Urheber des DHS. dieses auch thun? Unleugbar erregt es gegen dieses Wollen einen starken Ver-

dacht, daß sie nicht eine Annullirung oder Cassirung der besondern LandesVerträge ihrer Disposition hinzufügenen.“

Diesem Zweifel hat zwar schon selbst Hr. H. durch das angeführte Urtheil eines Mosers, seinen eigentlichen Namen gegeben, indem er ihn für ein AdvocatenGeschmäcklein erklärt. Allein, wenn eben die Urheber am 9. May 1803 (Versuch, XII. Beilage) erklärten: *Les dispositions fondamentales, que le corps Germanique vient de consacrer, abrogent quelques dispositions précédantes, dont le souvenir subsiste encore: celles-ci ne sauroient plus être invoquées à l'avenir*“; was war das anders, als eine Annullirung oder Cassirung älterer entgegenstehender gesetzlicher Verfügungen, welche die Urheber des J. R. D. S. ihrer Disposition hinzufügenen? *Les droits conférés et les droits réservés s'y trouvent également.* Hätte man also den Landschaften ein WiderspruchsRecht vorbehalten wollen, würde solches ebenfalls ausgedrückt seyn.

„Weil das Gesetz nicht befiehlt, sondern erlaubt; giebt es deutlich genug zu erkennen, daß hier keine Nothwendigkeit eintrete.“

Was war aber hiebei zu erlauben, wenn keine bisherige Hindernisse in den Rechten eines Dritten, die in besondern Verträgen ihren Grund hatten, stillschweigend zu heben waren? und wozu bedurfte es der Erlaubnis einer ausserordentlichen ReichsDeputation für die Landesherren, zur Ausübung einer, schon in dem Umfang der LandesHoheit liegenden Befugnis, welcher keine Hindernisse im Wege standen? Gerade durch eben diese reichsgesetzliche Erlaubnis einer sonst unerlaubten Disposi-

tion, waren alle bis dahin ihr im Wege gestandene landesgesetzliche Hindernisse gehoben.

Die Benutzung dieser Erlaubnis bleibt allemal *res merae facultatis*, zu deren Ausübung den Landesherren keine Nothwendigkeit zwingt. Diesen Mangel einer Nothwendigkeit hat das vorliegende Gesetz mit jeder andern Befugnis gemein, die darum nicht weniger gesetzlich ist. Das Gesetz, welches z. B. dem Lehnherren erlaubt, eröffnete oder verfallene Lehne einzuziehen, befiehlt ihm nicht gerade, davon nach der Strenge Gebrauch zu machen; und doch ist die Einziehung darum nicht minder gesetzlich, wenn gleich keine Nothwendigkeit dazu vorhanden ist.

Zum 27. §.

„Daß es nicht die Absicht der hohen Urheber des J. R. D. G. war, besondre der erlaubten Einziehung mittelbarer Klöster entgegenstehende LandesVerträge zu vernichten,“ glaubt Hr. H. beweisen zu können, und zwar wodurch? — zum Beweis, daß es an jedem andern Beweise fehlen müsse — durch eine wörtliche Wiederholung des, in seinem 11. §. angeführten Beispiels von der beschränkten Anweisung der Wirtenbergischen Klöster in den alten Besitzungen, im ersten DHS. vom 23. Novbr. 1802, §. 6. *sauf, quant à celles-ci, leur destination constitutionnelle* (Versuch §. 8, 12, S. 19, 22.)

Um eine gleiche Wiederholung zu vermeiden, darf man hier nur auf dasjenige sich beziehen, was schon vorhin zum 11. §. hiebei bemerkt ist.

Zum 28. §.

„Die vermittelnden Mächte billigten den, von der R.D. gefaßten Schluß: daß fromme und milde Stiftungen, wie

jedes PrivatEigenthum, zu conserviren wären. (DHS. §. 65.)

— — — Sie erklärten in einem Streit zwischen der Stadt Frankfurt und Nassaulingen, 19. April 1803:

„En effet les propriétés particulières, ainsi que les fondations pieuses, ou de charité sont constamment exception dans les assignations de territoire.“

Was unter milden Stiftungen (*fondations pieuses*) verstanden wird, ist eben so bekannt, als der rechtliche Begriff des PrivatEigenthums; und die authentische Aufzählung der ersteren in dem 37. §. des DHS.: „*hospitaux, fabriques, universités, colleges*“, (nicht der in beiden unmittelbar vorhergehenden §§. benannten *Couvents* oder DamenStifter), ist dem allgemeinen RedeGebrauch völlig analog.

Dieses vorausgesetzt, wird Hr. H. es wissen: daß jede Ausnahme *strictissimae interpretationis* ist und über ihren WortVerstand hinaus nicht ausgedehnt werden darf. Indem also die Conservation der frommen und milden Stiftungen, (*fondations pieuses ou de charité*) wie jedes PrivatEigenthums, (*propriété particulière*) von den vermittelnden Ministern selbst in die Kategorie der Ausnahme (*exception*) gestellet ward, gaben sie auf das deutlichste zu erkennen: daß eben darum alle andre Stiftungen, die nicht zu den milden und wohlthätigen, nicht zu der Classe bloßer VersorgungsAnstalten gerechnet werden können, auf die, nur jenen zugestandene Ausnahme keinen Anspruch machen dürfen; daß ferner GemeindeGüter, öffentliche Gebäude und Grundstücke (*res Universitatis*) eben darum, weil sie vom PrivatEigenthume (*propriétés particulières*) wesentlich verschieden, und ein-

ander gerade entgegengesetzt (*contradictorie opposita*) sind, folglich auch die Güter jeder geistlichen oder weltlichen Corporation, einer Ritter- und Landschaft, gerade darum, weil sie kein PrivatEigenthum (*propriete' particuliere*) sind, durch den 65. §. des DHS. nicht ausgenommen sind. Auf sie stehet also das, was von letzterem gilt, auf keine Weise auszudehnen.

Wie wenig aber protestantische DamenStifter mit bloßen VersorgungsAnstalten für Dürftige zu verwechseln sind, oder für ein PrivatEigenthum angesehen werden können, wenn auch irgend eine Ritterschaft daran ein vorzügliches Recht erworben hat; wie wenig sie folglich auf die *exception des fondations pieuses ou de charité et des proprietés particulieres* Ansprüche machen dürfen, mit einem Wort: dafs, wenn von deren Einziehung die Frage ist, desfalls nichts zu erinnern sei; das hatte schon die RD. gegen die Reclamation des Schwäbischen RitterCantons Kocher, bei Gelegenheit der anderweitigen Verwendung des Klosters Oberstenfeld (Versuch §. 35.) vorlängst entschieden.

Wenn hingegen die vermittelnden Minister bei der Entscheidung des obigen Streits, zum Besten der Stadt Frankfurt erklärten:

„*que les biensfonds appartenants à plusieurs de ses corporations et à son departement des approvisionnements etoient exceptés;*“

so kann diese Entscheidung, ohne einen Fehlschlus *a particulari ad universale* zu begehen, auf andre Gemeinde-Güter um so weniger ausgedehnt werden, als die Vermittler jene Güter selbst nur in die Kategorie einer Aus-

nahme, folglich einer *strictissimae interpretationis* stellen. Am wenigsten konnte diese ParticularEntscheidung die Absicht haben oder erreichen, das Gegentheil von dem, was im 35. §. des DHS. wegen der landesfürstlichen freien und vollen Disposition über die Güter der protestantischen mittelbaren Klöster beliebt war, festzusetzen, oder ihrer eignen späteren FinalErklärung vom 9. May 1803: *qu'aucun des états d'Empire ne cherche la solution des doutes qu'il pourroit concevoir, que dans le texte même de la loi*, im voraus zu widersprechen.

Zum 29. §.

„Die Bemühung der R.D. selbst in den zu säcularisirenden Landen die politische Verfassung, insoweit solche auf gültigen Verträgen zwischen dem Regenten und dem Lande, auch andern reichsgesetzlichen Normen beruhet, ungestört zu erhalten, läßt um so vielmehr annehmen, daß sie die gültigen Verträge zwischen den Fürsten und den Ständen in den alten, nicht zu säcularisirenden Landen ebenfalls ungestört erhalten wissen wollte.“

Es läßt sich an sich schon nicht vermuthen, daß die Mitglieder der R.D. im 60. §. ihres HauptSchlusses das Gegentheil von dem, was nicht sie, sondern die geständlichen Urheber der 47 ersten §§., die vermittelnden Minister, in dem 35. und 36. §. von der landesherrlichen freien und vollen Disposition über die Güter der mittelbaren Klöster verordnet hatten, geltend machen und diese dadurch aufheben oder beschränken wollten. Eine solche Absicht war aber auch um deswillen unmöglich, weil der 35. §. in seiner itzigen Fassung jünger ist, als der 60., also auch das: *Lex posterior derogat priori* eventualiter

auf ihn anwendlich seyn würde. Der 60. §. stand wörtlich schon in dem Ersten DHS. vom 23. Novbr. 1802, als der Zusatz des 35. §: *tant des anciennes, que des nouvelles possessions* von den vermittelnden Ministern am 11. Febr. 1803 (Versuch, VII. Beil.) vorgeschlagen wurde. Man erinnere sich nur an den namentlichen Bezug der KuhrSächsischen Gesandschaft auf den 60. §., als über eben diesen Zusatz des 35. in der XLIII. Sitzung abgestimmt wurde. (Häberlin, S. 36.) Indem also, ohngeachtet dieser KuhrSächsischen Reclamation, die Mehrheit der RD. dem vorgeschlagenen Zusatz des 35. §. rein beitrug; gab sie auf das überzeugendste zu erkennen: daß die Erhaltung der politischen Verfassung in den EntschädigungsLanden der freien und vollen landesherrlichen Disposition über die Güter der mittelbaren protestantischen Klöster in den alten Landen nicht hinderlich, daß der 35. §. durch den 60. nicht beschränkt seyn sollte. Eine entgegengesetzte Absicht eben dieser Mehrheit hätte deutlicher ausgedrückt werden müssen und würde, in dessen Ermangelung, zur Abwendung des Grundsatzes berechtigen: *interpretatio facienda est contra eum, qui clarius loqui debuisse.*

Allein, so wenig auch eine Derogation des 35. §. durch den 60. an sich einer rechtlichen Vermuthung fähig ist; so wird doch die Vermuthung einer solchen Absicht selbst durch die Worte des 60. §. so wenig gerechtfertigt, daß diese auch Hrn. H. nicht abhalten konnten, (in seinem 25. §.) die Stifter und Klöster in den EntschädigungsLanden, entgegenstehender Verträge ohngeachtet, unbedenklich am OpferAltar der landesfürstlichen Disposition fallen zu lassen.

Konnte nun, bei deren Aufopferung in den EntschädigungsLanden, die politische Verfassung der letzteren, und der eigentlich zu ihrer Conservation abgefaßte 60. §. des DHS. dennoch recht gut bestehen; so konnte und sollte auch in den alten Landen, zu deren Besten der 60. §. ausdrücklich nicht abgefaßt war, dadurch eine gleiche Aufopferung, eine gleiche Vollstreckung des §. 35, nicht verhindert werden. Auch hier konnte, bei solcher landesherrlichen Disposition über die Güter der protestantischen Klöster, die bisherige politische Verfassung (§. 37. des Versuchs) allenfalls eben so gut, wie in den EntschädigungsLanden, ungestört erhalten werden. Anstatt also für Hrn. H. zu beweisen, thut dieses analogische Argument gerade ganz umgekehrte Wirkung. Selbst die von ihm eingestandene Abneigung der Mehrheit gegen eine Aufnahme der vorgeschlagenen allgemeinen SalvatorClausel in eben den 60. §. beweiset, daß selbige keinen Beifall fand, am wenigsten gegen die buchstäbliche Vollstreckung des erst später abgefaßten itzigen 35. und 36. §. habe zur Anwendung kommen sollen. Eine solche ungedenkbar^e MentalReservation würde auf eine *protestationem facto contrariam* hinausgehen.

Zum 30. §.

„Einen andern Beweis, wie wenig es die Absicht der hohen R.D. war, gegründete Rechte eines Dritten zu kränken, wenn schon die gebrauchten allgemeinen Ausdrücke solche Kränkung zu begründen schienen, gab in der vorletzten Sitzung das Conclusum: daß die, in dem DHS. §. 27. aufgehobenen GeleitsRechte nur von dem Gebiete der Stadt Frankfurt zu verstehen seyn?“

Hr. H. glaubt, in dieser Erklärung eine beschränkende Auslegung der RD. zum Vortheil der Rechte eines dabei interessirenden Dritten, gefunden zu haben. Allein, ohne hier alles das wiederholen zu dürfen, was schon mehrmals von der Unrichtigkeit eines Schlusses *a particulari ad universale*, wie von dem geständlich geringen Antheil der RDGlieder an den ersten 47. §§. des DHS. und dem folglich eben so geringen Einfluss ihrer individuellen Abweichungen davon, erinnert worden; verhält es sich mit der vermeinten Beweiskraft der vorliegenden Erklärung, ganz wider Hrn. H. Intention, gerade umgekehrt. Nicht eine beschränkende, nein eine erweiternde Interpretation erhielt dadurch die Vorschrift des 27. §. zum Vortheil nämlich, des GeleitsRechts derjenigen Reichsfürsten, deren Gebiete der Frankfurter Handel berührte, mithin zum offenbaren Beweis: dafs, wenn von Rechten der Landesherren die Frage war, die Deutung im Zweifel eher extensiv, als restrictiv zu machen sei. Sehr natürlich und daher leicht vorauszusehen war auch diese Wendung der Sache, da die mehrsten der DeputationsHöfe selber durch die Aufhebung des GeleitsRechts gegen die Stadt Frankfurt compromittiret seyn und verlohren haben würden.

Zum 31. §.

„In dem ReichsGutachten vom 26. (soll heißen 24.) März 1803 sind die älteren ReichsGrundGefetze, so wie die deutsche ReichsVerfassung überhaupt, in allen nicht ausdrücklich abgeänderten Punkten für die Zukunft verwahrt und diese Verwahrung auch in dem R. RatificationsDecret vom 27. April 1803 bestätigt worden.“

Die ReichsGrundGesetze haben überhaupt mit den LandesVerträgen und Privilegien der MediatStände namentlich und unmittelbar wenig zu thun; zum wenigsten giebt es keines, was den Antheil der Landschaften an den protestantischen Klöstern und ihr WiderspruchsRecht gegen eine freie und volle landesherrliche Disposition darüber beträfe, folglich auch keines, was einer ausdrücklichen Abänderung bedurfte, um, in deren Ermangelung, noch ferner ihnen zu Statten zu kommen. Sie können also auf die Beibehaltung entgegenstehender Privilegien, auch ohne ausdrückliche Abänderung der ReichsGrundGesetze, eigentlich keinen Anspruch machen, folglich auf einen Mangel solcher ausdrücklichen Abänderung, bei einer Collision älterer LandesCompactaten mit widrigen neuen ReichsGesetzen, directe sich nicht beziehen.

Dafs hingegen die älteren ReichsGrundGesetze, welche die Rechte mittelbarer Stände und die Verfassung einzelner deutschen Staaten sogar namentlich gesichert hatten, auch ohne ihre ausdrückliche Abänderung, die Anwendung einer entgegenstehenden Disposition des DHS. §. 35. nicht hatten verhindern können, sondern dadurch ausser Wirkung gesetzt sind, ist durch die Beispiele der DomStifter zu Magdeburg, Halberstadt und Minden (§. 15, 25. des Versuchs, S. 29, 42.) erwiesen.

Den Einwurf übrigens, dafs in dem RGA. keineswegs auch die TerritorialVerfassung und GrundGesetze für die Zukunft verwahrt werden, hat Hr. H. schon selbst sich gemacht, aber durch den Bezug auf den 60. §. des DHS. nicht hinlänglich aus dem Wege geräumt. Wie wenig aber überhaupt die TerritorialVerfassung durch den

35. §. des DHS. leide, ist in dem Versuch (§. 37.) bereits gezeigt worden.

Zum 33. §.

„War es auch die Absicht, die Einziehung mittelbarer evangelischer Jungfrauen Klöster, oder solcher weltlicher Damen Stifter zu gestatten?“

Die Benennung Damen Stifter ist überhaupt zwar kein, dem Sprachgebrauch des canonischen Rechts bekannter technischer Ausdruck; und Hr. H. hat sich nicht darüber erklärt, ob er damit etwas anders als Jungfrauen Klöster bezeichnen will? Was er aber auch immer unter dieser Terminologie verstehen mag; so sind Damen Stifter doch immer Stifter, folglich unter der Totalität des DHS. §. 35, nach der *L. 147. D. de R. I.* begriffen.

Hr. H. macht inzwischen dem Verfasser des Versuchs ein großes Verbrechen daraus: dafs er (§. 18, 36. desselben) seine Leser glauben machen wolle, als ob wirklich das Wort: Jungfrauen Klöster, und das Wort: alle Klöster in dem Texte des §. 35. des DHS. vorkomme, da doch unter den daselbst aufgeführten verschiedenen Gattungen von Klöstern gerade die Jungfrauen Klöster ausgelassen und überhaupt nicht alle Klöster, sondern nur alle Güter der Klöster daselbst ausgedrückt sind. Vermuthlich sollen dieses die

„mancherlei Interpolationen“

seyn, deren Hr. H. (Vorrede S. II) den Verfasser des Versuchs ohne weiteres geradezu bezüchtiget, und folglich hier die Beläge jenes dort unerwiesenen Vorwurfs zu finden seyn.

Der Verfasser des Versuchs bekennet und leugnet nicht: daß in dem 35. §. des DHS. das Wort Jungfrauen nicht ausgedrückt steht. Er kann sich aber der Uebersetzung nicht erwehren: daß Jungfrauenklöster auch Klöster sind; daß diese vielmehr gerade die gewöhnlichsten und häufigsten, folglich wenn von Klöstern überhaupt geredet wird, nicht für ausgeschlossen zu halten sind; und daß unter der generischen Benennung: Klöstern nicht die männlichen allein, sondern (nach *L. 147. D. de R. J.*) auch die weiblichen zu verstehen seyn müssen; daß wenigstens die Verfasser, wenn sie diese nicht darunter begriffen haben wollten, sich darüber deutlicher hätten ausdrücken müssen, wie dieses schon oben zum 4. §. erinnert worden.

Er giebt ferner zu: daß in dem 35. §. des DHS. nicht alle Stifter etc., sondern

„alle Güter der Stifter und Klöster“

der freien und vollen Disposition des respectiven Landesfürsten überlassen sind. Man lese aber nur einen §. weiter, und man siehet daselbst die Klöster etc. mit ihren Gütern an ihre neuen Besitzer übergehen, weshalb man sich auf dasjenige bezieht, was oben zum 15. §. bemerkt ist.

Der Verfasser des Versuchs glaubt daher, die Beschuldigung oder den Verdacht eines Verstosses gegen historische Integrität um so weniger zu verdienen, je vergeblicher es gewesen seyn würde, seine Leser überreden zu wollen, daß der Text des DHS. andre Worte enthalte, nachdem dieser sowohl im Eingange (S. III.) nach der deutschen Uebersetzung, als unter den Beilagen (Nr. IX.)

nach dem französischen Original offen und vollständig vor jedermanns Augen, zur beliebigen Vergleichung, *in extenso* beigebracht war; und je weniger es daher seine Absicht seyn konnte, oder seyn durfte, in der Abhandlung selbst das Gesetz noch einmal wörtlich abzuschreiben, was jeder Leser in Händen hatte.

Zur Beruhigung gereicht es inzwischen dem Verfasser, daß man in Berlin (Beil. XVI, XVII. des Versuchs) die durch das neueste ReichsConclusum erlangte uneingeschränkte landesherrliche Disposition ebenfalls von der gänzlichen Aufhebung aller Stifter, und namentlich der FrauenStifter in den alten ReichsLanden verstanden, also eben diese Worte in den Text hineingedacht hat, ohne sich einer, von Herrn H. so betitelten Interpolation desselben schuldig zu machen. Wehe der Sache, die, zu ihrer Rettung, zu so armseligen Vorwürfen und erdichteten Beschuldigungen ihre Zuflucht zu nehmen gezwungen ist!

Zum 34. §.

„Wäre auch in den Worten: der Stifter und Klöster eine gewisse Allgemeinheit; so wäre sie doch nicht von dem Umfange, als wenn es hiesse: aller und jeder Stifter und Klöster, ohne irgend eine Ausnahme — — und warum sprach man denn überhaupt nicht bloß von Klöstern, sondern von fundirten protestantischen und katholischen, mittelbaren und unmittelbaren in den alten und neuen Besitzungen?“

Warum die Verfasser des DHS. §. 35. gerade die itzigen und keine andre Worte wählten? oder wie diese noch einfacher und gemessener hätten gestellt werden

können? darüber würde es, wie schon vorhin zum 18. §. bemerkt ist, ganz vergebens seyn, mit Hrn. H. sich zu beunruhigen. Genug, die gewählten Worte stehen nun einmal da: *les droits conférés et les droits réservés s'y trouvent également*. Wer nun noch die darin den Landesfürsten verliehenen Rechte bestreiten, oder wer darin ihren Unterthanen nicht vorbehaltene Rechte behaupten will; dem dient zur Antwort: *qu'il ne cherche la solution des doutes qu'il pourroit concevoir, que dans le texte même de la loi!*

Nach dieser Erklärung des *texte original finalement convenu* (Versuch, IX. Beil.) könnte es zwar gleichgültig scheinen, wie die früheren Entwürfe des Indemnitäts-Plans gelautet hätten. Dadurch aber wird Hr. H. nicht berechtigt zu der willkührlichen Behauptung (S. 85): daß „in den *Considérations générales* des ersten Plans noch nicht von protestantischen, sondern blos von katholischen Stiftern und Klöstern geredet wurde.“

Eine solche Beschränkung ist dem französischen Original (Versuch S. 10, 83.) durchaus fremd. Vergebens legt folglich Hr. H. ein besonders vorzügliches Gewicht auf den Umstand: daß nur hier den Klöstern die *Classification*

tant d'hommes que de femmes hinzugefügt, nachher aber, wie seiner Meinung nach, auch auf protestantische Klöster der Plan erweitert war, gestrichen wurde!

Sollte wirklich die spätere Unterlassung dieser Distinction auf Verschonung einer von beiden Gattungen protestantischer Klöster hindeuten und nicht blos zufällig

oder, bei der allgemeinen Benennung, für überflüssig gehalten seyn; so könnte daraus eben so gut, gegen Hrn. H. die Absicht einer Conservation der männlichen Klöster mit noch mehrerem Rechte gefolgert werden, wenn es deren unter den Protestanten gäbe, und wenn überhaupt eine solche erkünstelte Deutung, nach der authentischen Erklärung vom 9. May 1803, zulässig wäre.

Zum 35. §.

„In Ansehung der einzuziehenden Stifter und Klöster selbst, ist eine Unbestimmtheit vorhanden, die doch sehr wohl von einer Allgemeinheit zu unterscheiden ist?“

Ueber diese willkührlich angenommene Unbestimmtheit und eben so willkührlich verkannte Allgemeinheit ist schon oben zum 4. und 15. §. das Nöthige bemerkt worden, welches hier nicht mit Hrn. H. wörtlich wiederholt werden darf. Nach seiner Paraphrase, hätten die Verfasser des 35. §. eigentlich sagen wollen: „Alle Güter einiger Stifter, Abteien und Klöster in den alten sowohl, als in den neuen Besitzungen u. s. w. werden der Disposition des Landesherrn überlassen; was das aber für einige Stifter u. s. w. seyn sollen? das lassen wir sorgfältig unbestimmt und erlauben einem jeden, solche aus den RDProtocollen herauszugrübeln: nur ja keine protestantische Jungfrauenklöster, wenigstens nicht in den alten Landen und noch weniger in Mecklenburg!“

Heißt das aber: *dont il n'a pas été formellement fait emploi dans les arrangements précédans?* Oder wenn diese Worte anders übersetzt werden müssen; gehört denn nicht jene Paraphrase unter die *interprétations erronées ou aux doutes qui pourroient s'élever dans l'avenir?* denen die ver-

mittelnden Minister, *pour détruire jusqu'à la possibilité des discussions de ce genre dans des tems plus reculés*, durch die Nachweisung zuvorkamen:

„qu'aucun des états d'Empire ne cherche la solution des doutes, qu'il pourroit concevoir, que dans le texte même de la loi concertée avec les puissances médiatrices?“

Zum 36. §.

„Da einige Stifter, Abteien und Klöster namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesen, andre aber der Disposition der Landesherren nur überlassen wurden; so konnte nicht bei jenen, wohl aber bei diesen die Frage entstehen: Welche Stifter, Abteien und Klöster gemeinet seyn?

Antwort: diejenigen, *dont il n'a pas été formellement fait emploi dans les arrangemens précédans*. Man sehe also nur die *arrangemens précédans* in den 34 vorhergehenden §§. nach: findet man darin, unter den namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesenen, mehrere Stifter, Abteien und Klöster in den alten oder neuen deutschen ReichsLanden nicht aufgeführt; so hat man die verlangten Stifter, Abteien und Klöster, die hier gemeinet, deren sämtliche Güter u. s. w. der freien und vollen Disposition ihres LandesFürsten überlassen sind. Die Operation ist so einfach, als legal. Ein weiterer Unterschied zwischen den namentlich und förmlich angewiesenen, und den der landesherrlichen Disposition überlassenen wird auch hier nicht zugelassen, als der blos chronologische: dafs das Loos der ersteren §. 1 — 34, das der letzteren aber im 35. §. entschieden war. In Ansehung der etwanigen Rechte jedes Dritten kann zwischen der einen oder an-

dern Classe nur eine chimärische Verschiedenheit gedacht werden, die das Gesetz nicht kennt.

Zum 37. §.

„Das Stift Oberstiefeld war kein mittelbares, sondern ein reichsunmittelbares DamenStift — — warum sollte denn auch über das reichsunmittelbare Oberstiefeld nicht disponirt werden können?“

Das Gesetz kennt keine DamenStifter, sondern nur DomStifter (*Chapitres*) und Klöster (*Couvents*); und namentlich wird in dessen 6. §. Oberstiefeld nur unter dieser Classe aufgeführt. Wenn also der RitterCanton Kocher dasselbe ein DamenStift zu nennen beliebte; so darf man sich unter diesen Titel nichts anders als eine synonyme Bezeichnung eines JungfrauenKlosters denken. Das Beispiel von Oberstiefeld ist aber von dem Verfasser des Versuchs (§. 34, 35.) nicht in der Absicht angeführt worden, um daraus zu beweisen: das mittelbare protestantische JungfrauenKlöster auch Klöster sind, die von der Regel der landesherrlichen freien und vollen Disposition des DHS. §. 35. ergriffen werden. Hiezu bedurfte es keines Beweises, weil das Gesetz zwischen mittelbaren und unmittelbaren Klöstern keinen Unterschied macht; allenfalls würde dazu das Beispiel eines nicht unmittelbaren, nicht der landesherrlichen Disposition überlassenen, sondern namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesenen ReichsStifts sehr unglücklich gewählt seyn. Nein, nur darum bezog man sich auf dieses Beispiel, weil die RD. dadurch zu erkennen gab; das fremde Ansprüche und eigne Entsagungen der Disposition des Plans über geistliche Stiftungen auf keine Weise Hindernisse in den

Weg legen sollten; dafs desfalls, bei demselben Verhältniß, worin sich dieses Stift, wie andre protestantische DamenStifter, befand, nach dem einstimmigen Urtheil sämtlicher Subdelegirten, nichts zu erinnern; dafs folglich die Disposition über das Kloster Oberstenfeld, jener entgegenstehenden fremden Ansprüche und eignen Zusagen des Entschädigten ohngeachtet, der Analogie des damaligen EntschädigungsPlans vom 8. Octbr. 1802, §. 34, 2) gemäs sei. Bei der Anwendung dieses Exempels befindet sich also der Verfasser des Versuchs (§. 37.) auf dem Wege der Regel des deutschen StaatsRechts (§. 27.) und unterscheidet sich dadurch wesentlich von den Häberlinschen Schlussfolgen *a particulari ad universale*.

Zum 58. §.

„Dafs der D.H.S. gar nicht über mittelbare protestantische DamenStifter oder JungfrauenKlöster disponirt und dieselben der freien Disposition des Landesherrn nicht überläßt, hält Hr. H. aus seinem 4. 15. und 33. §. für so ausgemacht, dafs er es nicht oft genug wiederholen zu können glaubt. In Berlin muß man das noch nicht gewußt haben, als der König am 21. Febr. 1804 auch über die FrauenStifter in seinen alten ReichsLanden eine uneingeschränkte Disposition durch das neueste ReichsConclusum erlangt zu haben glaubte, und zu deren Ausübung die ausgedehntesten Mittel aufbot (XVII. Beilage des Versuchs.)

Zum 39 — 43. §.

„Ob auch die protestantischen Fürsten von den, in ihren Landen eingezogenen protestantischen Stiftern einen

Beitrag zur Ausstattung der beizubehaltenden (Katholischen) Domkirchen entrichten müßten?"

Die Beantwortung dieser Frage dürfte, wenn man sich bei der Erklärung des Versuchs (§. 19 — 22.) nicht beruhigen will, füglich so lange ausgesetzt bleiben, bis von katholischen Domkirchen auf Beiträge aus protestantischen geistlichen Gütern wirklich angetragen werden wird, weil man voraussetzen darf, daß Hr. H. nicht zum Sachwald der ersteren gedungen worden. Die protestantischen Landesherren werden dann schon wissen, wie sie eventualiter solchen Zudringlichkeiten zu begegnen haben.

Ohne diesen unberufenerweise vorzugreifen, darf man fürzt in die Beantwortung jener bloß speculativischen Frage überall nicht weiter hineingehen. Nur so viel sei hier vorläufig zu bemerken erlaubt: die Zahl der beizubehaltenden Domkirchen hängt so, wie die Einrichtung ihrer künftigen DomKapittel, nach dem 62. §. des DHS. von der bevorstehenden reichsgesetzlichen DiöcesanEinteilung Deutschlands, von der Anstellung neuer Bischöfe, ab. Wo keine neue Bisthümer errichtet werden, da bedarf es auch keiner KathedralKirche, keiner DomKapittel.

Natürlich werden diese nur in solchen Landen erfordert, wo eine hinlängliche Anzahl katholischer Glaubens-Genossen der unmittelbaren Nähe eines geistlichen Oberhirten, zur Verwaltung der Episcopalfunctionen, benötigt ist, das Land mag nun einem Landesherrn von eben der Kirche, oder von der Augsburgischen Confession zugefallen seyn. Eben diese, durch den DHS. vertheilten katholischen Staaten sind aber schon bisher mit Dom- und

CollegiatStiftern reichlich versehen. Selbst die gesetzliche Bezeichnung der DomKirchen:

„welche beibehalten werden“

(„*qui seront conservés*“)

setzt voraus: daß keine neue errichtet werden sollen, sondern schon bisher DomKirchen daselbst waren. Ist aber schon eine DomKirche in dem Lande vorhanden; so fehlt es dieser gewis auch nicht an einem reichhaltigen StiftungsFonds von „Regalien, bischöflichen Domainen, „domcapittlischen Besitzungen und Einkünften,“ die nach dem 61. §. des DHS. dem neuen Landesherrn zugefallen sind. Davon darf, nach der Anweisung des 35. §. nur ein Theil zum *dote* des neu organisirten bischöflichen Sitzes und seines Kapitels, zur Dotation der beizubehaltenden KathedralKirche, verwandt werden. Sollte dieser wider Vermuthen dazu nicht hinreichen; so hat eben der Landesherr entweder noch mehrere katholische Stifter, Abteien und Klöster in seinen neuen und alten Landen einzuziehen, oder nicht. Im ersten Fall darf auch damit nur reichsschlusmässig verfahren werden. Im letztern Fall wird er sich gewis die Last eines eignen BischofsStuhls nicht aufbürden lassen, sondern diesen Vorzug lieber einem, an katholischen Glaubensgenossen und Hilfsquellen reicheren benachbarten Staate überlassen.

Nimmer aber wird er mit der Dotation seiner DomKirche einem fremden Landesherrn zur Last fallen dürfen. Dieser wird entweder für seine katholischen Unterthanen aus den Gütern seiner katholischen geistlichen Stiftungen einen eignen Bischof anzusetzen und selber eine DomKirche beizubehalten, folglich als respectiver Landesherr, die

reichsschlussmässige Disposition über die geistlichen Güter seines Landes auszuüben, verlangen, oder wenn es ihm an katholischen Unterthanen und Stiftungen fehlt, also nur protestantische geistliche Stiftungen von ihm reichsschlussmässig eingezogen sind, aus dem 63. §. des DHS. auf den ungestörten Genus des eigenthümlichen Kirchen-Guts seiner LandesReligion Bezug machen.

In dem allerschlimmsten, wiewohl ungedenkbaeren Fall aber würde ein Beitrag zur Dotation katholischer beizubehaltender DomKirchen aus protestantischen mittelbaren geistlichen Stiftungen nie willkührlich gefordert, sondern bei dem Stillschweigen des Gesetzes, allenfalls nur durch wechselseitige freiwillige Uebereinkunft bestimmt werden können, folglich in jedem Fall so geringe seyn, dass er die übrigen reichsschlussmässigen Bestimmungen der Stifts- und KlosterGüter auf keine Weise absorbiren, sondern höchstens nur einen unmerklichen Abzug von einer jeden derselben hervorbringen dürfte. Er würde folglich die landesherrliche freie und volle Disposition über die Güter der mittelbaren protestantischen Stifter, Abteien und Klöster keinen Augenblick aufhalten; vielmehr diese, unter dem Vehikel solcher erweiterten Participation, nur desto sicherer zur Ausführung befördern.

Zur zweiten Abtheilung:

Anwendung auf die Mecklenburgischen Jungfrauen- Klöster.

Zum 44. §.

„MecklenburgSchwerin hatte weder einen TerritorialVerlust erlitten, noch eine TerritorialEntschädigung erhalten. Die Klöster in den Herzogthümern Mecklenburg sind protestantische JungfrauenKlöster, mithin ist der Herzog von MecklenburgSchwerin weder aus dem einen, noch aus dem andern Grunde zu deren Einziehung befugt.“

Wenn bisher die Competenz des Herrn G.J.R. Häberlin zur doctrinalen Auslegung des vorliegenden ReichsGesetzes in dem allgemeinen StimmRechte jedes PrivatGelehrten begründet war; so ist es dagegen desto schwerer zu errathen, was ihn auffordern konnte, zur Anwendung seiner Hypothese gerade gegen das Herzogliche Haus MecklenburgSchwerin, seine Feder, und zwar wie der Augenschein lehrt, nicht *sine ira et studio*, herzuleihen? Der unwiderstehliche Glanz der Wahrheit konnte es nicht seyn, was ihn blendete, wie der Erfolg zeigen wird. Eben so wenig liegt es unmittelbar in dem Beruf eines Helmstädtischen Professors der Rechte, zum Sachwald einiger Familien des Mecklenburgischen Adels gegen ihren Landesherrn sich aufzudringen, da es diesen, wenn sie wirklich über die Anwendung des Gesetzes auf die Mecklenburgischen Klöster anderer Meinung seyn sollten, ohnehin

nicht an einheimischen geschickten Vertheidigern fehlt, die gewis nicht unterlassen würden, ihre Ansprüche auf deren Beibehaltung geltend zu machen, wenn sie dergleichen hätten, oder solche in Gefahr gerathen sollten.

Bei seiner gänzlichen persönlichen sowohl, als officiellen Unbekanntschaft mit der Mecklenburgischen Landes-Verfassung, kann er daher von dieser nicht anders, als oberflächlich, höchstens nur einseitig durch Vorlegung unvollständiger Acten unterrichtet gewesen, mithin nur ebenso unvollständig und einseitig oder oberflächlich über *merita caussae* zu urtheilen im Stande seyn.

So viel im Allgemeinen von dem schriftstellerischen Beruf und Credit des Herrn H. bei der zweiten Abtheilung seines Buchs. Aber auch in Dingen, die ein jeder ausserhalb Mecklenburg wissen und beurtheilen konnte, läßt sich Herr H. öfters von seiner vorgefaßten Meinung zu Behauptungen und Erklärungen hinreissen, die seine Partheilosigkeit wenigstens sehr zweideutig darstellen.

Er affectirt, es nicht zu wissen, daß dem Hause MecklenburgSchwerin die zwei, jenseits des Rheins verloren erblichen DomPräbenden in Strasburg nicht blos zugesichert waren, sondern daß es wirklich unmittelbar nach dem westphälischen Frieden (31. März 1649) zu deren Besitz gelangte und 38 Jahre (bis 25. Jul. 1687) denselben behauptete k). Nicht also über anderthalb Jahrhunderte, nur etwa 115 Jahre, mußte es dieses Genusses entbehren. Wäre aber auch Herrn Häberlins Chro-

k) Pro Memoria, die Ansprüche des H. Hauses MecklenburgSchwerin auf zwei Canonicate des DomStifts Strasburg betreffend, 1791, §. 4 — 9. Gumpelzhaimers evangel. Rel. Geschichte des hohen Stifts Strasburg, §. 75-81.

nologie die richtigere; so mußte er als Rechtsgelehrter es wissen, daß eben dadurch nur der Anspruch auf Entschädigung für verlorne *fructus perceptos et percipiendos* um so viel grösser geworden war; und er hätte nicht nöthig gehabt, die Gerechtigkeit jener Ansprüche und dieser Entschädigung darum in ein zweideutiges Licht zu stellen, weil die wiederholten RestitutionsGesuche so lange unbefriedigt gelassen waren. Indem er übrigens aber selbst zugiebt, daß die beiden erblichen Canonicate dem Hause Mecklenburg, als Ersatz für den Hafen von Wismar, angerechnet waren; bleibt es gleichgültig, ob ihre Entziehung unmittelbar mit TerritorialVerlust verknüpft war oder nicht? Genug, sie sollten das Surrogat eines unstreitigen TerritorialVerlustes seyn; ihre Entbehrung berechtigte daher einen anderweitigen Ersatz für eben diesen, noch durch nichts compensirten TerritorialVerlust von Kaiser und Reich zu fordern.

Was für TerritorialVerlust hatte dagegen §. 9. des DHS. die Stadt Lübeck erlitten, um dafür §. 27. zum TerritorialErsatz einen ganzen LandesBezirk eines immediaten Reichsfürsten begehren zu können? So wenig bedurfte es eines TerritorialVerlustes, um dafür, nach Herrn H. willkührlicher Deutung, TerritorialErsatz zu erhalten! Aber grade darum, weil das Haus MecklenburgSchwerin diesen für jenen nicht bekam; war es um so vielmehr berechtigt, mit andern durch TerritorialErsatz für TerritorialVerlust Entschädigten, wenigstens in eine Gleichheit an Rechten in den alten Besitzungen, die Hr. H. diesen einzuräumen freigebig genug ist, gesetzt zu werden.

Allein nicht blos die Strashurger Canonicate vertraten die Stelle eines TerritorialVerlustes; auch über die Halbinsel Priwall waren die Herzoge von MecklenburgSchwerin im unbestrittenen Besitz der Landeshoheit, die sie z. B. durch die jährliche Erhebung der Realsteuer von jedem Fußbreit dieses, zu 84518 □R. vermessenen Grundstücks bis diesen Augenblick öffentlich ausgeübt hatten 1). Es litt also auch hier einen wirklichen TerritorialVerlust, wofür es nicht durch TerritorialErsatz befriedigt wurde, und daher auf eine Ergänzung der ihm gebührenden Compensation (Versuch §. 42.) allerdings gegründeten Anspruch sich vorbehielt. War aber gleich die Landeshoheit über die Lübecker HospitalDörfer schon vorher Mecklenburgisch gewesen, und durfte also darüber die Landeshoheit nicht erst erworben werden; so ist doch überall kein Grund vorhanden, sie, wider den SprachGebrauch, aus der Reihe neuer Besitzungen (*nouvelles possessions*) auszuschließen. Wer berechtigte Hrn. H. diese absichtlich ganz allgemeine Terminologie des RDS. mit TerritorialEntschädigung zu vertauschen und auf Landeshoheit zu beschränken?

Zum 45. §.

„Die Mecklenburgischen Klöster gehören der Ritters und Landschaft, dergestalt, daß eine jede unter dem alten eingebornen Mecklenburgischen Adel begriffene und dazu gerechnete, oder von ihm in der Folge dazu aufgenommene Familie ein vollkommenes und persönliches Recht hat,

1) Jargow's Mecklenburgisches LandesCataster, 1797, S. 32, 33, M. G. Eckermanns P. M. den §. 9. des RDS. vom 22. Nov. 1802 und die darin gedachte Halbinsel Priwall betreffend 1803, Beilage 3, 9. MecklenburgSchwerinscher StaatsKalendar 1805, II. Th. S. 78.

gegen Erlegung einer unbedeutenden Summe; ihre unverheirathet bleibenden Töchter in diesen Klöstern lebenslanglich versorgt zu sehen.“

Von dieser angeblichen Bewandnis mit unsern Klöstern ist in den Mecklenburgischen LandesGesetzen kein Wort bekannt; sie widerspricht der von Hrn. H. (S. 122.) ausgezogenen VerleihungsUrkunde an die Landschaft (§. 29. des Versuchs);

„dafs sie zu christlicher ehrbarer Auferziehung der inländischen Jungfrauen, so sich darin zu begeben Lust hätten, angewandt und gebraucht werden sollen.“

Zwar *de facto* hat es, wie von dem Verfasser des Versuchs (§. 39.) zugegeben ist, mit einem persönlichen Vorzuge gewisser Familien ohne Rücksicht auf Angesehenheit, so viel die drei Klöster Dobbertin, Ribnitz und Malchow anlangt, seine Richtigkeit. Allein eben dadurch würde die Competenz aller übrigen Stände an der Beibehaltung der Klöster vermindert, und das WiderspruchsRecht gegen die reichsgesetzmässige landesherrliche Disposition darüber auf eine desto geringere Zahl beschränkt seyn.

Zum 46. §.

„In den Mecklenburgischen Landen drangen die Landstände darauf, daß die LandesStifter und Klöster nicht bloß zum landesfürstlichen PrivatNutzen mögten eingezogen werden, oder eingezogen bleiben.“

Die Versicherung der Mecklenburgischen KirchenOrdnung von 1552, welche Hr. H. für eine Folge jenes landständischen Andringens ausgiebt, lautet richtiger so:

„Wo in Stiftern oder Klöstern noch nicht christliche Predicanten sind, sollen alsbald solche dahin verordnet

werden, und soll ihnen aus den Stiftern oder Klöstern gewisse Besoldung gereicht werden. Man soll auch Erkundung haben von den Gütern und Einkommen, und Niemand etwas davon zu reissen gestatten: denn von diesen Gütern muß mit der Zeit den PfarrKirchen, Studien und Hospitalien Hülfe geschehen“ — — „Wo in JungfrauenKlöstern die Domina junge Jungfrauen zu christlicher Zucht und Unterweisung annehmen will, das mag sie thun.“ — — „Soviel aber KirchenGüter unter dieser Herrschaft sind, Stift, Klöster, Präbenden, will die Herrschaft dieselbigen nicht zerreißen lassen, sondern dazu erhalten, daß nach Gelegenheit der Städte und Dörfer, daraus der Universität, und den Kirchen mit gutem Rath Zulage verordnet werde — — daß diese Gaben — — zu Erhaltung christlicher Lehre, Kirchen, Schulen und Hospitalien angewandt werden — — Derhalben ist der Herrschaft Wille und Gemüth, zu dieser Nothdurft (Ordination, Consistorium, Visitation) die Stifte und KlosterGüter anzuwenden“ m).

Kämen aber auch wirklich diese Erklärungen und die Verabredung des fürstbrüderlichen Landestheilungsvertrags vom Jahre 1555:

„die Bestellung und Unterhaltung des KirchenRegiments, Consistorii, Visitation, Schulen und Hospitalien und derselben Personen soll von den Nutzungen und Einkünften der geistlichen Güter des Herzogthums Mecklenburg geschehen und nothdürftig verordnet und verwidmet werden“ n),

auf

m) Sammlung Mecklenburgischer LandesGesetze, I. Theil, S. 105, 106, 171.

n) Gerdes Sammlungen Mecklenburgischer Schriften und Urkunden, II. St. S. 181.

auf die Rechnung der Mecklenburgischen Landstände; so würde doch daraus nichts weiter folgen, als dafs die Verwendung der Stifts- und KlosterGüter zu den, im DHS. §. 35. aufgezählten Zwecken schon längst von den hiesigen Herzogen bestimmt und ausgeübt war; dafs es also, zu deren Erstreckung über die damals noch nicht säcularisirten Klöster, einer ReichsGesetzgebung nicht bedurft haben würde, wenn unterdessen die LandesVerträge keine Hindernisse dagegen in den Weg gelegt hätten, deren Wegräumung ausser den Grenzen der LandesGesetzgebung lag. (Versuch, §. 34.)

Allein, wenn die Landstände über die Einziehung der geistlichen Güter auf dem Landtage zu Güstrow 1552, wo zum erstenmal die Prälaten fehlten, sich beschwerten; so geschahe das nicht aus neidischer Berechnung des landesfürstlichen PrivatNutzens, oder aus patriotischer Besorgnis für eine gemeinnützigere Verwendung der geistlichen Güter. Nein, nur darum, weil ihnen, durch die Auflösung der PrälatenBank, ein theilnehmender und lasttragender Mitstand entzogen war:

„weil, sagten sie, anfangs die gemeine Landschaft dieser Fürstenthümer und Lande in drei Stände, als Prälaten, Ritterschaft und Städte getheilt war, welche zum Landtage verschrieben wären und zugleich von gemeinem Obliegen und Beschwerden handelten und sich darüber vereinigten, die Prälaten aber auf diesem Landtage nicht zugegen, selbige vielmehr zum Theil ihrer Prälaturen entsetzt und solche einstweilen zerrüttet und zernichtet wären, insonderheit auch derselben Haupt und Ordinarius, der Bischof zu Schwerin (Herzog Ulrich, leiblicher Bruder des regie-

renden Herzogs,) nicht erschienen sei; daher ohne dessen Befehl und Consens, auch ohne der andern Prälaten Restitution und Zuthun, in dieser und dergleichen Zulagen, Hülfen und gemeinen Steuern nicht abzuschliessen sei“ o).

Nur um diesen Fonds zur Aufbringung gemeiner Lasten nicht ganz zu verlieren, erklärten sie auf dem folgenden Güstrowschen Landtage 1555:

„dafs, wenn die Güter und Dignitäten des Prälatenstandes, seiner erlittenen Veränderung ungeachtet, zur Steuer und Hülfe der andern Stände nicht würden verrüket und abgesondert, auch die fürstlichen AmtsVerwandten in AmtsStädten und Flecken, so wie alle Aemter der fürstlichen Wittwen, hierin eingerechnet und gezogen würden, nach ausgestellter Versicherung und Reversalen, 250000 fl. — — — auf sich zu nehmen und zu bezahlen“ p).

Auch in der Folge beklagten sie auf dem Landtage zu Güstrow 1568 sich nur darüber: obgleich

„sie gebeten hätten, dafs die Stifter und Klöster nicht entfreiet seyn mögten; so hätten sich doch die Herzoge, mit der Vorwendung, dessen geweigert, dafs die Klöster und Stifter profaniret und zu KammerGütern gemacht wären.“

Sie baten daher:

„wenn noch ein geringer Rest dieser (derzeitigen) TürkenSteuer nachständig seyn mögte, solchen aus den Stiftern und Klöstern entrichten zu lassen“ q).

o) Spaldings Mecklenburgische öffentliche LandesVerhandlungen, I. Theil, S. 6.

p) Spalding, a. a. O. S. 17.

q) Spalding, a. a. O. S. 29.

Auf die Zurückgabe und Wiederherstellung dieser eingezogenen Klöster zu bestehen, waren sie so viel weiter entfernt, je weniger der Religionsfriede, (1555) §. 19., wie schon oben (zum 25. §.) bemerkt ist, noch irgend einige Ansprüche an die von den evangelischen Fürsten eingezogenen geistlichen Güter übrig lies.

Zum 47. §.

„Besonders wünschten die Stände, daß die Jungfrauenklöster erhalten und, in Versorgungsanstalten für unverheirathete Frauenzimmer verwandelt, ihnen selbst zu diesem Behuf übergeben werden mögten. Durch den Ruppinschen Machtspruch vom 1. August 1556, erhielten sie das, was sie wünschten, größtentheils als ein Recht zugestanden.“

Auf die, zur Zeit des ReligionsFriedens (1555) noch nicht säcularisirten Klöster machten die LandStände nie Ansprüche; und die LandtagsActen vor 1572 enthalten keine Spur ihrer darauf gerichteten Anträge. Nur der Ruppinsche Machtspruch (1556) erwähnte ihrer Beibehaltung zuerst, (Versuch §. 29, S. 49) bei Gelegenheit einer schiedsrichterlichen Entscheidung des Kurfürsten Joachims von Brandenburg, in den Streitigkeiten der H. H. Johann Albrecht und Ulrichs *unter sich*, nicht, wie Hrn. H. hinzusetzen beliebt,

mit ihren Landständen.

Nirgends werden diese, weder in *Rubro* noch in *Nigro* desselben, als streitende Partheien, sondern nur die Verordneten von der Landschaft als Unterhändler, namhaft gemacht. Schon vorhin (1555) nämlich, war in der CompromisActe sechs besonders darauf beeidigten LandRäthen aus dem Mittel der Landschaft, nebst den beiden

fürstlichen Rentmeistern und vier Brandenburgischen Räten ein TheilungsVersuch von den beiden herzoglichen Gebrüdern übertragen r). Nur wie dieser Versuch ohne Erfolg blieb, mußte auf deren Bericht der Kurfürst, als erkohrner Obmann, sein schiedsrichterliches Amt übernehmen und, mit Zuziehung zweier dazu gleichfalls vorhin bevollmächtigter, des Locals vorzüglich kundiger Mecklenburgischen LandRäthe, die brüderliche Theilung definitiv reguliren. Von Streitigkeiten der Herzoge mit ihren Landständen steht kein Wort in der CompromisActe, am wenigsten wegen deren Theilnahme an den Klöstern; darüber waren die Acten weder instruirt, noch zur Entscheidung submittirt, ein darüber gefälltes Erkenntnis würde also *ipso jure* nichtig gewesen seyn.

Man lese nur den Machtspruch *in extenso*, oder in dem vom Hrn. H. beigebrachten Extract, von Anfang bis zu Ende; so findet man darin nichts weiter als: dafs der Kurfürst

„in den brüderlichen Irrungen zwischen den H. H. Johann Albrecht und Ulrich, der Regierung und Theilung der Lande Mecklenburg und andrer Artikel halber, nachdem sich, über die Theilung und Vergleichung, so durch die Verordneten von der Landschaft vorgenommen, noch weitere Misverständnisse zugetragen, deswegen von den Herzogen und ihrer Landschaft ersucht worden, zu Vergleich- und endlicher Hinlegung derselben, fernere Handlung vorzu-

r) (G. R. Freiherrn von Ditmar) Leztes Wort zur Behauptung des Rechts der Convention vom 3. Aug. 1748, (1751) XV. Beil. S. 37, liefert die CompromisActe *in extenso*.

nehmen, daß er darauf, neben zwei KöniglichDänischen Abgeordneten, auch den verordneten LandRäthen, sich solcher Handlung zwar unterzogen, weil aber von ihm neben den Dänischen Gesandten und Mecklenburgischen LandRäthen, die Fürsten in der Güte nicht vertragen werden können, zu gänzlicher Abhelfung aller Gebrechen zwischen Ihren Liebden, in Kraft der geschehenen Hinstellung, als der bewilligte Obmann, — — entschieden habe“ s).

Das war die ganze beurkundete Veranlassung des Ruppiner Machtspruchs in einer, die Landschaft unmittelbar gar nicht berührenden fürstlichen HausStreitigkeit. Für sie war dieses schiedsrichterliche Erkenntnis eine *res inter alios acta*, wodurch überhaupt ihnen so wenig, als den beiden fürstlichen Rentmeistern oder den Dänischen Abgesandten, einige Rechte gegeben oder genommen werden konnten. Ihnen ward dasselbe daher auch überall nicht publicirt: sie haben noch bis diesen Augenblick davon kein Original in Händen, sondern dieses wurde (*Häberlin* S. 152.) nur in zwiefacher Ausfertigung, jedem der beiden Herzoge eine, unter des Kuhrfürsten Unterschrift und Besiegelung zugestellt, zum vollständigen Beweis, daß sie an den verbindenden Wirkungen desselben überall keinen Antheil haben sollten. So viel von der Tendenz dieses Abschieds im Allgemeinen. Insbesondere bestätigt sich diese auch in Ansehung der Klöster: (*Häberlin*, S. 151.)

„So viel die Klöster anlangt, sollen zu mehrerer Pflanzung freundlichen brüderlichen Willens — — — die folgenden drei Klöster, nämlich das NeueKloster,

e) Gerdes Sammlungen, S. 198. ff.

Ivenack und Dobbartin vor die Jungfrauen *beider* Stände gelassen werden — — — Was hierüber für andre mehr Klöster und Komthureien vorhanden, die sollen — — gleich von einander getheilet und *beiden* Unsern Vettern, einem jeden sein Theil davon — — — zugestellt werden. t)

Nicht also um einen vermeintlichen Anspruch der Landschaft zu befriedigen; nein, um unter den fürstlichen Brüdern ein freundschaftliches Vernehmen zu erhalten, sollten die benannten drei Klöster nicht gleich den übrigen getheilt, sondern für die Stände des einen, wie des andern, zur Aufnahme ihrer Töchter, erhalten werden.

In keinem Fall aber sollte sich die Wirkung dieses Ausspruchs auf die Erben und künftigen Generationen der beiden streitenden Herzoge erstrecken; sondern, gleichwie der Gesichtspunct des dabei gleich anfangs zum Grunde gelegten Wismarschen Vertrags (1555), von welchem die ganze schiedsrichterliche Unterhandlung und Entscheidung ausging, (S. 149) auf die Zeit „bis derselbigen Brüder ihre „mündigen Jahre erreichen“ sich beschränkte; so sollte es nicht nur überhaupt (S. 150, 151.) „bei solcher Abrede, „Bewilligung und Vergleichung, bis zu unsrer jüngern Vettern, der unmündigen Herzoge zu Mecklenburg, mündigen Jahren, nochmals bestehen,“ sondern

„es sollte auch solcher Spruch, so viel die Theilung der Häuser, Klöster, Komthureien u. s. w. anlangt, *nicht länger*, denn bis zu Unsrer jungen Vettern, der unmündigen Herzoge von Mecklenburg, mündigen Jahren bestehen.“ u)

t) Gerdes S. 202.

u) Gerdes S. 206.

Nicht also blos mit dem unbeerbten Abgange des einen streitenden Theils, (S. 49. des Versuchs) sondern schon mit der Volljährigkeit des jüngsten Prinzen Carl (geb. 1540) hörten alle rechtliche Wirkungen dieses einstweiligen brüderlichen TheilungsRecesses von selbst auf.

So wenig aber durch denselben der Landschaft einige Rechte erworben werden konnten oder sollten, eben so unrichtig ist es auch, daß ihr (S. 118) darin „eine Last“ auferlegt worden. Hr. H. stellt zwar die Sache so vor, als ob die Landstände erst die von den Herzogen verpfändeten Klöster und Komthureien auf ihre Kosten hätten einlösen müssen und dagegen von dem SchiedsRichter zu Recht erkannt wäre, daß die Fürsten zwar einige dieser Klöster für sich behalten, drei aber den Landständen für ihre Töchter überlassen sollten. Allein es waren keine neue fürstliche Schulden, welche die Landschaft für die Herzoge übernehmen sollten. Nur von den vorhin (1555) dem ältern Herzoge allein zur SchuldenTilgung bewilligten 487305 fl. sollte die Landschaft

„obgemeldeten Herzog Ulrichs Schulden neben H. Joh. Albrechts Schulden zugleich bezahlen, damit derenthalten zwischen Ihren Lbden. desto weniger Weitläufigkeit möge fürfallen“ — — — Und — — — wann H. Ulrich künftig in Beschwerung und dergleichen Schulden, wie itzo H. Joh. Albr. gerathen würde, wollte dann Sr. Lbden. die Bezahlung derselben bei der Landschaft auch befördern helfen.“ v)

Von einer dagegen der Landschaft zuerkannten Bewilligung der Klöster war also, nachdem deren respective Ver-

v) Gerdes a. a. O. S. 204.

theilung und Conservation schon in den vorhergehenden §§. reguliret worden, überall nicht die Rede. So unrichtig excerpirt Hr. H. seine eigene Beilage!

Zum 48. §.

„Durch den Nachspruch hatten die Stände ein vollkommenes Recht auf die gedachten drei Klöster erhalten, ohne jedoch die Vollziehung des schiedsrichterlichen Spruchs in seiner ganzen Vollständigkeit erreichen zu können, wenn gleich sie sich der, ihnen durch den Nachspruch auferlegten Verbindlichkeit entledigten.“

Wie die Landstände aus einem, zwischen fremden Partheien gefällten schiedsrichterlichen Ausspruche ein vollkommenes Recht haben erwerben, wie ihnen darin eine Verbindlichkeit hat auferlegt werden können? das mag Herr H. mit der bekannten *L. 2. C. quibus R. I. non nocet* w) zu vereinbaren suchen!

Zu bewundern wäre es, daß die Landschaft nimmer darauf verfiel, ihr vollkommenes Recht aus diesem Nachspruch, wovon sie vielleicht nicht einmal legale Kenntniss erhielt, geltend zu machen; daß in allen, von ihr selbst bekannt gemachten und daher gegen sie vollkommenen Glauben verdienenden Landtagshandlungen nie auf die Vollstreckung jenes Kurfürstlichen Ausspruchs angetragen wurde, bis es ihr erst 16 Jahre darauf einfiel, nachdem schon 7 Jahre früher (1565) die entscheidende Wirkung des Ruppinschen Nachspruchs ihre Endschaft erreicht hatte, die von Herrn H. (S. 120) angeführte Vorstellung

w) „*Res inter alios judicatae neque emolumentum adferre his, qui iudicio non interfuerunt, neque praeiudicium solent irrogare.*“ (VI, 56, 2.)

zu übergeben. Eine frühere Erinnerung hat Herr H. selbst nicht beizubringen vermocht; mit dem bloßen „Denken“ wie er (S. 119) meint, ist es nicht ausgerichtet. Herr H. ist inzwischen selbst so billig, (S. 125) es einzusehen: dafs mit der Erfüllung des Ruppinschen Machtspruchs den Landständen wenig geholfen gewesen sei, wenigstens sie dadurch zu ihrem nachherigen und jetzigen reversalmässigen Genus der drei Klöster nimmer gelangt seyn würden, sondern dafs

„die Stände zufrieden seyn mußten, wenn die Klosterstellen von den Fürsten an Jungfrauen beider Stände vergeben wurden;“

dafs sie folglich es vielleicht selbst nicht der Mühe werth hielten, ihr vermeintes vollkommnes Recht aus dem Ruppinschen Machtspruch geltend zu machen. Die Stände wünschten daher, fährt er fort,

„dafs ihnen ein mehreres an diesen Klöstern zugesprochen würde.“

Um diesen Wunsch zu erreichen, wusten sie freilich die Verlegenheit der fürstlichen Finanzen sehr gut zu ihrem Vorthail zu benutzen. Diese gab (1572) die eigentliche Veranlassung zu der, von Herrn H. (S. 120) angeführten ersten unmittelbaren Verhandlung zwischen den Herzogen und den Landständen, wegen der Klöster. Sie vergafsen sich hierbei so weit, dafs sie auf eine Wiederherstellung der übrigen Klöster antrugen, und also von deren in dem Ruppinschen Machtspruch geschehenen Vertheilung überall keine Kenntniss zu haben schienen. Zwar hatte es das Ansehen, als wenn es ihnen nur um die Wiederherstellung des Prälatenstandes zu thun sei:

„Anlangend, sagten sie, die andern Gestifte, und sonderlich die Komptureien Mirow und andere, so wüßten JJ. FF. GG. daß selbige nicht der geringste Stand gewesen, davon Sie Folge und andre Gebührnis und die Landschaft Rath, Trost und Förderung zu genießsen gehabt, — — so bäten sie, dieselben zum vorigen Stand kommen zu lassen.“

Die Herzoge erwiederten darauf:

„der Stifte und Comtureien halber, wüßten Sie einiger schwebenden Rechtfertigung, Mirow ausgenommen, Sich nicht zu bescheiden, indem alle die andern vor dem Passauischen Vertrag eingezogen worden, und nunmehr Niemand eine Forderung oder Gerechtigkeit, laut solchen Vertrags und darauf erfolgten ReichsAbschieds, daran weiter hätte.“

Die Landschaft entschuldigte inzwischen ihre

„Bitte, daß die Herzoge die Stifter und Comtureien in vorigen Stand bringen mögten, (damit,) daß die Herzoge von solchen Stiftern und Ordenshäusern nicht allein derselben Dienst, Rath und Folge gehabt, sondern auch die Landschaft in Vorfällen, so oft die Folge des RosDienstes, oder nach derselben Anschlag Hülfe geleistet worden, allewege derselben Mitgenossen gewesen und itzt, da selbige einige Zeit her bei den Herzogen gewesen, in der Contribution sich nicht wenig Mangel anfinde.“

Sie beschränkte deshalb ihre Bitte nunmehr dahin: daß die Herzoge

„von den Besitzern und Inhabern solcher Stifter und Comthureien die Hülfe des RosDienstGeldes in vorfallenden Nöthen reichen lassen mögten.“

Diese gaben ihnen aber darauf zur Antwort:

„der Comthureien und Stifte halber, liessen Sie es bei vorigem Bescheide nochmals beruhen;“ x) womit die Sache für stets abgethan wurde.

Zum 49. §.

„In Gefolge des AssecurationsReverses, wurden die gedachten 3 Klöster im October 1572 wirklich der Landschaft feierlich abgetreten und überwiesen.“

Die Abtretungs- und AnweisungsUrkunde der Klöster (*Häberlin*, Beilage II.) ist nichts weiter, als das *Relatum* des AssecurationsReverses; sie enthält also nichts anders, als die Vollstreckung dessen, was dieses *Referens* angekündigt hatte; und sie wäre, im Fall ihrer Abstimmigkeit, nur aus dieser ihrer vorausgeschickten alleinigen Absicht zu erklären. Sie bezieht sich auch ausdrücklich auf denselben, wenn sie von dem StandPunct ausgeht, der darin angenommen war. Es versteht sich daher von selbst: dass in derselben der Landschaft keine neue Rechte über die Klöster, sondern nur dieselbigen haben eingeräumt werden sollen, die der AssecurationsRevers ihr zugesichert hatte. Dessen vierter Artikel wird darin auch wörtlich wiederholet in den Worten:

„Nachdem Wir Unsrer unterthänigen Landschaft — — Unsre schriftliche *Assecuration* darüber zugestellet haben, Ihnen die drei obbemeldeten JungfrauenKlöster — — abzutreten und zu überweisen“ u. s. w.

x) Spaldings Mecklenburgische LandesVerhandlungen, I. Th. S. 42, 56, 74, 87.

Wenn also hier, neben dem reversalmässigen Ausdruck: überweisen, auch noch das Wort „abzutreten,“ y) als aus dem AssecurationsRevers entlehnt, hinzugefügt wird, in welchem dieses doch nicht stehet; so sieht ein jeder leicht ein, dafs dadurch der Landschaft kein andrer, als der reversalmässige Besitz, am wenigsten aber ein unbeschränktes Eigenthum (*pleno jure et dispositione*) hat angewiesen und überliefert werden sollen; sondern dafs beide Bezeichnungen als synonym und gleichbedeutend angenommen wurden.

Beides, das Abtreten und das Ueberweisen geschah aber geständlich nur zu dem einzigen reversalmässigen Zweck:

„damit darin die inländischen Jungfrauen, so sich darin zu begeben Lust haben, christlich und ehrbarlich auferzogen werden mögen.“ — —

Aus dieser geschehenen Abtretung zu dem ausgedrückten beschränkten Zweck folgt also nichts weiter, als was ohnehin schon bekannt und ungezweifelt ist, nämlich: dafs die Landschaft die drei Klöster auf völlig rechtmässige Weise besitzt, also dafs, so lange zu Dobbertin, Malchow und Ribnitz Klöster sind,

„die Landschaft vollkommne Macht und Gewalt hat, allda einen Amtmann, Vorsteher oder Verwalter, doch vermittelt landesfürstlicher Bestättigung zu ordnen und zu setzen — — welche der Landesherrschaft

y) Eben diesen Ausdruck: „abgetreten an die R. u. L.“ hat auch die revidirte KlosterOrdnung, (Beil. XVIII. des Versuchs, S. 123.) jedoch mit der gemessenen Anweisung: „in solchem Gebrauch die Klöster zu behalten.“

jährliche Rechnung thun und, was an Einkommen erspart und entübriget wird, dem Kloster zum Besten anzuwenden, dagegen die Jungfrauen, nach Unsrer gefassten Reformation (KlosterOrdnung) — — leben und wandeln — — sollen.“

Seitdem hingegen in dem 36. §. des DHS. vom 25. Febr. 1803 nicht blos die KlosterGüter, Rechte, Capitalien und Einkünfte, sondern auch die Klöster selbst der freien und vollen Disposition des Landesherrn überlassen sind, folgt von selbst: daß, sobald dieser davon Gebrauch zu machen, für gut findet, sobald also der einzige reversalmässig damit verknüpfte Zweck:

„christliche und ehrbare Auferziehung der einländischen Jungfrauen“

in denselben, aufhöret, und sobald die diesen dagegen auferlegte Verpflichtung:

„nach der fürstlichen KlosterOrdnung zu leben und zu wandeln,“

ihnen erlassen wird, auch die allein dazu geschehene Abtretung und Ueberweisung ohne weitere Wirkung ist und in die Classe der *„dispositions abrogées, dont le souvenir subsiste encore, qui ne sauroient plus être invoquées à l'avenir“* übergeht.

Zum 50. §.

„Abgetreten waren die Klöster den Landständen, zur Versorgung ihrer Kinder, Freundinnen und Nachkommen; und eben zum ausschließlichen Behuf derselben, wurden sie igt landschaftliche Güter und das nuzbare Eigenthum ging zu bestimmten Zwecken an die Ritter- und Landschaft über.“

Das steht aber weder in dem AssecurationsRevers, noch in der Anweisungsvollmacht. Beide haben nur die LesArt:

„zur Auferziehung der inländischen Jungfrauen, so sich darin zu begeben Lust hätten.“

Erziehung ist objectivisch eben so verschieden von Versorgung, als einländische Jungfrauen subjectivisch von den Kindern, Freundinnen und Nachkommen der Landstände sich unterscheiden. Also nicht eben zum ausschlieslichen Behuf der letztern!

Mit dieser willkührlichen Substitution fallen auch die eben so willkührlich daraus abgeleiteten Voraussetzungen einer Verwandlung in landschaftliche Güter oder eines übergegangenen nutzbaren Eigenthums von selbst weg. Eine Verwandlung und ein Uebergang lassen sich ohnehin, als *res facti*, nicht durch bloße Vermuthungen insinuiren. Beide Operationen müßten erwiesen werden. Davon stehet aber wieder kein Wort im Text. Nur die Administration war der Landschaft unter landesfürstlicher Aufsicht, die Perception aber den inländischen Jungfrauen, so sich darin zu begeben Lust hätten, zugestanden.

Gebeten hatte zwar die Landschaft, nach Herrn H. (S. 120, 125) wiederholt:

„gedachte drei Klöster, ohne einiges Reservat, *pleno jure et dispositione* für ihre Kinder, Freundinnen und Nachkommen zu übergeben.“

Allein eben daraus, daß sie ihnen nicht ohne Reservate, nicht zur freien und vollen Disposition, nicht für ihre Kinder, Freundinnen und Nachkommen, sondern

ausdrücklich nur zu dem beschränkten Zweck der Auferziehung einländischer Jungfrauen ohne Unterschied, unter mehreren eben so beschränkenden Reservationen abgetreten oder überwiesen, und unter solchen gemessenen Bedingungen sie von der Landschaft angenommen wurden, eben daraus sage ich, bestätigt es sich: daß ihr das obige exorbitante Begehren stillschweigend abgeschlagen wurde, und daß sie dabei, wie billig, sich beruhigte.

Wie ungerecht wäre auch die Gewährung einer so einseitigen, als eigennützigen Bitte gewesen? Was für ein ausschließliches Recht hatte die Landschaft, d. h. der Adel und die Städte, an der alleinigen Besetzung der Klöster mit ihren Jungfrauen? oder gar an einem nutzbaren Eigenthum darüber? Nicht sie allein, sondern, wie der AssurationsRevers wörtlich sich ausdrückt, die herzoglichen

„Unterthanen aller Stände — alle Unsre Klöster und Aemter Unterthanen, ob wir gleich ezliche — Unsern freundlichen lieben Brüdern zu ihrem Unterhalt übergeben und eingeräumer, desgleichen fremder Prälaten, oder anderer, ausser- oder innerhalb Landes gesessener Güter, so ihre Nahrung in Unsern Landen haben und Unsres Schutzes und Beschirmung geniessen, wes Standes oder Condition die seyn. — „Niemand ausgezogen“ sollten den angeblichen Preis, wofür die Klöster überwiesen wurden, die bewilligten 400000 fl. bezahlen: so

„daß allerdinge Niemand, hierin benannt oder nicht benannt, (ausserhalb des Stifts Schwerin) sich selbst oder sonst Jemand ausziehen und eximiren, sondern die von gemeiner Landschaft bewilligte Hülfe wirklich prästiren und leisten sollen.“ z)

z) Mecklenburgische GrundGesetze, S. 25, 26.

Nur mit einer ihm eigenen Erfindsamkeit subsumirt Herr H. hier (S. 126) einen

„Vertrag, der zwischen dem Fürsten und den Ständen, der Klöster halber, dahin geschlossen ist: daß, gegen anderweite Uebernehmung einer fürstlichen Schuldenlast von 400000 fl. der Herzog nicht nur die im R. Machtspruch auferlegte Verbindlichkeit erfüllen, sondern auch die Klöster selbst der Landschaft und Ritterschaft pleno jure et dispositione zu übergeben, sich anheischig machte.“

Zwar ist Herr H. selbst so billig zu gestehen: „daß der AssecurationsRevers vom 2. Jul. 1572 dieses Vertrags keine ausdrückliche Erwähnung thut.“ Wie konnte denn Hr. H. hier einem Vertrag, ein Anheischigmachen voraussetzen, da er doch wissen mußte, daß beides, als *res facti*, nicht ohne Beweis präsumiret wird?

Es ist zu bewundern, wie noch izt Jemand so etwas glauben oder behaupten kann, als ob die Ritterschaft und Städte allein diese Schuldentilgung übernommen und geleistet habe, seitdem das Gegentheil durch eine, selbst von Hrn. H. (S. 120) angeführte Ritterschaftliche Deduction beurkundet ist. a) Nach den eignen Worten des fürstlichen ContributionsEdicts vom 1. Novbr. 1572 hatten die Herzoge mit ihrer Landschaft einhellig sich verglichen:

„Was für Personen von Unsern Unterthanen und Verwandten, so in Unserm Fürstenthum und Landen wohnen und gesessen seyn, mit den Hülffen und Steuern
belegt

a) (Dr. Ernst August Rudloff's) Feststehender Grund der Steuerfreiheit der Mecklenburgischen Ritterschaft, XXXVII. Beilage, S. 30, 31.

belegt werden, und wie ein jeder, nach seines Standes Gebühr und Gelegenheit, von seinen Gütern — — besteuert werden solle, damit die bewilligte und angenommene Summe desto schleuniger und besser zusammengebracht werde: Nämlich also, daß alle geistliche Stifter, Klöster und Komthureien, neben denen von Adel, Burgermeistern, Rathmannen, Bürgern, Bauern, samt allen Professoren, fürstlichen Räthen, Dienern, Superintendents, Pastoren, Schul-Dienern — — Erb- und PachtMüller in Städten, Dörfern, und auf dem Lande, Schäfer, Schäferknechte und Hirten in diese Contribution der Steuern und Hülften, so lange die angenommene Summa unabgeleget ist, mit eingezogen, auch die Häuser und Wohnungen, so auf den Kirchhöfen — — gelegen und bisher freigewesen, hinfüro nicht eximiret und freigelassen werden und seyn sollen.“

Namentlich werden nun, mit denen vom Adel in gleicher Classe:

„in- und ausländische Geistliche, StiftsPersonen und Fürstlicher — — — dann die Bauern nach Hufenzahl, sammt den Schmieden, Leinwebern, Schneidern und Krügern auf den Dörfern — — ErbMüller — PachtMüller — Schäfer — Schäferknechte und Hirten“ mit ihrem SteuerAnschlag aufgeführt.

Wie konnte denn bloß der eine oder der andre Stand ausschließlich für sich allein eine Waare verlangen, deren Preis nicht sie allein, sondern die Unterthanen aller Stände, von dem ersten Staatsdiener am Hofe, bis zum niedrigsten Handwerker und Dorfhirten in den Domainen

der Fürsten, bezahlt, und zwar namentlich *dafür* bezahlt hatten: (*Hüberlin*, S. 127.)

„dass Wir (die Herzoge) ihnen (den Unterthanen aller Stände) die drei zugesagten Klöster — — eingeräumt und übergeben, auch etlichen allgemeinen und sonderbaren Beschwerden abgeholfen und nachmalen den übrigen — — abhelfen wollen, solches auch von Uns ihnen assecuriret oder versichert u. s. w.“

Also nicht blos die drei Klöster, nicht der IV. Reversalartikel allein, sondern alle die andern milden Bewilligungen des I, II, III, V, VI, VII und VIII. Artikels sollten die Waare seyn, wofür der wohlbehandelte Preis von 400000 fl. vielleicht zur Hälfte, oder wenigstens zu einem Drittheil von den Gütern und Dienern der Fürsten und ihrer Familie, von einheimischen und auswärtigen Geistlichen, auch von den SeeStädten Rostock und Wismar, nicht von der Ritterschaft und den LandStädten allein, bezahlt wurde, und die daher auch allen *pro rata* zu Gute kommen musste. Wer wollte z. B. behaupten, dass die Kanzlei-*Taxe* des VII. Artikels, oder die Appellationsfreiheit vom Consistorium an das HofGericht im V. oder die Versicherung des III. Artikels, dass kein PönalMandat aus den Kanzleien im Anfang ohne JustificatorClausel ergehen, und dass in Sachen der Herzoge wider ihre Unterthanen nicht mit der Execution angefangen, sondern mit der Citation zum Verhör verfahren werden solle u. s. w. Niemandem, als den repräsentirenden Landständen, der damaligen Ritter-und Landschaft, für ihre Kinder, Freunde und Nachkommen ausschliesslich ertheilet wurden?

Es darf hier im Vorbeigehen nicht unbemerkt bleiben: daß zur Bezeichnung des Umfangs, womit die Landschaft die drei Klöster, und womit die nachgebohrnen Prinzen ihre Appanagen besitzen sollten, eine und dieselbige Terminologie im AssecurationsReverse: „einräumen und übergeben,“ gebraucht wurde; Ausdrücke, die nichts weniger, als eine freie und volle Disposition, sondern hier nur „zu Ihrer Liebden Unterhalt,“

wie dort

„zu christlicher ehrbarer Auferziehung“ hinweisen sollten.

Mag man es daher immerhin dem Hrn. H. (S. 127) einräumen, „daß gegenseitig die Uebernehmung der fürstlichen Schulden nur in Hinsicht auf die Abtretung der Klöster geschehen war;“ so darf doch eben diese Abtretung, es sei subjectivisch oder objectivisch, weder weiter ausgedehnt, noch enger beschränkt werden, als die gegenseitige, genau damit correspondirende, daher in gleichem Schritt gehende Uebernehmung: d. h. die sogenannte Abtretung, kann weder andern oder wenigern zugeeignet werden, als eben denienigen, welche die Schulden übernahmen; noch darf ihr ein andrer oder vielseitigerer, als der dafür beiderseits einverständene gemessene Zweck der Auferziehung, am wenigsten eine ausschliesliche Benutzung *pleno jure et dispositione*, untergelegt werden.

Zum 51. §.

„Durch den landesgrundgesetzlichen ErbVergleich vom Jahr 1755, sind die drei Klöster bei ihrer Consistenz und bei ihren Rechten bestätigt.“

Allerdings! Aber, nach der ausdrücklich zu erkennen gegebenen deutlichen Absicht dieses FundamentalVertrags, sind durch dessen dritten Artikel der Ritter- und Landschaft keine neue und nicht mehrere Rechte an und über die drei Klöster eingeräumt worden, als die Reversalen *und* das damit copulative, nicht disjunctive in Verknüpfung gestellte Herkommen, d. i. ein mit den Reversalen übereinstimmendes, nicht denselben widersprechendes Herkommen, (welches übrigens, als eine *res facti* bekanntlich ebenfalls nicht vermuthet wird, sondern erwiesen werden muß,) ihr schon zugestanden hatten. Das bezeichnen zum Ueberflus die, von den ritter- und landschaftlichen Rechten und Pflichten in Ansehung der Klöster daselbst gebrauchten legalen Ausdrücke:

„gelassen werden“ (§. 121)

„der Ritter- und Landschaft bleibt“ (§. 122)

„nach Inhalt vorangezogener Reversalen“ (§. 123)

„in der Eigenschaft, wie sie solche erworben, nochmals bestätigt“ (§. 133)

Es bedarf auch hiebei keiner Wiederholung: dafs, so lange zu Dobbertin, Malchow und Ribnitz fundirte mittelbare JungfrauenKlöster Augsburgischer Confession existiren, alle diese Versicherungen ihren Bestand behalten; dafs sie aber mit dem Aufhören ihrer Existenz, welche durch den 36. §. des DHS. vom 25. Febr. 1803 der landesherrlichen freien und vollen Disposition überlassen ist, von selbst wegfallen. Bis dahin behält aber auch der 140. §. eben desselben LandesGrundGesetzes seinen verbindlichen Bestand:

„dafs die Eingesessenen von der Ritter- und Landschaft in den Herzogthümern Schwerin und Güstrow (nicht also nur gewisse Familien) — — in einer unverrücklichen Gleichheit an Rechten, Privilegien und Gerechtigkeiten — — an den Landes Klöstern — bestehen und gelassen werden sollen.“

Zum 52. §.

„Die Abtretung und Einräumung der Klöster von Seiten der Landeshoheit an die Ritter- und Landschaft würde sie schon in landschaftliches Gut umgewandelt haben und eine vollgültige Säkularisation gewesen seyn, wenn 1572 die Klöster noch als geistliches Gut hätten betrachtet werden können. Aber wie hätten doch, wie geschehen, die Landesfürsten diese Klöster abtreten und einräumen können, wenn selbige nicht schon vorher an sie gezogen und somit verweltlicht gewesen wären?“

So freigebig Hr. H. mit Verträgen und Herkommen ist, ohne bei dem Beweis ihres Daseyns ängstlich sich aufzuhalten; eben so wenig ist es ihm auch bedenklich, das *factum* einer bereits voraufgegangenen Säkularisirung, ohne Beweis, zu vermuthen. Wieder eine *petitio principii*, worin Hr. H. dadurch verfällt, weil ihm seine Einbildungskraft, an die Stelle der beurkundeten blofsen Ueberweisung, zu einem beschränkten gemessenen Zweck, eine gänzliche Abtretung *pleno jure et dispositione*, eine Verwandlung in landschaftliches Gut, in ein nuzbares PrivatEigenthum der Ritter- und Landschaft untergeschoben hatte. Wäre auch wirklich seine Vermuthung einer bereits geschehenen Säkularisirung scheinbarer und aus weniger falschen Prämissen erzwungen; so

würde ihr doch das: *praesumptio cedit veritati* entgegenstehen, was weiterhin zum 54. §. beurkundet werden wird.

Nach demselbigen System, womit Hr. H. vorhergegangenen Tractaten (§. 5.) einen überwiegenden Einfluss in die Auslegung eines veränderten DefinitivAbschlusses beizulegen gewohnt ist, scheint er überhaupt geneigt, vorübergehenden früheren Ansichten mehr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, als geprüfteren späteren Beurtheilungen. Eben darum beliebt es ihm auch, die Angabe von den Mecklenburgischen Klöstern in den Schwerinschen StaatsKalendern 1795 — 1799: „gehören der Ritter- und Landschaft“ richtiger zu finden, als die eignen Worte der von ihm selbst (S. 122) excerptirten Reversalen in den neueren von 1800 — 1803 und 1805, nicht etwa seit dem Jahre 1804, wie (S. 133) aus seiner eignen unrichtig extrahirten Beilage 3, als eine willkührliche Variante, angegeben wird.

„Es paßt also auf diese Klöster ganz das, was in dem vorhergehenden von dem PrivatEigenthum der Corporationen angeführt ist; folglich findet hier der §. 63. des L. R. DHS. in gedoppelter Hinsicht seine volle Anwendung.“

Wie wenig die Verfügung des DHS. von frommen und milden Stiftungen auf fundirte mittelbare protestantische Jungfrauen Klöster anwendlich ist, und wie wenig an sich der Begriff des PrivatEigenthums mit öffentlichen Anstalten zu verwechseln sei, braucht hier aus den Bemerkungen zum 28. §. nicht wiederholt zu werden. Sonst würden mit gleichem Rechte auch die Dom- und CollegiatStifter beider ReligionsPartheien, die selbst nach Herrn H. eigener Theorie (S. 51) der landesfürstlichen freien und vollen Disposition des DHS. §. 35. nicht entgehen

87
sollten, auf ihre Conservation Anspruch machen können, weil bei ihnen, neben dem gottesdienstlichen Gesichtspunct, allerdings auch die Absicht einer anständigen Versorgung, besonders für jüngere Söhne vom alten Adel, zu allen Zeiten mit zum Grunde lag.

Nach Hrn. H. Definition (S. 133) sind die Mecklenburgischen Klöster nichts anders, als:

„abgetretene fromme und milde Stiftungen, zur Versorgung in, und zur Unterstützung ausser den sogenannten Klöstern, für adliche unverheirathete Frauenzimmer.“

Ohngefähr eben so definirte der ReichsRitterCanton Kocher (§. 35. des Versuchs) das Kloster Oberstenfeld; allein ohne damit der Anwendung des DHS. §. 6. ausweichen zu können. Nach eben dieser Häberlinschen Theorie, gäbe es also in Mecklenburg gar keine wahre Jungfrauen Klöster mehr: sondern das, was der Landschaft unter diesem Namen von der LandesHerrschaft durch den AssecurationsRevers,

„zur Auferziehung einländischer Jungfrauen, so sich darin zu begeben Lust hätten,“

anvertrauet war, und weshalb nach der Anweisungsvollmacht (Häberlin, S. 155) die fürstlichen Räte

„darüber auch, daß die Klöster zu *solchem* christlichen Werk und *nicht anders* gebraucht werden sollen, von der Landschaft einen gezweifachten versiegelten Revers fordern, zu sich nehmen und den Herzogen zubringen“

mußten, wäre von der Landschaft nicht zu diesem, zu einem wesentlich verschiedenen Zweck verwandt, in bloße

adliche PensionsAnstalten odes FamilienStipendien umgeschaffen; wäre verwechselt mit einer

„ausschlieslichen Befugniß zur Disposition in diesen Klöstern;“

mit einem „PrivatUnrecht auf die Benutzung derselben ohne alle Concurrrenz der Landesherrschaft.“ (S. 134.)

Anstatt der, den KlosterJungfrauen vom Anbeginn jener Ueberweisung, (S. 122, 154.) bis auf diesen Augenblick (Beilage XIX des Versuchs, S. 127) vorgeschriebenen „fürstlichen KlosterOrdnung,“ geschehen izt (S. 134 — 156)

„Anordnungen über die inneren Einrichtungen in den Klöstern und unter den darin bereits versorgten Jungfrauen — — unter Auctorität der Ritter- und Landschaft, nach den gegebenen Instructionen, oder nach den Verfügungen, welche besonders getroffen werden, beides ohne Concurrrenz der Landesherrschaft;“

„Von dem ritterschaftlichen Corpore allein hängt — die Mittheilung der ausschlieslichen FamilienBerechtigung, zur Aufnahme in die Klöster ab;“

„Die Benutzung dieser Versorgung unverheiratheter Töchter ist ein vollkommenes Unrecht vieler, aber bestimmter adlichen Familien;“

„Eine jede dieser adlichen Familien hat ein eignes persönliches Recht daran — — gesetzt auch, daß ihre Güter in der Folge verkauft wären und die Familien sich in andern Ländern niedergelassen hätten.“

Von allen diesen Attributen und Bestimmungen steht nun freilich in dem AssecurationsRevers (S. 122) und in der AnweisungsActe (Beilage II) kein Wort. Beide ver-

statten nur einländischen Jungfrauen, nicht blos den Töchtern der damaligen adlichen Eingesessenen, am wenigsten auch ihren, in andern Ländern sich niederlassenden Nachkommen, die folglich aufgehöret haben, Mitglieder der Mecklenburgischen Landschaft zu seyn, die Begebung in die drei Klöster, nicht eine Unterstützung *ausser* denselben.

Wann und wodurch hingegen jene wesentlichen Metamorphosen mit den Klöstern vorgegangen sind? Wer den bestimmten Familien dieses ausschliesliche persönliche Anrecht, wer der Ritter- und Landschaft jene Auctorität verliehen habe? darüber ist Herr H. uns die nähere Nachweisung schuldig geblieben. „Aber wie, könnte man mit gleichem Recht, als oben Herr H. ihn fragen: wie hätten doch, wie (angeblich) geschehen, diese Klöster ein PrivatEigenthum bestimmter adlicher Familien werden können, wenn selbige nicht schon vorher von dem ganzen Corps der Ritter- und Landschaft wieder abgetreten wären, und somit diese ihrer reversalmässigen Rechte (§. 49, 50) daran sich begeben hätte?“

Zwar überlässt die spätere, noch itzt verbindliche KlosterOrdnung vom 10. Decbr. 1610 im XX. Artikel die Aufnahme neuer Conventualinnen in die Stelle der verstorbenen oder wegziehenden, den Provisoren *allein*, ohne sie an eine landschaftliche Instruction zu binden; jedoch mit der ausdrücklichen Vorschrift:

„und soll daraus keine Erbgerechtigkeit; wie es die Jungfrauen in etlichen Klöstern für haben, gemacht werden.“ b)

b). N. Sammlung Mecklenburgischer LandesGesetze, I. Theil, III. St. S. 195.

Selbst noch durch ein neueres Rescript vom 18. Nov. 1793 hat der itztregierende Herzog zu MecklenburgSchwerin öffentlich erklärt:

„dafs es dem Landesfürsten, welcher die Klöster für alle einländische Jungfrauen — bestimmt und hingegen hat, nicht gleichgültig und duldbar bleiben könne, wenn ein Theil der Landstände, und das nicht einmal, sondern wenn gewisse adliche Familien sich dieselben *allein* zueignen, ja sogar das Recht anmaassen wollen, die Fähigkeit dazu, die doch die Landschaft selbst nur aus den Händen des Fürsten hat, ohne dessen Vorwissen andern für sich und ihre Erben weiter zu verkaufen.“ c)

Insoferne der LandtagsSchlus vom Jahr 1798 (*Häberlin*, S. 139) die bis dahin noch engeren Schranken eines Mecklenburgischen Indigenats beträchtlich erweitert; nähert er sich zwar der vorliegenden landesherrlichen Intention. Es stehet auch an sich nicht zu leugnen: dafs der Begriff des reversalmässigen Prädicats einländisch eine gewisse Grenze haben, dafs mithin, bei der gesetzmässigen allgemeinen Verkäuflichkeit unsrer LandGüter und bei dem eben so häufigen Wechsel zwischen einwandernden und auswandernden LandesEingesessenen, ein fester Normal-Punct, unter landesfürstlicher Sanction, angenommen werden muß, wo die Väter einländisch, im rechtlichen Sinn des Worts, zu werden anfangen, und wo sie es zu seyn aufhörten? wenn den Töchtern diese Eigenschaft, zur Eintrittsfähigkeit in die Klöster wirklich zu gute kommen,

e) Monatsschrift von und für Mecklenburg 1793, S. 310.

oder gar der Begriff von Jungfrauen nur auf adliche Geburt zurückgeführt werden soll.

Insoferne hingegen diese Grenzbestimmung (S. 138) der Eintrittsfähigkeit in die, nicht von den Landständen, sondern von der Landesherrschaft, in einem öffentlichen LandesGrundGesetze, allen einländischen Jungfrauen eröffneten KlosterPlätze einseitig vorgenommen ist und der landesfürstlichen WillensMeinung widerspricht; liegt deren Beurtheilung ausser den Grenzen eines PrivatSchriftstellers. Je mehr aber eben dadurch die Anwendbarkeit des AssecurationsReverses auf die Klöster von der einen Seite ausser Wirkung gesetzt würde; desto weniger dürfte dadurch der andre paciscirende Theil sich weiter abhalten lassen, das neuere ReichsGesetz auf eben diese, nicht mehr reversalmässigen Klöster zur Vollstreckung zu bringen und

„alle ihre Güter, Gerechtsame, Capitalien und Einkünfte, sowohl zum Behuf des Aufwands für den Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten, als zur Erleichterung der landesherrlichen Finanzen zu verwenden.“

Allenfalls würde der angezogene LandtagsSchlus dagegen nicht mehr schützen, als alle die übrigen *dispositions abrogées, dont le souvenir subsiste encore, qui ne sauroient plus être invoquées à l'avenir.* —

Zum 53. §.

Die KlosterListe des Herrn H. ist, nach Anleitung des MecklenburgSchwerinschen StaatsKalenders 1805, (I. Th. S. 153-157) dahin zu berichtigen:

zur vollen Geld- und NaturalHebung	- - -	59
— — GeldHebung	- - -	15
— halben Hebung	- - -	84
— viertel Hebung	- - -	61
Rechnet man hiezu die	- - -	9

Percipientinnen des Rostockschen KreuzKlosters;
zusammen in allen 4 Klöstern - - - 228

so hat man auf jede QuadratMeile der Herzogthümer Mecklenburg, mit Ausschluss der, an unsern Klöstern keinen Antheil nehmenden beiden Fürstenthümer Schwerin und Ratzeburg und der Herrschaft Wismar, etwa Eine. Dagegen haben z. B. die sämtlichen KuhrBraunschweigischen Staaten auf 519 □ Meilen (ohne Osnabrück und Bentheim) in 15 JungfrauenKlöstern überhaupt nur 206 Conventualinnen (auf $2\frac{1}{2}$ □ M. eine) aufzuweisen. d)

Dem Zweifel, dass die Zahl von 209 blos für die Töchter des eingebohrnen Adels allenfalls viel zu groß seyn würde, (S. 70. des Versuchs) glaubt Herr H. dadurch auszuweichen, dass er auch den Adel aller übrigen Länder (S. 142, 143) mit ins Spiel zu ziehen sucht. Nach ihm sollen nämlich auch „die in andern Ländern igt befindlichen adelichen Familien noch immer zu dem Mecklenburgischen Adel gezählt werden und die Hoffnung behalten, ihre Töchter fernerhin in den Mecklenburgischen Klöstern versorgt zu sehen,“ — insoferne nur deren Vorfahren jemals in Mecklenburg ansässig, oder unter dem dortigen Adel recipirt waren. Eine Gefälligkeit gegen Fremde, wofür wohl schwerlich ein Land in der Welt das Reciprocum gegen Mecklenburg beobachten dürfte!

d) (Neuester) Hannöverscher StaatsKalender 1803, S. 176-182.

So strenge bisher Hr. H. für die restrictive Auslegung sich erklärte; so liberal bekennt er sich itzt wieder zu dem extensiven System, je nachdem es seiner Hypothese frommet: und gewohnt, mehr an Tractaten, als an den DefinitivVertrag sich zu halten, wird er keine Schwierigkeit finden, die vorliegende Ausdehnung aus dem früheren Wunsche der Landschaft (§. 50.) zu rechtfertigen. Wie er inzwischen eben diese ausländischen adlichen Familien mit der gesetzlichen Beschränkung auf

„einländische Jungfrauen“ der Reversalen, nicht blos des StaatsKalenders, wie von ihm (S. 143 *) zu verstehen gegeben wird, vereinbaren wolle? mag ihm überlassen bleiben. In jedem Fall wird aber der ausländische Adel mit seinen etwanigen InterventionsAnsprüchen an die Mecklenburgischen Klöster wohl nicht glücklicher seyn, als es der Schwäbische ReichsRitterCanton Kocher in seinen Reclamationen, wegen des DamenStifts Oberstenfeld, (§. 35. des Versuchs) war.

Alles dieses, so wie die ganze Häberlinsche Ausführung (§. 47-52.) soll sich jedoch, welches wohl zu merken ist, nach Hrn. H. eigener Intention, nur auf die drei Klöster Dobbertin, Malchow und Ribnitz, nicht auf das vierte zum h. Kreuz in Rostock erstrecken, folglich der Anwendung des DHS. auf das letztere nicht im Wege stehen.

Zum 54. §.

„Die ältere Mecklenburgische KlosterOrdnung existirt bloß im Manuscript im Herzoglichen Archiv, und ist also nie als LandesGesetz publiciret worden.“

Wenn das letztere so viel heissen soll, als ein zu jedermanns Wissenschaft und, zu allgemeiner Nachachtung

Sammtlicher LandesEinwohner, öffentlich ausgetheiltes und bekannt gemachtes Edict; so hat Herr H. Recht. Dessen bedurfte es aber auch nicht, da Niemand, als die KlosterJungfrauen und KlosterBeamten, das Gesetz beobachten, also auch nur kennen durften. Ob sie diese Kenntniss durch den Abdruck, oder aus einer Handschrift erlangten? war völlig gleichgültig.

Dafs inzwischen das Concept der ersten KlosterOrdnung der Landschaft vorher förmlich zur Berathschlagung und Erklärung von den Herzogen zugestellet worden, davon hätte Hr. H. aus den öfters von ihm angezogenen Landtagshandlungen vom 4. Jun. 1572, Cap. III. leicht sich belehren können.

„Wann auch, heist es darin, die Herzoge zuvor Vertröstung gethan, eine gewisse KlosterOrdnung, wie die KlosterJungfrauen christlich erzogen und erhalten werden sollen, verfassen zu lassen; so hätten Sie durch Ihre vornehmsten *Theologos* in der Universität zu Rostock selbige verfertigen lassen; daher sie begehrten, selbige fürderlich zu lesen und Ihnen ihre Bedenken alsbald oder aufs förderlichste einzubringen.“

Es erfolgte darauf die Antwort:

„ad III.) die Landschaft wäre unterthänig dankbar, dafs JJ. FF. GG. eine gewisse KlosterOrdnung verfassen und ihr solche zustellen lassen: weil aber dem fürstlichen Begehren nach, auf diesmal in solcher Eile von ihr nicht vollkommen berathschlagt werden können, — — so schlosse sie zwar selbige hiebei wieder

an, bäte aber, fordersonst eine Abschrift derselben fertigen — — zu lassen.“ e)

Gäbe es auch nicht schon die Ueberschrift der revidirten KlosterOrdnung von 1610 (Versuch, XVIII. Beil.) zu erkennen: dafs eine ältere vorausgegangen seyn müsse; so setzt doch selbst die, von Hrn. H. *in extenso* (Beil. II.) beigebrachte Anweisungsvollmacht vom 7. Oct. 1572 (S. 154) ausdrücklich voraus: dafs, zu Dobbartin und Malchow

„die Jungfrauen nach Unsrer gefafsten Reformation, die Unsre Rätthe den Jungfrauen übergeben, zu stellen und einbinden, (d. i. einschärfen) sollen leben und wandeln;“

„ — dafs die Jungfrauen (zu Ribnitz) Unsrer neuen KlosterOrdnung, gleich andern sich gemäs verhalten sollen.“

Ohne Zweifel ist sie auch noch itzt bei gedachten Klöstern im Original aufbewahrt.

Die Frage: ob die Mecklenburgischen KlosterJungfrauen durch diese KlosterOrdnung von 1572 ihren geistlichen Character behalten haben, oder weltlich geworden sind? (S. 145) steht natürlicher Weise nicht aus der Mecklenburgischen KirchenOrdnung von 1552 (es giebt keine von 1554,) sondern allein nur aus der gedachten KlosterOrdnung selbst zu beantworten.

Nirgends findet man in derselben, wie Hr. H. (S. 146) meint:

„dafs damals eine gänzliche Veränderung mit den Klöstern vorgenommen worden, dafs sie nur dem Na-

e) Spaldings Mecklenburgische öffentliche LandesVerhandlungen, I. Th. S. 85, 103.

men nach Klöster geblieben, im Grunde aber in Erziehungs- und Versorgungsanstalten — — — — — umgeschaffen wurden; daß sie nichts anders sind, als ritter- und landschaftliche Cassen, nur zu bestimmten Ausgaben der Ritter- und Landschaft angewiesen.“

Zwar erwähnt die ältere KlosterOrdnung des öftern **Ansuchens** der Landschaft:

„daß die Jungfrauen Klöster zu Hospitalien armer gebrechlicher Jungfrauen vom Adel, auch zu christlicher Auferziehung und Unterweisung junger Jungfrauen gemeiner Landschaft zu Gut, bei allen ihren Gerechtigkeiten und Einkommen erhalten würden.“

Wenn aber die Herzoge darin die Erhaltung dieser Klöster bei ihren Gütern bewilligten; so setzten sie dabei ausdrücklich als Bedingung voraus:

„daß solche Jungfrauen Klöster — — — nach der ersten Form und Stiftung der christlichen Jungfrauen Klöster geordnet, angerichtet und erhalten werden.“

Diese ursprüngliche Stiftung der Jungfrauen Klöster wird weiter unten darin gesetzt:

„daß es Zuchthäuser (i. e. ErziehungsH.) oder gottselige Schulen waren, darin christlicher Leute Töchter und Jungfrauen — — — auferzogen und unterweiset, und arme gebrechliche Jungfrauen vom Adel und andere — — — in Klöstern, als in Hospitalien ihre Unterhaltung hätten.“

Indem also die Mecklenburgischen Jungfrauen Klöster hier auf die ursprüngliche zwiefache Absicht der katholischen Stiftung aller weiblichen Klöster, nämlich: Erzieh-
 hung

hung junger und Versorgung armer unverheiratheten Frauenzimmer, zurückgeführt wurden; sollten sie von diesen durch nichts sich unterscheiden, sollten weder mehr noch weniger, als alle andre Jungfrauen Klöster der römischen oder evangelischen Christenheit, eine ausgezeichnete Classe von wohlthätigen milden Stiftungen, von Erziehungs- und VersorgungsAnstalten bilden. Durch die Verknüpfung beider Gesichtspuncte, wovon jedoch der letztere bei der Ausführung (im AR. 4. Jul. 1572) aufgegeben und auf den ersteren allein beschränkt wurde, giengen sie eben so wenig in die Kategorie bloßer weltlicher PensionsAnstalten über, als alle Dom- und CollegiatStifter, wie vorhin (znm 52. §.) schon bemerkt ist.

Es giebt folglich entweder überhaupt keine fundirte Jungfrauen Klöster katholischer sowohl, als protestantischer Religion, oder die Mecklenburgischen sind von gleicher Beschaffenheit, wie alle übrige: und was über diese (DHS. §. 35, 36.) gesetzlich verordnet ist, trifft auch die Mecklenburgischen.

Wenn ferner in der ersten KlosterOrdnung die Herzoge versprechen: daß Sie die Jungfrauen,

„so dieser Zeit in J. F. G. Jungfrauen Klöstern sind, und forthin mit J. F. G. Vorwissen und Bewilligung darin mögten genommen werden, gnädiglich und mildiglich unterhalten und mit aller Nothdurft versorgen wollen;“

so wird dabei ebenfalls ausdrücklich vorausbedungen:

„daß sie sich vorgemeldeter J. F. G. christlichen Ordnung und Befehl — — gemäs und gehorsam verhalten.“ —

Gleichwie bei ihrer Aufnahme vorausgesetzt wird:
dafs

„alle Jungfrauen — in den Klöstern — hernachmals
mit Unseren (der Herzoge) Vorwissen darein ge-
nommen werden;“

Also wird auch am Schlusse hinzugefügt:

„dafs einer jeden Jungfrauen — — freistehen soll — —
sich mit ihrer Landesfürsten Vorwissen und
ihrer Freundschaft Bewilligung, in die Ehe zu bege-
ben.“

Dieses war der Gesichtspunct, in welchem die Klö-
ster der Landschaft von den Herzogen überliefert wurden;
und dieses waren die reversalmässigen Bedingungen, un-
ter welchen die einländischen Jungfrauen sich darin
begeben durften. Ward jener Gesichtspunct demnächst
verrückt, wurden diese Bedingungen in der Folge nicht
erfüllt; so hat auch der vierte ReversalArtikel keine recht-
liche Wirkung mehr, insoferne nicht in der spätern Klo-
sterOrdnung die Gesetzgeber selbst andre Gesichtspuncte
annahmen, andre Bedingungen vorschrieben.

Um über die eigentliche Tendenz der ältern Kloster-
Ordnung desto weniger Zweifel übrig zu lassen; sei es
erlaubt, dieses erste GrundGesetz der Mecklenburgschen
Klöster aus den LandtagsActen des Jahrs 1572 hier voll-
ständig mitzutheilen. Man lernt daraus nicht allein den Geist
der Zeiten genauer kennen; sondern wer auch mit Hrn. H.
(§. 5.) gewohnt ist, den früheren Ansichten und Verhandlun-
gen einen entscheidenden Vorzug vor den neueren, einen über-
wiegenden Einfluss in die Erklärung der letzteren beizule-
gen, wird mit ihm (S. 13) aus derselben „den wahren

Sinn der noch itzt geltenden revidirten KlosterOrdnung am besten einsehen,“ wird dadurch nicht „leicht zu einer unrichtigen und der dabei gehabten Absicht ganz zuwiderlaufenden Erklärung einzelner Stellen der letztern geföhret“ werden, wird, mit einem Wort dem Verfasser des Versuchs für die archivalische Bekanntmachung dieser ehrwürdigen Antiquität allerdings Dank wissen.

Recapitulation.

Hat nun Hr. G. J. R. Häberlin, mit allem Aufwande von Scharfsinn und Gelehrsamkeit, es wahr zu machen nicht vermocht: daß der 35. §. des DHS. vom 25. Febr. 1803 nur von den Landen derjenigen Reichsstände, denen ein Territorial-Ersatz für TerritorialVerlust zu Theil ward, nur von zu entschädigenden Landesherren, (§. 15 - 20.) nicht von mittelbaren protestantischen Jungfrauen Klöstern oder sogenannten DamenStiftern (§. 34 - 38.) zu verstehen sei; nicht erwiesen, daß die Mecklenburgischen Jungfrauen Klöster in dem PrivatEigenthum einer weltlichen Corporation bestimmter adlichen Familien sich befinden (§. 45 - 50.) mithin als solches, und als fromme oder milde Stiftungen, (§. 28.) zur Versorgung der unverheirathet bleibenden Töchter der Mitglieder dieser Familien, (§. 52 - 54.) zu conserviren sind; so kann seine beschränkende Auslegung des vorliegenden ReichsGesetzes eben so wenig richtig seyn, als dessen Anwendung auf Mecklenburg.

Ist es hingegen Hrn. H. bei aller Anstrengung nicht gelungen, die authentische Erklärung der Urheber des 35. §. des DHS. für den buchstäblichen Sinn der französischen Urschrift, (§. 17. des Versuchs) nach dessen unbedingter Aufnahme in den Text des Gesetzes (§. 13, 14. des Versuchs) und dessen Sanctionirung, (§. 15, 16.) oder die Reichsoberhauptliche ausdrückliche Hinweisung der ReichsGerichte auf den Inhalt des Gesetzes, (§. 23. des V.) aus der Welt zu schaffen; ist es ihm eben so wenig möglich gewesen, die unbeschränkte Vollstreckung der reichsschlusmässigen freien und vollen landesherrlichen Disposition über katholische sowohl, als protestantische Stifter und Klöster beiderlei Ge-

schlechts in den KuhrPfalzBäierschen und KuhrBrandenburgischen alten ReichsLanden (§. 24, 25. des V.) zu verkennen, als die staatsrechtliche Theorie von der Zernichtung älterer LandesCompactaten und Privilegien durch widrige neue ReichsGesetze und deren rechtskräftige Praxis in Mecklenburg (§. 27; 28. des V.) zu widerlegen; ist ferner nichts von ihm dagegen eingewendet worden: dafs das landesherrliche Reformations- und SäcularisationsRecht über solche geistliche Stiftungen, worauf kein Dritter Ansprüche hatte, einer neuen ReichsGesetzgebung, besonders für protestantische ReichsStände, und namentlich für Mecklenburg, nicht bedurfte (§. 30-33. des V.); ist er es zu bestreiten ausser Stande gewesen: dafs fremde Ansprüche und eigne Verzichtleistungen auf protestantische Jungfrauen Klöster oder sogenannte Damen-Stifter von der R.D. aufgehoben sind, (Versuch §. 34, 35.) wie auch, dafs zwischen den namentlich zur Entschädigung angewiesenen und den der Disposition des Landesherrn überlassenen Stiftern und Klöstern beider ReligionsPartheien in den alten und neuen Besitzungen kein Unterschied im Gesetze gemacht wurde (§. 36-38 des V.); ist es endlich von ihm selber zugegeben: dafs die itzigen Mecklenburgischen Jungfrauen Klöster von ihrer reversalmässigen Bestimmung einseitig abgewichen sind, und ihre ursprüngliche Form wesentlich verändert haben (§. 39, 40. des V.); so hat der Verfasser des Versuchs nicht Ursache, seine Auslegung des Gesetzes und dessen Anwendung auf die Mecklenburgischen Jungfrauen Klöster (§. 18, 41.) irgend zurückzunehmen.

Er hat vielmehr seine Ueberzeugung (§. 42.) durch mehrere Proben und neue Ansichten (z. B. II. Th. S. 7, 32, 37, 44, 53) bestätigt gefunden: dafs eben die ausdrückliche Erweiterung des

35. §. im zweiten DHS. auf die Stifter und Klöster in den alten Besitzungen (VII. Beilage) die Stelle des daselbst ausgelassenen „*complément et supplément d'indemnité des états et membres héréditaires de l'Empire, qui par les arrangements précédans (§. 9.) doivent être indemnisés en rentes perpétuelles*“ des ersten (VI. Beilage) hat ersetzen, mithin eben dadurch den Zweifel des Verfassers der Bemerkungen (§. 9. S. 16. des Versuchs) desto vollständiger hat beantworten sollen.

XX. Beilage.

Der

Durchleuchtigen Hochgebornen Fürsten vnd Herren,

Herren

Hans Albrechten, vnd Herren Vlrichen,

gebrüder Hertzogen zu Mechelburg,

Fürsten zu Wenden, Grauen zu Schwerin, der

Lande Rostock vnd Stargard Herren,

Reformation vnd Ordnung

der

Jungfrawen Clöster:

Wie es darin mit Christlicher lehr, gebrauch des
Hochwirdigen Sacraments, Teglichen gesengen
vnd andern Christlichen vbungen, soll
gehalten werden.

(Aus den LandtagsActen des Jahrs 1572.)

X. X. Beilage

Die kaiserlichen Hof- und Raths-Ämtern

in Wien

Hans Albrecht, und Herr von Völs

Geburtsort Herzogen zu Mecklenburg

Fürst zu Wenden, Gauen zu Schwerin, der

Land Rostock und Stargard-Herrn

Reformation und Ordnung

Jungfrauen Klöster:

Wie es darth mit Christlicher Lehr, Gebrauch des
Hochwürdigen Sacraments, Tuglichen Leben
und andern Christlichen vbrungen, soll
gehalten werden.

(Aus den Land-Regeln des Jahres 1552)

V o r r e d e.

Nach dem alle Christliche furstenthum, vnd versamlungen der menschen in Stedten, kirchen, schulen, Clostern vnd enzelichen heusern, darum furnemlich von Godt geordnet, vnd erhalten werden, das es wonungen vnd Tempel Gottes sein, darinn ware erkanntnusse vnd anruffung Gottes vnd vnsers Heilandes Jesu Christi, vnd alle gottselige tugenden leuchten, vnd die liebe Jugend in Gottes furchten vnd nutzlicher lehr, Gott zu ehren vnd zu ihrer selbst vnd anderer leut wolfart hernachmals seliglich zu dienen, vfferzogen, vnd in offentlichen versamlungen in kirchen vnd schulen, Gott samptlich angeruffen, gelobet vnd gepreiset werde; So ist dieses aller Christlichen regenten, erste vnd furnemste sorge, das sie Gott diesen gehorsam fur allen dingen leisten vnd allen möglichen fleiss thun, das sie die einige warhafftige vnd allein seligmachende lehr von Gott vnd vnserm Heylande Jesu Christo, vnd die warhafftigen Gottesdienst, welche Gott selbst den menschen geoffenbaret vnd in seinem wort furgeschrieben vnd befohlen hat, in iren kirchen, schulen, vnd Clostern, rein vnd trewlich lassen fortpflantzen vnd ausbreiten, vnd die kunsten vnd sprachen, so die heilige bibel zu lesen, vnd andere zu lehren nötig sind, durch tuchtige ingenia lehren vnd erhalten lassen, vnd alle

öffentliche abgötterey, falsche lehre vnd Gottes lesterung abschaffen, damit Gott recht angeruffen, geehret vnd gepreiset, vnd viel menschen ewig selig werden. Hierzu sollen alle Christliche regenten bewegen, diese allerhöchste, ernstlichste, vnwandelbare gebott Gottlicher Maieestet, *Deut. 17*: Der könig sol das buch des gesetzes Gottes vom Priester nehmen, vnd darin lesen sein leben lang, auff dafs er lerne furchten den Herren seinen Gott, dafs er halte alle wortt dieses gesetzes, vnd in seiner ganzen regierung darnach thue. *Psal. 2*. So lasset euch nu lehren Ir könige, dienet dem Herrn mit furchten, küsset den Sone Gottes, vff dafs er nicht zurne, vnd Ir vmkomet. *Esaiæ 49*. Die König sollen deine pfleger vnd Nerrer, vnd Ire Fursten deine Seugammen sein.

Wie nu die fromen vnd löblichen könig vnd fursten im Volck Juda, Daud, Salomon etc. solche Nerrer vnd pfleger der kirchen vnd Christlichen zucht vnd studien gottlicher lehr, welche sonderlich in der stiftkirchen zu Jerusalem vnd darauß gepflanzetenn Synagogen oder schulen im gantzen land getrieben vnd außgebreitet worden, gewesen sind; Also haben nach der Apostel zeit, Christliche vnd gottselige konig vnd Fursten nach dem Furbild des ersten vnd eltesten ertzstiftes im volck Israel, zu erhaltung vnd außbreitung des heiligen gottlichen worts, gottseliger studien, vnd Christlicher Zucht, vnd zu erbawung vnd besserung der vmligenden kirchen, dafs sie ein furbild der reinen lehr, vnd warer Gottesdiensten, vnd nutzlicher Ceremonien, vnd Christlicher zucht, darauß nehmen möchten, die Stift vnd Closter anfenglich bey den kirchen geordnet vnd mildiglich begabet.

I. Ursprung und erste Form der Klöster.

Vnd sind sonderlich die alten Mannschlöster erstlich nicht anders als schulen gewesen, darin vnter der zucht vnd lehre eines gelarten mans, den man ein Abt, dafs ist, Vater, genennet hat, iunge knaben vnd andere, in Christlicher lehr vnd andern guten kunsten vnterweiset vnd vfferzogen, vnd zu teglichem gebett vnd andern Christlichen vbungen, mit lesen, psalliren etc. vnd einem Christlichen, eingezognen, zuchtigen leben vnd wandel, gehalten sind, mit welchen hernach die empter in der kirchen Gottes vnd weltlichen regierung, nach dem ein ieder von Gott begabet vnd beruffen, bestellet worden sind: wie solcher Closter schulen, die alten Canones, vnd Concilia, auch bey den widersachern gedencken, als: *Synodus Toletana Necessarium statuit, vt constituentur Claustra in quibus Clerici disciplinis Ecclesiasticis vacent, et omnibus vnum sit refectorium et dormitorium.*

Item: Constituimus, vt si impuberes aut adolescentes in Clero existunt, omnes in Vno Claustro commaneant, vt lubricae aetatis annos, non in luxuria, sed in disciplinis Ecclesiasticis agant, deputati probatissimo seniori, quem et Magistrum Doctrinae et Testem Vitae habeant.

Also hat S. Augustinus, bey seiner kirchen, ein *Monasterium Clericorum* angerichtet, darin er die Clericos, Iso zum predigtampt solten gebraucht werden, in Christlicher lehr also vnterwysen vnd geühet hat, dafs viel berumbte pastores vnd Bischoff, aufs *S. Augustini monasterio* anderen kirchen sind furgesetzt worden, wie *Posidonius*, dieselben mit namen erzelet. Detsgleichen sind in Deutschland viel hundert yar, die pfarreyn, vnd zu wei-

len auch die bisthume, ehe sie Iso reich vnd gewaltig worden, aufs den Clostern besetzt: Dieweil gelarte leut, ehe die Vniuersiteten innerhalb 200. Jahren, in Deudschland vffkamen, merersteils, anders wo nicht, denn in den Clostern, erzogen worden. Vnd ist den hochloblichen Christlichen Regenten, alles um das liebe predigamt zu thun gewest, dieweil Gott sein heilsame lehr, durch welche er den menschen alle seine güter vnd die ewige seligkeit mittheilet, in seiner heiligen propheten vnd Apostel schrifft gefasset, vnd dieselbige zu lesen, zu hören, zu lernen, vnd andern furzulesen vnd zu erklären befohlen hat, das in den selbigen versamlungen der Stiff vnd Closter, die Studia Christlicher lehr treulich vnd fleissig getrieben, vnd nicht allein die heilige schrifft teglich darin gelesen vnd aufgelegt, vnd tuchtige prediger vnd Seelsorger auffgezogen, sonder auch andere freie kunsten vnd sprachen, die zum gruntlichen verstand vnd auflegung der heiligen schrifft, hochnötig sind, darin gelert vnd erhalten wurden.

Als aber die alten Stiff vnd Closter von dieser arbeit der erhaltung vnd aufsbreitung Chrislicher Lehr vnd Studien willen, reichlich mit vielen vnd grossen gütern begabet vnd mechtich worden, vnd entlich gangen ist, wie *Bernhardus* klaget:

Religio peperit diuitias, et filia deuorauit matrem;
 das beide thumherrn, vnd Mönch in Clostern, die heilige schrifft zu profitiren vnd zu predigen vnd andere zu leren, untuchtig, vnd allein faule wenst vnd mussige Junkern worden: hat die hohe vnuermeidliche nott, Christliche fursten vnd Regenten gedrungen, das sie Vniuersiteten, oder

hohe Schulen, anrichten vnd stifften ~~mussen~~ darin die Studia Christlicher Lehr, der weltlichen Rechten, der Ertzney, der Arithmetica vnd Astronomia Iso dazu nötich sind, das man iarlich ein gewissen Calender habe, der Lateinschen, griechischen, vnd Ebraischen sprachen, dar in Gottes wordt von den Propheten vnd Aposteln erstlich geschrieben, vnd gefasset ist, in Ihren landeu erhalten vnd aufgebreytet, vnd tuchtige personen zum predigamt, vnd vielfeltigem dienst der weltlichen regierung, mochten darin zugerichtet, vnd gruntlichen vnterwiesen werden.

Derhalben auch die Durchleüchtigen hochgebornen Fursten vnd Herrn, Herr Johans Albrecht, vnd Herr Vlrich, Hertzogen zu Mechleburg, fursten zu Wenden, Grauen zu Swerin, der land Rostock vnd Stargard Herrn, in J. F. G. Landen, Gott zu ehren, zu erhaltung, pflantzung vnd aufsbreytung reiner Christlicher Lehr, warer Religion vnd gottesdiensten, auch anderer guten kunsten vnd sprachen Iso der Kirchen Gottes, vnd weltlichen regierung zum höchsten nötig sind, die Vniversitet in J. F. G. Stadt Rostock, kurtz vorschienen Jaren, widerum von newem angericht, vnd mit tuchtigen Legenten vnd Professoren, in allen faculteten, bestellet, vnd zu notdurfftiger vnd ehrlicher vnterhaltung derselben, ettlicher J. F. G. furnemsten mans- Closter Dobberan vnd Marnehe (die sonst der kirchen Gottes nichtes dieneten) geltpachten vnd sultzhebungen, auch ettlicher anderer Closter, widerkeuffliche summen, gnediglich vnd mildiglich verordnet vnd zu ewigen zeiten dabey zu lassen furstlich zugesagt vnd verpflichtet haben.

Von den JungfrauenClöstern.

Dieweil auch J. F. G. getrewe vnd gehorsame Landschaft, zum offtermalen vntertheniglich angesucht vnd gebeten, dafs die JungfrauenClöster, zu Hospitalen armer gebrechlichen Junckfrauen vom adel, auch zu Christlicher vfferziehung vnd vnterweisung Junger Jungfrauen, gemeiner Landschaft zu gutt, von J. f. g. gnedichlich bey allen Iren gerechtigkeiten vnd einkohmen gelassen, geschuetzt vnd erhalten würden: Als wollen J. F. G. dieweil sie in dieser Reformation furnemlich Gottes ehr, vnd erhaltung reiner lehr, nnd rechter gottesdienst, vnd der vnterthanen heil vnd wolfart, vnd nicht der Closter güter oder eigenen nutz suchen: solche von Irer furstlichen gnaden Landschaft begerte JungfrauenCloster, bey iren gutern vnd von alters her gewonlicher *administration* der selbigen, auch forthin gnedichlich erhalten, schutzen, vnd handhaben. Jedoch dafs solche JungfrauClöster, von allen Bepstlichen irthumen, mißbreuchen, abgottereien vnd Gottes lesterischen gesengen, vnd aberglaubischen Ceremonien, nach Gottes wort gereiniget vnd entfreiet, vnd mit wahrhaftiger Christlicher lehr, vnd rechten in Gottes wort gegründeten Gottesdiensten vnd nutzlichen gott gefelligen Christlichen Ceremonien vnd *exercitiis*, nach der ersten form vnd stiftung der Christlichen JungfrauClöster geordnet angerichtet vnd gehalten werden.

Erste Form der JungfrauenClöster.

Denn anfenglichs die JungfrauenClöster, nichts anders, als Christliche Schulen, vnd zuchtheuser der Jungfrauen gewesen, darin sie vnter der lehr vnd zucht einer

Gottesfurchtigen vnd verständigen Domina, zu warer erkentnuß vnd furcht Gottes, zu teglichem gebett, zu gehorsam, zucht, messigkeit, demut, vnd allerley arbeit, so in der haushaltung, mit kochen, nehen, spinnen, kynder zu Gottesfurcht vnd guten sitten zu gewöhnen, nötig, trewlich vnd vleissig vnterweiset vnd vfferzogen sind, damit sie nachmals gleicher gestalt auch kynder lehren, vnd vffziehen kondten, wie sie durch Gottes gnad geleret vnd in der zucht gehalten worden. Vnd dieweil kein Christliche vnterweisung vnd zucht besthen kan, wo nicht gehorsam ist, haben die Jungfrawen Iso erstlich in die Clöster genommen, der Domina oder *Abbatissen*, diese drey gelübd thun müssen: dafs sie Iso lang sie im Closter lebten, der Domina mit willigem demutigen hertzen vnd allem eusserlichen thun vnd lassen gehorsam sein, keusch vnd zuchtig, mit hertzen, Worten vnd werken vnd eusserlichen geberden sich erzeigen, vnd allen pracht vnd vberflufs an speise vnd kleidung willig faren lassen, vnd ob sie schon furstinnen, Edlen, oder sonst hohes standes weren, mit des Closters armuth, geringer speise, vnd kleidung, gleich den andern Jungfrawen, fur lieb vnd gutt nehmen wolten. Derhalben sie auch, vff dafs keine die anderen deshalb verachten mochte, alleine in eine farbe, vnd vff einerley forme vnd weise gekleidet sein. Es ist auch, wie mit den kleidern, also mit der speise, ein gleichmessige vnd bequeme haufsordnung gemacht, wafs man fur alle zugleich, vff iede tag in der wochen, fur vorkost, fleisch oder fisch speisen solte, aufs welcher haufsordnung hernach, durch vnuerständt vnd aberglauben, ein stück der kirchordnung vnd des Gottesdienstes gemacht ist, als

ob es ein sonderlich Gottesdienst were, vff bestimbte tag
 fisch vnd nicht fleisch essen, vnd ein grofse Sunde were
 die speifs vff solchen tag wechseln. Furnemlich aber
 sindt zur Pflanzung warer erkenntnuß, furcht vnd an-
 ruffung Gottes in den JungfrawenClöstern, welcher der grund
 vnd vrsprung aller Christlichen Zucht vnd vnterweisung
 ist, tägliche Lectiones der Heiligen schrift, vnd sonder-
 lich des Psalters geordnet, darin als in einem kurtzem
 auszug vnd kern der ganzen Bibel, alle nottwendige Lehr
 vnd Trost, gesetz vnd straffe der Sunden, verheifsunge
 von Christo vnd seinem Reich, vermanung zum glauben
 vnd guten werken, Gebet in allerley nöthen, Dancksagun-
 gen etc. begriffen sindt. Damit ein Jeder Christ, nachdem
 er ein beruff, not vnd anligen hat, gewisse vnd dienst-
 liche lehr, vnterweisung vnd Trost daraus nemen, vnd
 die furgeschriebene wort, so sich auff sein anliegen rei-
 men, in seinem gebett, klage vnd Dancksagung gebrau-
 chen möchte.

Streffliche Mißbreuch in JungfrawenClöstern.

Wiewol nu diese Erste Closter Ordnung, vnd Christ-
 liches furnemen der ersten Stifter, welche nicht anderst,
 als rechte erkenntnus vnd Dienst Gottes vnd Christliche
 Zucht, Lehr vnd vnterweisung der Jungfrawen zur Got-
 tesfurcht vnd gebürender arbeit vnd haufshaltung damit
 gesucht haben, Christlich vnd wol gemeinet, auch an
 ihm selbst recht vnd löblich ist; So müssen doch alle
 Gottselige vnd verstendige in diesem herrlichem Licht des
 Euangely bekennen, das solche Ordnung, nu etliche
 hundert Jar, mit mancherley falschen, abergleubischen
 mißbreu-

mißbreuchen Irthumen vnd Abgottereyen, ist befleckt vnd gantz verkeret worden.

(Hier folgen die gemisbilligten Unterscheidungslehren der Römischen Kirche: von guten Werken, HeiligenAnrufung, MefsOpfer, Ablass, NachtmahlsKelch, SeelenMessen, Fegfeuer, Cölibat, Fasten, OrdensKleidung, KlosterGelübden, lateinischer Liturgie u. s. w.)

II. Reformation der Jungfrawen Clöster.

Derhalben auch die Durchleuchtigen vnd Hochgebornen Fursten vnd Herren, Herr Johans Albrecht, vnd Herr Vlrich gebrüder, Herzogen zu Mechelburgkh etc. nachdem J. F. G. in ihrem von Gott beuolhenem furstlichem ampt, sich schuldig erkennen, in Ihr F. G. regierung, vor allen dingen, Gottes des Almechtigen Ehr, vnd sein göttliches allein seligmachendes wort, vnd die reine ware Christliche Religion, J. F. G. lieben getrewen vnterthanen zu heil vnd seligkeit, in J. F. G. Furstenthumen vnd Landen, kirchen, schulen und Clöstern zu befürdern vnd zu erhalten: haben J. F. G. vor der Zeit in J. F. G. Jungfraw Clöstern Dobbertin, Ribnitz, Malchow vnd andern, ein Christliche Reformation furgenommen, vnd dieselbige, durch etliche Gottfurchtige, gelarte, erfarme darzu verordnete menner, mit allem vleifs vnd trewen besichtigen vnd visitiren, vnd ein Christliche ordnung, wie es mit Christlicher lehr, Gottseligen gesungen vnd Gottesdienst darin solte gehalten werden, kurzlich fassen, vnd den Closter Jungfrawen zum theil zustellen lassen. Sind auch nochmals des Christlichen Furstlichen furhabens vnd endlicher meinung, das J. F. G. die Jungfrawen vnd andere Personen, so dieser zeit in J. F. G.

Jungfraw Clostern sind, vnd vorthin mit J. F. G. vorwissen vnd bewilligung darin möchten genommen werden, gnediglich vnd mildiglich vnterhalten, vnd mit aller nottdurfft versorgen wollen: Jedoch also vnd mit diesem bescheid, dafs sie sich vorgemelter J. F. G. Christlichen Ordnung vnd befell, welche Ihr F. G. neulich vbersehen, erwogen vnd mit vorgehabtem etlicher J. F. G. furnemen Landstend vnd Theologen Rhat, verbessert vnd vermehret haben, gemefs vnd gehorsam verhalten.

Erstlich, dieweil der grund aller Christlichen reformation, vnd der Born vnd quell vnser gantzen waren Religion, vnd die Einige vnbewegliche Regel, darnach all vnser gedencken vnd lehr, von Gottes wesen, willen vnd gutthaten, vnd von dem Gottesdienst, angestellet vnd gerichtet sein sollen, allein das heilige Göttliche Wort, oder die einige Ewige vnd allein seligmachende Lehr von Gott vnd vnserm Heyland Jesu Christo ist: welche er selbst seiner Kirchen offenbaret, vnd in der Heiligen Göttlichen schrift gefasset hatt: dadurch er vns sein Göttliche weisheit, ewiges leben vnd seligkeit mittheilet, vnd wir In widerumb recht erkennen vnd ewiglich Preysen;

Sollen alle Closter Jungfrawen, so itzund in den Clöstern sein, vnd hernachmals darin genommen werden, Gott zu Ehren vnd vmb ihrer eigenen ewigen seligkeit willen, diese einige Ewige warhafftige Lehr des Heiligen Euangely von warer erkenntnuß vnd anruffung Gottes vnd vnser Heilands Jesu Christi, wie die in Gottes wort von Gott selbst offenbaret, vnd in vnser Furstenthum vnd landen gemeiner kirchordnung, in ein kurtze vnd grundliche Summam gefast ist, vleissig lesen, lehren, von hertzen

annemen vnd dabey bestendigklich bleiben vnd verharren, vnd diese Lehr, als die beste Ordens Regel, weit über *S. Benedictus* vnd *Bernardus* Regeln halten, vnd all ir Gedanken von Gott, Christum, thun vnd lassen gegen Gott vnd menschen, darnach anrichten.

Wie J. F. G. ihnen auch zu diesem behuff, der gantzen Heiligen Göttlichen schrift vnd ihr F. G. kirchenordnung etliche Teudsche Exemplar zustellen lassen, damit sie dieselben Ordentlich vnd vleissig lesen, vnd daraus ein Clare vnd grundtliche Summam der gantzen Christlichen lehr nemen vnd sich einbilden von allen heubtartickeln, die ihnen zur Bekehrung, zum glauben, zu rechter anruffung, zu trost vnd vnterricht von ihrer selbst seligkeit nöttig ist: Als von warer Erkenntnus vnd anruffung des einigen waren Gottes; von erschaffung aller Creaturen, Englen vnd menschen zu Gottes Ebenbild: von Gottes ewigem gesetz: von der Sunde: vom Euangelio vnd vergebung der Sunden, welche vns allein vmb des einigen mittlers vnd Heilandes Jesu Christi willen, durch den glauben geschencket, und keines wegs mit vnsern werken verdienet oder erlanget wird; von Gutten werken vnd rechtenn Gottesdiensten, die nicht aufs menschlicher andacht erdichtet, sondern von Gott in seinem wort geboten sind: von warer buß vnd bekerung zu Gott: von Heiligen und Hochwürdigen Sacramenten, von der Christlichen kirchen oder versamlung der Heiligen so Gottes wort annemen vnd warhafftig an Christum glauben; vom heiligen kreutz vnd Christlichem trost: von aufferstehung der Todten vnd ewigem leben, etc. welche Heubtartikel sie bey sich selbst ordentlich vnd teglich betrachten vnd

gedencken, vnd zu erweckung des glaubens, warhafftiger furcht vnd liebe Gottes, vnd aller anderer Gott gefelligen Tugenden brauchen können. Denn nach dem die Christliche Religion nicht in eusserlichen Ceremonien vnd geberden, nicht in geweihten Cappen, Schepplen, weihlern oder dergleichen Fantasien, sonder in warer furcht Gottes, warhafftigem Glauben an Christum, hertzlichem gehorsam gegen Gott vnd die Obrigkeit, vnd liebe des Nechsten furnemlich bestehet: soll die gantze Lehr vnd tegliche Lektion der Heiligen schrift zu diesem Ende gerichtet werden, das ware Gottseligkeit, glaub, anruffung, furcht vnd liebe Gottes vnd des nechsten in vnsern hertzen angezündet vnd vermehret, teglich wachse vnd zuneme.

Es sollen auch die Closter Jungfrawen, alle abergleubische falsche vnd gottes wort widerwertige meinungen, das dieses Closter wesen, außserhalb dem Ehestandt leben, die sibben Zeiten in Lateinischer sprach singen, geweihte Cappen, Scheppler, weihler tragen, mit fisch vnd nicht fleisch essen, fasten etc. Sonderliche heilige Gottesdienst sein, die vergebung der Sunden vnd erlösung aus dem Fegfeuer ihnen selbst vnd andern verdienen, darum sie auch viel besser vnd heiliger fur Gott sein als andere Christliche Ehefrawen, so außserhalb des Closters, irer haufsarbeit, in warer furcht Gottes vnd glauben an Christum trewlich abwarten etc. gantz vnd gar aufs dem hertzen wegthuen, vnd alle der Obgemelten Christlichen Lehr, widerwertige Abgötterey, so vnter dem Babstumb in Clöstern geubet ist, vnd sonderlich die Obenerzelten Irthumen, der heiligen vnd Bilder anbetung, Seelmessen

vnd alle andere Opfermessen, *horas de Domina, Horas de compassione et dolore beatae Mariae, horas de sanctis*, vnd sonderlich die vngegrundten *Lectiones* von den Heiligen, *Item*: die gewonliche *Litaniae*, darin mehr den 80 vnterschiedliche heiligen mit Namen angeruffen werden, etc. gantz vnd gar abthun vnd nimmermehr gebrauchen. Sondern an der selbigen stadt, allein den Ewigen waren Gott vatter vnsers Heilands Jesu Christi, mit waren vertrauen auff den mittler Christum anruffen, vnd allein die Christliche Psalmen Daudis vnd andere gesenge vnd *Lectiones*, die aus der heiligen schrift genommen, oder ia mit der schrift vbereinstimmen, in ihren *Horis* oder Gottesdienst behalten, wie bald hernach derselbige soll geordnet werden.

Zum Andern, dieweil der furnemste vnd höchste Gottesdienst, darumb die menschen in Stedten vnd sonst zusammen versamlet, vnd die Kirchen furnemlich gebawet sind, dieser ist, dafs man Gottes wort Predigen höre, vnd daraus Gott recht erkennen, anruffen, furchten, lieben, vertrauen, vnd nach seinem wort dienen vnd gehorsamen lehren; soll hinfort allezeit in einem Jeklichem Jungfraw Closter, ein Gottfurchtiger gelarter Tüchtiger Prediger vnd Pastor vnterhalten werden, der in der lehr rein, im leben vnstrefflich vnd in seinem ampt vleissig sey, der auch sein Eheliche Hausfraw vnd ein Ehrlich gesindt habe, Diser Prediger solle die einige warhafftige reine Lehr des Euangely, wie die in der heiligen Göttlichen schrift von Gott geoffenbaret, vnd in vnser kirchenordnung kurtzlich zusammen gezogen vnd ordentlich eklert ist, Treulich vnd vleissig seinen Zuhörern furtragen, vnd das Hochwürdige Sacrament des Leibes vnd Bluts Jesu Christi also wie es

vnser herr Jesus Christus eingesetzt vnd beuollen hatt, vnter beider gestalt vorreichen, vnd soll alle wochen drey tag nemlich am Sontag zweymal, Mittwoch vnd Freytag gepredigt werden, welche Predigten, die Closter Personen vleissig mit anhören, vnd die Reine Lehre des Heiligen Euangely nicht lestern oder verfolgen, sondern mit andacht hören vnd lehren, auch am Sontage vor der Nachmittags Predigt das Examen *Catechismi* mit den Schuljungfrewlin mit anhören sollen.

Zum Dritten, die Ceremonien *Lectiones* geseng vnd andere kirchenübung belangend: sollen die Closter Jungfrauen, sonderlich wann man Predigt, vnd am Sontag oder Festage das Testament oder ampt helt, die Ordnung der Ceremonien vnd geseng halten, als sie in der Kirchenordnung nach einander gezelt sein, Also das sie, erstlich den *Introitum de Dominica* oder *festo* singen, darnach das *Kyrie eleison*, vnd wann der Pastor das *Gloria in excelsis* singet, mit dem *Et in terra pax*, oder Allein Gott in der Höhe sey ehre, antworten: vnd also fort alle das ienige singen, das in der kirchenordnung dem Chor zu singen beuohlen ist, auch in andern Teudschen gesungen mit der gantzen kirchen mit singen. Die *Horae de Domina* vnd *de Sanctis* sollen gantz vnterlassen vnd abgethan sein: Dann obwol vil guter Psalmen vnd sprüch aus der schrift darin stehen: so sein sie doch mit den abgöttischen gebeten, vnd heiligen anruffungen vnd andern Fabeln also vermischet vnd vergiffet, das sie ohne nachteil der Ehren Gottes nicht können geduldet werden, Desgleichen soll das *Salve Regina* vnd andere Abgöttische anruffungen *Mariae* gantz abgethan sein. Es sol auch kheine von den

Jungfrawen mit den *Horis Canonicis de Tempore* beladen sein. Dann die ware Christliche anruffung vnd gebett ist nicht an gewisse Zeit vnd sted gebunden, gefelt Gott auch nicht *Ex opere operato* vmb des wercks willen, sonderlich wann es ohn verstandt in latinischer vnbeakanter Sprach daher geplappert wird; Sonder ist: in warer erkenntnuß vnd glauben auff den Sone Gottes vnsern mittler Jesum Christum mit warem Hertzen vnd mundt, in allen nötten den Einigen waren Gott vatter vnser Heilands Jesu Christi mit seinem lieben Son vnd Heiligen Geist anruffen, vnd vmb alle Zeitliche vnd ewige notturfft des leibs vnd der Seelen bitten, vnd gewislich glauben, daß vnser gebet vmb des Mittlers Christi willen erhöret sei; vnd vnserm Herren Gott für alle wolthaten von Hertzen Dancken, vnd ihn nicht allein mit Worten, sondern auch mit warem hertzhlichen gehorsam in vnserm gantzen leben, loben vnd Preisen.

III. Ordnung des teglichen Gottesdienstes in den Jungfrawen Clöstern.

Damit nun dise ware anruffung, dancksagung und lob Gottes, mit warhafftigem glauben, furcht vnd liebe Gottes vnd allen Christlichen Tugenden in vnsern hertzen erwecket, vermeret, gestercket vnd bestetiget würden; ist nutzlich vnd heilsam, von den Heiligen vätern erstlich geordnet, die gebett vnd Psalmen, so vns in der Heiligen Bibel furgeschrieben sind, teglich zusprechen vnd alle Bucher des Heiligen Göttlichen worts dardurch Gott vnser Hertzen zu warer erkenntnuß vnd anruffung Gottes vnd vnser Heilands Jesu Christi, vnd zu aller gottseligkeit

erleuchtet, regieret vnd heiliget, vnd die ewige seligkeit gibet, teglich vff bestimbte stundten in einem Jar ordentlich in der Kirchen aufzulesen.

Dieweil aber solche Christliche vnd nutzliche Ordnung volgender Zeit durch mancherley zum theil Aberglaubische zum theil sonst vnnütze Zusetz vngewiser *Historien*, *Homilien*, *Responsorien*, Versen, *Antiphon etc.* geendert, vermehret vnd verkert ist, das man die Bucher der Heiligen schrift durchzulesen kein Zeit gehabt: Zu dem das es alles in Lateinischer dem Volkh vn bekhanter sprach, ohne allen verstand vnd frucht der Zuhörer gelesen ist: So haben wir in dieser *Reformation*, „den Gottesdienst, wie es „genennet wirdt, oder die Teglichen gesenge vnd *Lectio- nes* der heiligen schrift, also angestellet:“ das nicht darin. dann Pur lautter wort der Heiligen Göttlichen schrift (oder was in öffentlicher vnd nottwendiger volg darauß gezogen ist) gelesen oder gesungen wirt, vnd solches in der ordnung vnd der Sprach, dafs es beide leser vnd Zuhörer verstehen vnd behalten können. Denn in verstendlicher Teütscher muttersprach, die Jungfrawen den Psalter alle Monat einmal, das Alte Testament im Jar einmal, das New Testament dreymal, ordentlich nach einander durchlesen sollen, wie solches in volgendem *Calender*: was vff ein ieden tag, fur ein Capitel, vnd Psalmen zu lesen, deutlich vnd augenscheinlich furgeschrieben wirt.

Hic inseratur Calendarium.

Nachdem nu in den Jungfrawen Clöstern Forthin alle wochen drey tag geprediget, vnd sonsten in der wochen alle tag zwo *Lectiones* aufs der Heiligen Göttlichen schrift, Eine vormittag, des Sommers vmb sechs, des Winters vmb

sieben: die ander nachmittag vmb zwey oder drey vhr gehalten werden, sollen die Closter Jungfrawen teglich morgens frue vff bestimbte stunden, an ihren gewöhnlichen Ort auff dem Chor zusammen khomen, vnd alda mit Gottseligem hertzen vnd Eiwer, vnd Christlicher andacht, ihr tegliches gebet vnd Gottesdinst verrichten: Also dafs die *Domina* die Erste wochen, vnd hernach eine nach der andern, iegliche ein gantze wochen, Wenn sie im Chor versamlet, die verordnete gebett vnd *Lectiones* lese. Vnd anfangs mit lautter Stimme das Gebet, welchs allen Christen vnser herr vnd Heiland Jesus Christus selbst furgeschrieben hat, den Andern furspreche.

Darnach singet die Jungfraw;

Chor

Herr thue meine Lippen vff, Das mein mund dein Lob verkundige,

Ehre sey dem vater vnd dem Wie er War im anfang vnd
Son vnd dem Heiligen Geist nun zu ewigen Zeiten.

Lasset vns beten

Allmechtiger Ewiger Gott vnd vater vnsers Herren Jesu Christi, der du vns menschen im anfang zu deinem Ebenbild geschaffen, vnd da wir durch den Fall vnser ersten Eltern, auch vnser eigene angeborne Sünde, dem Todt vnterworffen waren, durch deinen lieben Son Jesum Christum, von Sünde, Todt vnd verdamniss aufs gnaden vnd deiner lauter Barmhertzigkeit erlöset, vnd zu dem ewigen himlischen Reich widergeboren, vnd vmb seinetwillen zu kindern vnd Erben deines Reichs widerumb angenommen hast: Wir dancken dir von hertzen, dafs du neben allen andern gnaden vnd gutthaten vns auch zu solcher erkant-

aufs hast gnedigklichen khomen lassen, vnd bis auff
 diese gegenwertige stunde vetterlich erhalten, vnd bitten
 dich, du wollest deine Heilige Christliche kirchen, welche
 in der gantzen welt zerstreuet, vnd dieser Zeit mit man-
 cherley Creutz vnd widerwertigkeit beladen, angefochten
 vnd verfolget wirt, durch den Heiligen Geyst Regieren,
 vnd dieselbige sambt allen ihren rechtschaffeneu Dienern
 gnedigklichen erhalten. Desgleichen vnsern allergnedig-
 sten Herren vnd Romischen Keyser, samt allen Chur- vnd
 Fursten, Sonderlich aber vnser Gnedige Herren vnd Lands
 Fursten, die Hertzogen zu Mechelburg, samht J. F. G.
 Christlichen gemaheln Junger herrschafft vnd Frewlein,
 sambt aller der selbigen Reth vnd Ambtleuten, mit der
 Krafft deiner Almechtigen Rechten hand beschirmen, das
 wir vnter derselben schutz, dir in Frieden dienen, vnd ein
 gottselig Erbar leben furen mögen. Regire alle ihre Reth
 vnd anschlag, damit sie zu aller Zeit, furnemlich die Ehr
 deines göttlichen Namens furdern, Gericht vnd Gerechtig-
 keit auff erden üben, frid vnd Einigkeit vnter ihnen selbst
 halten, vnd stewre allen denen, so derselben Gottseligen
 furnemen au wider, krieg vnd Blutvergissen anzurichten
 sich vnterstunden. Du wollest auch vns deinen Heiligen
 Geist mitteilen, auff das wir vnser Gantzes leben nach
 deinem willen vnd Wolgefallen zu lob vnd Preiß deines
 Gottlichen Namens vnd vnser seelen Heil anschicken, auff
 das wir zu allen stunden als deine liebe kinder im rech-
 ten glauben vnd warhafftigem gehorsam deiner heiligen
 Gebott erfunden werden, vnd endlich das versprochne
 Erbtheil im himel mit allen deinen aufserwelten besitzen
 mogen, durch vnsern Herren Jesum Christum Amen.

Lob sey dir Herre,

Aber von Ostern bis vff Trinitatis

Halleluia.

Darnach an stadt des *Inuitatory* den 95 Psalmen gantz,
khomet herzu etc.

Darnach volgen die Psalmen, so vff ein Jeglichen tag
in vorgesetztem *Calendario* verzeichnet sein, Welche die
Jungfrawen, Jede in ihrem stuel gegen einander vber,
einen vers vmb den andern beten oder singen sollen: vnd
zu Ende eines Jeglichen Psalmen, desgleichen auch den
Lobgesang, *Benedictus*, *Magnificat*, *Benedicite*, *Nunc di-*
mittis, den Vers, Ehr sey Gott dem vatter vnd dem Son
vnd dem Heiligen Geyst, widerholen.

Nach geendigten Psalmen, liset die Jungfraw, welche
das gebet angefangen, mit erhobener lauter stimme, ein
Capitel aufs dem alten Testament, welchs auff den selbi-
gen tag vnd stund im Calender verordnet ist. Nach dieser
Ersten Lection singet man durch das gantze iar, Herr
Gott dich loben wir, herr Gott dir danken wir etc. Allein
in der Fasten, soll anstatt des *Te Deum laudamus*, der
Lobgesang *Benedicite*, Gelobet seistu Herr, der Gott vnser
väter etc. gesungen werden. Darauff volget die andere
Lection aus dem Newen Testament wie die vff Jeglichem
tag vnd stund im Calender verzeichnet ist. Es soll aber
zum anfang einer Jeden Lection das Buch vnd Capitel des
Newen oder Alten Testaments, darauß die Lection ge-
nommen, aufsdrucklich genennet werden als, das Erste,
ander oder dritte Capitel S. *Matthaeus*, S. *Marcus*, oder,
des ersten, andern, dritten Buchs *Moysis*, des Propheten
Esaiæ etc, vnd wenn das Capitel aufgegeben ist, mit di-

senn Worten beschlossen werden: vnd also Endiget sich das erste, ander, dritt Capitel *S. Matthaeus* etc.

Auff die Ander Lection singet man das gantze Jar durch, den Lobgesang *Zachariae*, Gelobet sey der Herr der Gott Israel etc. Auff die Hohen Fest, als Weinacht, Epiphania, Ostern, Himmelfart, Pfingsten, Trinitatis, sol nach dem *Benedictus*, also Bald das *symbolum Athanasy* Teutsch gesungen werden.

Hierauff volgen diese Gebette, durch das gantze Jar. *Kyrie etc.* Darnach spricht die Jungfraw, so das gebet angefangen, mit lauter stimme, die bekhandnüss des Christlichen glaubens, Ich in glaub Gott vatter etc. vnd das Vatter vnser etc.

Der Chor antwort,

Sondern Erlöse vnfs von dem bösen,

die Jungfraw

der Chor

Herr erzeige vns deine Gnad, vnd bewaise vns deine Hülffe,

Herr hilff vnser Oberkeit, vnd höre vns, wann wir

dich anruffen

Deine Prister wollest mit vnd deine heiligen sollen

gerechtigkeit kleiden, frölich sein,

Hielff deinem Volckh herr vnd segne das dein Erbtheil

Jesu Christ ist,

Verleyhe vns frieden gne- denn es ist khein ander nicht,

digklich, herr Gott zu vn- der fur vns könne streitten,

sern Zeiten denn du vnser Gott alleine.

Schaffe in vnfs Gott ein vnd Nim deinen Heiligen

Rein Hertze, Geyst nicht von vns

Der Herr sey mit Euch vnd mit seinem Geiste.

Lasset vns beten,

Hierauff volgen teglich drey Collecten, die Erst von der Zeit, die ander vom Frieden, die dritte fur Gottes gnad vnd erhaltung im waren glauben.

Letzlich wirt mit dem *Benedicamus Domino*, oder Dancksagen wir alle, beschlossen,

N a c h m i t t a g

Zur vesper vmb zwey oder drey vhr, soll die Jungfraw, welcher die selbige wochen die gebet vnd *Lectiones* zu verwalten gebürt, den Gottesdienst vom Gebet vnsers Herren vnd Heilands Jesu Chrsti wider anfangen, vatter vnser der du bist im Himmel, etc.

Darnach Spricht die Jnngfraw,

Chor

*Deus adiutorium meum in. Domine ad adiuuandum me
tende festina.*

*Gloria patri et filio, et S. Sicut erat in principio et nunc
Sancto et semper, et in Secula se-
culorum.*

Volgen die Psalmen, so im Calender, auff ein Jeglichen tag im Jar zur Vesper verzeichnet sind.

Darauff die Erste Lektion aufs dem alten Testament, darnach der Lobgesang *Mariae*, *Magnificat* alles Teutsch, Hierauff die ander Lektion aufs dem Newen Testament vnd wenn die geendiget, der lobgesang *Simeonis*, *Nunc dimittis* Teutsch,

Hierauff volgen die Gebet: *Kyrie eleison* etc. der Christliche Glaub, die Zehen Gebott, Vater vnser, *Ostende nobis Domine mise. Et salutare tuum da nobis.
ricordiam tuam*

*Domine saluum fac regem, Et exaudi nos cum innoca-
mus te.*

Samt den andern *suffragiis* Teutsch (oder Lateinisch, wens die Jungfrawen verstehn,) wie sie oben zur metten verzeichnet sindt. Vnd darauff widerumb drey Collecten, Eine von der Zeit, die ander vmb frieden:

Herr Gott Himlischer vatter, der du Heiligen mut, guten Rhat vnd rechte werckh schaffest, gib deinen Dienern fried, welchen die welt nit khan geben, auff das vnser Herten an deinen geboten hangen, vnd wir vnser Zeit durch deinen schutz still vnd sicher fur feinden leben, durch Jesum Christum deinen Son vnsern herrn,

Die dritte von Gottes Gnad vnd schutz:

Almechtiger Herre Gott, der du bist ein beschutzer aller die auff dich hoffen, ohn welches Gnade niemand nichts vermag, noch etwas vor dir gilt, lasse deine Barmhertzigkeit vnns reichlich widerfaren, auff das wir durch dein Heiliges eingeben, dencken was recht ist, vnd durch deine Hülffe dasselbige volbringen, vmb Jesu Christi, deines Sones vnsern herren willen,

Diser Gottesdienst oder tegliche Gebet vnd Lectio- nes der Heiligen schrift, sollen durch die Jungfrawen in Teudscher vnd bekhandter muttersprach, dieweil der selbigen wenig die Lateinische rechtschaffen verstehen, den mehren theil verrichtet werden, damit sie selbst vnd die Zuhörer, durch tegliches lesen vnd betrachten der Heiligen schrift, in warer erkenntnuß Gottes vnd vnsern Heilands Jesu Christi teglich zunemen, vnd in aller Gottseligkeit, furcht, liebe, vertrauen, anruffung vnd hertzlichen gehorsam gegen Gott vnd liebe des Nechsten (in

welchen Tugenden die Christliche Religion furnemlich gelegen ist,) erwecket, angezündet vnd gestercket werden.

Sonst mögen die Jenigen, so Latein verstehen, das *Inuitatorium, suffragia, Magnificat, Benedictus* vnterweilen Lateinisch mit singen.

IV. SchulOrdnung in JungfrawenClöstern.

Zum virten, dieweil die Jungfraw Closter, anfangs furnemlich darumb gestiftet, vnd mit reichem einkhomen begabet sein, das Gott vnd der Christlichen Gemein darin gedienet, vnd das es Zuchtheuser oder Gottselige schulen weren, darin Christlicher leut Töchter vnd Jungfrawen, in warer erkenntnuß vnd anruffung Gottes, zu aller zucht vnd erbarkeit, vnd nöttiger Haufsarbeit vfferzogen vnd vnterweiset, vnd arme gebrechliche Jungfrawen vom Adel vnd andere, so zum Ehestand nicht Tüchtig, oder sonsten durch sonderliche Gaben Gottes im stand der Jungfrawschaft gedechten zu bleiben, in Clostern als in Hospitalen ihre vnterhaltung hetten; Als Ordnen vnd beuelhen die Durchleuchtigen Hochgebornen Fürsten vnd Herrn, Herr *Johans Albrecht* vnd Herr *Vlrich* gebrüder Herzogen zu Mechelburg etc. das in einem Jeden Jungfraw Closter, ein Meidlein schul angerichtet werde, also das die *Domina*, ein gewisse anzal, Junger Jungfrawen vom Adel vnd andere annemen, vnd eine bestimbte anzal Jar darin vfferziehen, vnd entweder selbst, oder durch andere geschickte zuchtige vnd vleissige Matronas oder alte Jungfrawen, lehren vnd vnterrichten soll lassen, Also das sie da leren lesen, schreiben, Predig hören, den Catechismum sprechen, nehen, spinnen, knütten, weben, wircken, mit den Ziffern

vnd Pfenningen rechnen etc. vnd zum teglichen gebet gehalten werden, mit solcher vnterweisung, das sie rechten verstandt der gantzen Christlichen lehr erlangen, vnd sich zu rechter anruffung Gottes vnd allen Tugenden gewenen.

Wo nun Closter Jungfrawen sind, welche wol lesen, schreiben, nehen vnd andere dergleichen Jungfrawen arbeit khönnen, vnd zu solcher vnterweisung der kinder nützlich mogen gebraucht werden, sollen der selbigen eine oder zwo, zu Schulmeisterinnen von der *Domina* verordnet werden. Wo sie im Closter nicht sind, soll sonst ein geschickte züchtige Matron oder Jungfraw darzu bestellet, vnd mit geburlicher ziemlicher vnterhaltung vom Closter versorget werden. Die Schulmeisterinn soll teglich vier stunden zu vnterweisung der Jungen Meidlein gebrauchen, Also das sie morgens, wenn in dem Chor aufsgesungen, oder die Predigt geendigt, ohngeferlich gegen acht vrn, in der schulen zusammen khomen: Da Erstlich das *Veni Sancte spiritus* Teutsch, oder das vatter vnser im Himelreich, von allen sambtlich soll gesungen werden, Darnach soll die Schulmeisterinn etliche von den kleinisten meidlein die zehen Gebot, Artickel des Christlichen Glaubens, das Vatter vnser, die wort der Tauff aufsagen lassen, vnd die Kinder gewenen, dafs sie fein laut, deutlich vnd langsam aufsreden.

Die Grofsen meidlein sollen neben den Worten der Zehen Gebott, Glaubens etc. auch die auflegung aufs dem kleinen Catechismo Lutherj erzelen, vnd soll khein anderer, denn allein Lutheri Catechismus in der schul gebraucht werden.

Nach

Nach dem gebett vnd Catechismo soll die Schulmeisterin Jedes meidlein sein furgebene Lektion, im buchstabiren, oder lesen, vffsagen lassen, vnd sie gewenen, das sie die Buchstaben recht ausdrucken, vnd fein langsam vnd vnterschiedlich lesen lernen. Darzu sollen Erstlich die kleine Teutschen biblien oder Fibeln, vnd darnach die gewonlichen Euangelia, gesangbuchlein, Jesus Syrach, Psalter vnd das New Testament gebraucht werden. Wenn sie nun zimlich lesen können, sollen sie auch zum schreyben gewenet werden, also das ihnen, gute, lange schöne buchstaben furgemalet vnd die hand so lang gefurt werde, bis sie dieselbigen nachmachen, vnd in Syllaben vnd gantzen worten zusammen setzen lernen. Diesen schreiberinnen sol alle tag ein kurtzer nutzlicher spruch furgegeben werden, den sie etliche mal nachschreyben vnd zugleich aufwendig lernen, Alfs: die Furcht Gottes ist der weisheit anfang: Lasset die kinder zu mir khomen vnd weret ihn nicht: denn solcher ist das himelreich. Kombt her kinder horet mir zu, ich will euch die furcht des Herren leren. Selig sind die Gottes wort hören vnd bewaren. Jesus Christus ist in die Welt khomen die Sünder selig zu machen; Also hatt Gott die welt geliebt etc. Welche nu zimlich lesen vnd schreiben können, oder auch vor dem schreiben, die sollen im nehen, knütten, vnd dergleichen arbeit, vnterwisen werden: vnd doch das lesen vnd schreiben teglich mit vben, vnd Etliche schöne Psalmen als den 103. 34. 133. 51. 127. etc. aufwendig lernen.

Andere so nu etwas erwachsen, sollen neben dem lesen vnd nehen zu gewissen stunden mit in der küchen

oder garten arbeiten: Etliche weben, wircken, stücken, wie solches nach gelegenheit der kinder vnd anderer vmbstenden von einer verstendigen Lehrmeisterinn in der Erfahrung selbst, viel bequemer den in solchen schrifften kan verordnet vnd verrichtet werden. So auch Etliche Jungfrawen zu der Lateinischen sprach lust hetten vnd ein Tuchtige Schulmeisterin dazzu hetten, sol denselbigen mit Rath des Superintendenten, ein leichte, nützliche ordnung der vnterweisung in Lateinischen sprachen, sambt etlichen buchlein so zum anfang am nützlichstem dienen, zugestellet werden.

Wenn die Meidlein bald vmb Zehn schleg wider aufs der schul gelassen werden: sollen sie vorher ein Christlichen Psalmen aufs dem Teutschen geseng Buchlein Lutheri der sich auff die Zeit reimet, als vff Weinacht etc. mit einander singen.

Vber Tisch sollen die jungen Jungfrawlein nicht allein still, vnd zuchtig vnd höfflich sich zu halten, gewehnet werden, Sondern auch Eine aufs ihnen, die ganze wochen durch, vber iede Malzeit, ein Capitel aufs der Bibel mit den *Summarien Viti Theodori* ordentlich lesen: vnd vor vnd nach der malzeit das *Benedicite* vnd *Gratias* andechtig sprechen.

Nachmittag soll man vmb ein schleg widerumb in der schul zusammen khomen, vnd zum anfang ein Teutschen Psalmen oder zween, darin der Catechismus kurtzlich gefast ist, miteinander singen.

Darnach sollen die Meidlein, wals ihnen vor mittag furgegeben, widerumb vffsagen, vnd ein Jedes nach seinem verstandt vnd zunemen, mit Buchstabiren, lesen, schreiben, nehen, knütten, wircken sich üben, da soll die Lehrmeisterinn einem Jeden widerumb ein Lektion im lesen oder nehen furgeben, die es folgenden tag vffsage oder weise. Denn auch die

Meidlein, wenn sie außserhalb der schulen bey ihren Weschen, oder zugeordneten Jungfrawen sein, nicht müßig sein, sonder das Jenige so ihnen in der schul vfferleget mit lesen, schreiben, Nehen, aufswendig lernen etc. vleissig verrichten, vnd züchtig, still vnd friedlich leben, vnd der Domina vnd ihren furgesetzten Jungfrawen ohne murren gehorsam sein sollen. Die vngehorsamen aber, so sich entweder in der Lehr vnd vffgelegter arbeit, faul vnd verseumlich oder sonst in ihrem Leben, mit Worten, werken oder geberden, vngüblich, trotzig vnd widerspenstig erzeigen, die sollen durch die Schulmeisterinnen, nach gelegenheit vnd vmsständen der vbertretung die jungen mit gebürlichen wortstraffen, vnd Ruten, die alten mit dem kerker auf der Domina befheel, ernstlich gezuchtiget werden.

V. Von der ClosterZucht.

Zum Fünfften, damit nu solche Christliche Vbungen vnd Zuchtschulen Gott zu Ehren vnd dem Gantzen land, sonderlich aber denen vom Adel zu nutz vnd Trost, als desto bequemer, besser vnd Langwiriger, in den Jungfraw Clöstern mögen erhalten vnd gehandhabt werden: ist

1) von nöthen, Das ein Gottesfurchtige verstendige Domina den andern Jungfrawen in iedem Closter furgesetzt werde, die reine Lehr lieb habe vnd verstehe, vnd die andern Jungfrawen, Gottes wort vleissig zu hören, vnd zu warer Gottseligkeit, Zucht, allen Tugenden mit ihrem Exempel vnd vermanungen anreitzen vnd halten khonne,

2) das die Closter Jungfrawen der Domina gehorsam sein, Gottes wort, so oft gepredigt wirt, vleissig

hören, des Teglichen Gottesdiensts vff bestimbte stunden im Chor, vnd sonst ihrer empter vnd arbeit, dazu ein Jede von der Domina verordnet, vleissig vnd treulich abwarten, ein still, eingezogen, züchtig vnd Erbar leben furen, nicht leichtfertig mit worten, kleidern vnd geberden, nicht vnruwig vnd zenckisch sein, nicht aufs dem Closter gehen oder aufsfaren ohne der Domina vnd freundschaft erlaubniss, nicht ander Form vnd Farben der kleider tragen, als der Landes Fursten ordnung mit sich bringet.

3) Das einer Jeden Closter Jungfrawen Etliche Meidlein zugeordnet werden, auff welche sie des Tages, wen sie nicht in die schul gehen, achtung hab, auch des nachtes bey ihnen bleib vnd schlaff.

4) Das des Closters Prediger alle wochen vffs wönigst einmal im Closter zusehe, wie es mit dem Gottesdienst, schulen vnd sonst zugehe: was die Jungfrawen für bücher zu ihren gebeten, geseng, lesen vnd sonst brauchen. Desglichen in der schulen höre wie die kinder in ihrem Catechismo vnd sonst vnterweiset werden vnd zunemen.

5) Das der Superintendens desselbigen Orts, alle halbe jar das Closter Visitire, vnd wie dieser ordnung allenthalben nachgelebet werde, vleissig erkundige: In der schulen mit kindern Examen halte, vnd wie sich die alten in Gottseligkeit vnd lehr schicken, mit zusehn.

6) Das eine gewisse anzal Jungfrawen in die Clöster genommen, welcher iegliche nach irem vermögen zu vnterhaltung des Closters auch etwas gelts mit hinein bringen, welches so sie im Closter bleiben vnd sterben würde, alles bey dem Closter bleiben, vnd wenn sie sich wider heraufs begeben, zum theil ihr widerumb erstattet solte werden,

7) Wann vber die bestimpte anzal Etliche vom Adel oder andere ihre kinder darin wolten zu Gottesfurcht, zucht vnd nöttiger lehr vnd hausarbeit vnterweisen vnd vffziehen lassen, die sollen ierlich dem Closter fur den Tisch

vnd vnterhaltung ein billige Summa gelts, bis etliche
heraufskhomen, entrichten.

VI. Von ClosterGelübden.

Zum Sechsten, Nachdem die gelubd, oder verheissungen
der Closter Jungfrawen sich anfangs nit weiter erstreckt haben,
denn das sie im Closter der Domina als der Mutter in allem
was nicht wider Gott, gehorsam sein, ein gottfurchtig inge-
zogen, keusch vnd zuchtige leben furen, vnd mit des Closters
armut, geringer kleidung, speis, vnd tranckh fur lieb nemen
soltten: vnd aber solche gelubd nachmals viel enger gespannen,
also das sie zur ewigen Jungfrawschaft ausserhalb den Ehe-
stand vnd zu ewigem gehorsam des Closterlebens verstrickt
vnd verbunden: Als sollen vorthin in dises Herzogthums
Jungfraw Clöstern, dise gelubd auch widerumb zu der Ersten
form gebracht, vnd Christliche freiheit hierin erhalten wer-
den; Das einer Jeder Jungfrawen, nach der Lehr *S. Pauli*
1. Corinth. 7. frey stehen soll, entweder aufserhalb dem
Ehestand im Closter zu bleiben, oder aufserhalb dem Closter
sich in den Ehestand zu begeben: vnd welche sich mit ihrer
Landes Fursten vorwissen, vnd irer freundschaft be-
willigung in die Ehe begeben, denen soll nach ermessung
desienigen, das sie ins Closter gebracht, zu ihrer aufsstewer,
zimliche hülff geschehen, dergleichen freyheit soll auch mit
den Ordenskleidern gehalten werden, das den Alten Closter
Jungfrawen, welche der Ordenskleider gewonet, vnd rechte
lehr von vnser seligkeit vnd Christlicher freyheit verstehen
vnd annemen, freystehe, die Cappen vnd Scheppler zu be-
halten, oder alsbald hinzulegen,

Welche aber vorthin in die Clöster genommen, sollen
weder mit dem gelubd der ewigen Jungfrawschaft, noch mit
Cappen beladen, Sondern der *Dominae* geburlichen gehorsam
zu leisten zusagen, vnd so lang sie im Closter bleiben, in de-
mutigen schwartzen Jungfraw kleidern vnd weissen schleyern
zu ghen, ihnen vfferlegt werden, wie dann J. F. G. hiemit allen
Closterjungfrawen durch das gantze Lande, ein erbare züch-

tige swartze jungfrewliche Kleidung, welche durchauß einerley Farb vnd form habe, furthin zu tragen, ernstlich befhelen.

Beschluß.

Zum Letzten, was der Clöster gütter vnd einkommen vnd derselbigen *administration*, *Item*: die küchenordnung, was vnd wievil man iedes tags speisen, vnd ob man einer jeden Jungfrawen besonders anrichten, oder ein gantzen Tisch voll aufs einem vafs speisen, *Item*: von vnterhaltung vnd lohn der diener, vnd in Summa was die gantze haufshaltung anlanget, da werden der Clöster Heubtleut neben den *Dominabus* vnd andern der Haufshaltung verstendigen, geburliche ordnung zu machen wissen, Welche, ob sie dieser Reformation mit einzuverleiben, in vnser gnedigen herren vnd Landes Fursten bedencken billig gestellet wird.

In dieser schrift, ist vff vnser Gnedigen herren vnd Landes Fursten gnedige verbesserung, furnemlich, von der Clöster vrsprung, wozu sie erstlich gestiftet: von Mißbreuchen, so darin abzuschaffen: vnd von Christlicher Reformation der Lehr, Gottesdienst, vnd der Jungfrawschulen, trewe vnd vleissige erinnerung geschehen; Gott gebe gnad vnd segen, das es zu seinem Göttlichen lob vnd Preis, vnd vieler leut wol fart, fruchtbarlich angerichtet vnd wol geraten möge, Amen.

Calender

darinnen Ordentlich, was in den Jungfraw Clöstern vff ein ieden tag das gantze Jar durch, Fur Psalmen vnd Capitel, aus dem Alten vnd Newen Testament, gelesen sollen werden, aufgeteilet vnd verzeichnet ist: Also das das Alte Testament im Jar Einmal, das New Testament dreymal, der Psalter alle Monat, ordentlich durchgelesen wirt, Fur die Jungfraw Clöster des Hertzogthums Mecklenburg newlich verfertigt.

Rudloff, Friedrich August <<von>>,

Versuch einer richtigen Auslegung und Anwendung des Hauptschlusses der außerordentlichen Reichs-Deputation zu Regensburg

Bd.: 2

[Schwerin] 1805

J.publ.g. 836 h-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10562242-4